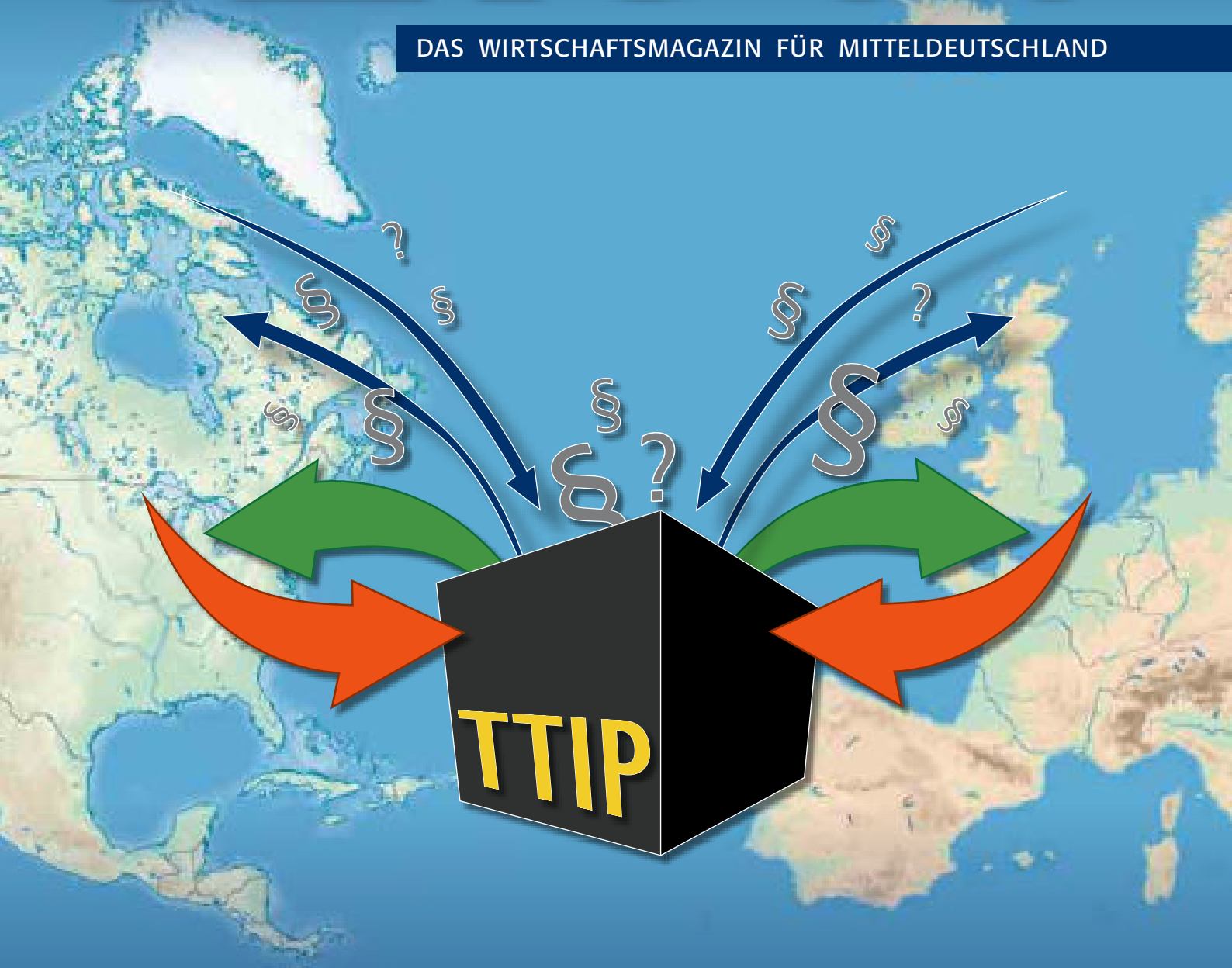




ARGOS

DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN FÜR MITTELDEUTSCHLAND



Lebensmittel made in Germany

Weltweiter Export
spielt eine große Rolle
für die Branche

Seite 11

Die Energiewende braucht bessere Dialoge

Nachwuchskräfte beim
Wittenberg-Zentrum
für Globale Ethik

Seite 24

Hochschulmedizin made in Leipzig

Interview mit Prof. Stumvoll,
Dekan der Medizinischen
Fakultät der Universität Leipzig

Seite 42



**Universitätsklinikum
Leipzig**

Medizin ist unsere Berufung.

www.uniklinikumleipzig.de



Medizin für Jedermann

PROGRAMM

Mittwoch, 08.04.2015, 18:15 Uhr
„Allergien“

Mittwoch, 10.06.2016, 18:15 Uhr
„Schmerztherapien bei akutem
und chronischem Rückenschmerz“

Mittwoch, 02.09.2015, 18:15 Uhr
„Zahngesundheit für Jedermann:
Die häufigsten Volkskrankheiten
der Mundhöhle“

Mittwoch, 07.10.2015, 18:15 Uhr
„Rheumatologische Erkrankungen“

Mittwoch, 02.12.2015, 18:15 Uhr
„Infektionskrankheiten im Wandel
der Zeiten“

Die öffentliche Vorlesungsreihe
„Medizin für Jedermann“ informiert
anschaulich und verständlich über
aktuelle Entwicklungen im Bereich
der Medizin.

ORT

Hörsaal im Haus 4
Liebigstraße 20, 04103 Leipzig

UNIVERSITÄT LEIPZIG
Medizinische Fakultät

600
JAHRE
UNIVERSITÄTSMEDIZIN





Liebe Leserinnen und Leser,

Ein Ruck muss durch die Gesellschaft gehen. So die Worte von Altbundespräsident Herzog. Und, ruckte es? Die Wahrnehmung ist gefühlt eine andere, eher die, dass die meisten nur mit sich und ihrem „steht mir zu“ oder „wollen wir mehr haben“ beschäftigt sind und Politik meist nur verwaltet statt gestaltet. In einer Zeit, in der es Deutschland gut geht, ist beides sicher möglich, aber nicht Zukunft orientiert. Nicht zuletzt zeitigt dieses ohne erkennbares Ziel Dahinplätschern der Gesellschaft geringe Wahlbeteiligungen, Demonstrationen und Diskussionen.

Nur vergleichsweise wenige, meist Unbekannte, engagieren sich für ihre Mit- und Neubürger. Deren Ideale, zusammengefasst auch unter dem Begriff bürgerschaftliches Engagement, ein Podium zu geben und stellvertretend für sie Persönlichkeiten mit hohen ethischen Werten auszuzeichnen, hat sich der Preis „Heiße Kartoffel“ seit 1991 zur Aufgabe gemacht. Heiße Eisen oder eben heiße Kartoffeln anzufassen und nicht fallen zu lassen war das Credo aller bisherigen Preisträger. Von Siegbert Schefke, der die Demonstration am 9. Oktober 1989 vom Turm der Reformierten Kirche filmte und Pfarrer Friedrich Magirus, der den Runden Tisch in Leipzig leitete, über Genscher, Masur und Dr. Seifert, um nur wenige zu nennen bis hin zu Thomas de Maizière im vergangenen Jahr.

In diesem Jahr geht der Preis an Dan Diner, Historiker, Autor und langjähriger Direktor des Dubnow-Institutes. „In Zeiten mit schwindenden Gewissheiten und Verlässlichkeiten in der Gesellschaft leistet Dan Diner in einer eminent wichtigen Wertediskussion einen überragenden wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Beitrag“, betont Dr. Stefan Blattner, der Präsident des Fördervereins Heiße Kartoffel. Dabei diskutiert Professor Diner nicht nur das Verhältnis von Geschichte und Gedächtnis, er sucht den Brückenschlag in unsere Gegenwart. Hierbei kann die Erfahrungsgeschichte der Juden als Seismograph für die Verwerfungen der Moderne dienen.

Dan Diner, so sind sich die Jury, der Förderverein und das unterstützende Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik einig, steht für die oben genannten ethischen Werte: Vertrauen, Vorbild, Verantwortung, Verlässlichkeit und Verdienst um andere. Werte, die es gilt in der Gesellschaft wieder mehr zu verankern oder, dort wo sie vorhanden sind, sichtbar zu machen.

Diese Ausgabe zeigt Beispiele davon: TTIP – wie gehen die Verhandelnenden mit ihrer Verantwortung um? Deutsche Nahrungsmittel, welches Vertrauen können Verbraucher den Erzeugern gegenüber haben? Energieerzeugung und Netzstabilität – wie verlässlich ist die Politik bei ihren Entscheidungen? Und sind diese von Kompetenz geprägt oder kippen sie wie die Landebahn eines unfertigen Flughafens in den märkischen Sand.

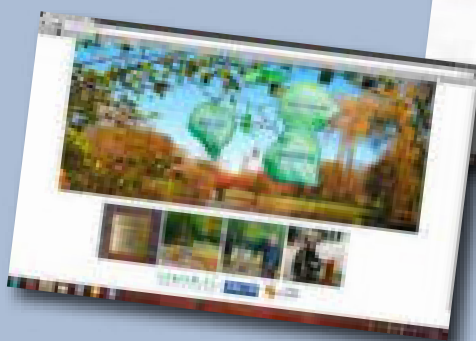
Die Hochschulmedizin in Leipzig, die weit über ihre Grenzen ausstrahlt, kann da als positives Beispiel für Vorbild, Verantwortung und Verdienst gelten. Wir stellen sie vor. Und: Wir bleiben an den fünf „V“ dran.

Holger Schmahl

Kennen sie schon unsere neue Seite?

Was ist die „Heiße Kartoffel“? Wer sind die Preisträger? Wer war Gast des letzten Leutzscher Gesprächs? Gibt es das Wirtschaftsmagazin ARGOS auch digital? Welche Veranstaltungen in Kultur und Wirtschaft sind in nächster Zeit?

Antworten auf diese Fragen und vieles mehr finden Sie auf unserer Internetseite. Unter **www.argos-sentinel.de**, der Startseite ist alles auf einen Blick: die Internetseite des ARGOS Verlages, die Seite des Kommunikationsnetzwerkes Sentin.el, die Seite des Mitteldeutschen Kommunikations- und Wirtschaftspreises Heiße Kartoffel sowie aktuelles aus der Kultur (Note) und Wirtschaft (Diagramm).



Auch die einzelnen Seiten haben ein neues übersichtliches Aussehen, das Ihnen alles Wichtige auf einen Blick bietet und Sie zum Schmökern und Verweilen einlädt. In den nächsten Wochen soll außerdem mit dem ARGOS Journal eine Ergänzung zur Print-Ausgabe des Wirtschaftsmagazins entstehen, in dem die Leser aktuelle Themen nachlesen oder sich an der weitergeführten Diskussion der ARGOS Printausgabe beteiligen können.

INHALTSVERZEICHNIS

WIRTSCHAFTSKOLUMNE

06 **Handelsabkommen:**
Berechtigte Ängste oder Hysterie

DISKUSSION

7 **Das transatlantische Freihandelsabkommen**

LEBENSMITTEL

11 **Lebensmittel Made in Germany**

13 **TTIP**

15 **Bakterien-Schnelltest für Bier, Milch und Co.**

16 **Der Jahresauftakt ist grün**
Internationale Grüne Woche Berlin

18 **Weniger ist mehr**
Free-From-Produkte

ENERGIE UND UMWELT

20 **Energieeffizienz im Handwerk**

22 **Energiepolitisch induzierte Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand**
Dr. Oliver Rottmann

24 **Die Energiewende braucht bessere Dialoge**
Akademie für Energie & Akzeptanz vermittelt Nachwuchskräften alltagstaugliche Ethik

26 **Draußen kann es regnen, stürmen oder schneien...**
MITNETZ STROM

28 **Stromkompass 2050**
Warum die Energiewende keine Einbahnstraße sein darf

30 **Alle Welt kauft in Ottendorf-Okrilla**
SICK Engineering GmbH

31 **Energiewende-Partner Gasinfrastruktur: Zusammenwirken von Gas- und Stromnetzen**
Ralph Bahke, Geschäftsführer ONTRAS Gastransport GmbH

32 **Die Branche der erneuerbaren Energien und die Bedeutung langfristiger Vorhersagen**
Stephen Norman

IT, KOMMUNIKATION & MEDIEN

35 **Informationssicherheit ist wie eine Lebensversicherung für das Unternehmen**
Interview mit Christian Bruns

BILDUNG UND FORSCHUNG

40 **„Zukunft für Kinder e.V.“ hilft Heimkindern in Leipzig**

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

42 **Wir wollen Medizin und unsere Erkenntnisse in die ganze Welt versenden!**
Interview mit Prof. Stumvoll

47 **Gesunde Unternehmen im Handwerk**
Sabine Krüpe M.A.

GELDMARKT & ZEITGESCHEHEN

50 **Alles zu seiner Zeit**
Für jeden die passende Altersvorsorge

52 **Wandel im Förderbedarf**
Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt reagieren mit neuen Produkten auf veränderten Förderbedarf

KULTUR

54 **Wenn der Dichter Wilhelm Müller auf Kurt Weill trifft...**

GESPRÄCHSREIHEN

56 **„Ratsgespräche zu Jena“** – die Gesprächsplattform für Jena

58 **Polnische Geschichtstradition und Geschichtsmymen im Wandel**
Lars Bosse

1000 JAHRE LEIPZIG

61 **Die Stadt Colditz wird 750 Jahre**

62 **Heinrich II. & Merseburg**

64 **Die Stadt Leipzig im Dreißigjährigen Krieg**
Roland Sennewald, Teil 2

IMPRESSUM

Herausgeber/Chefredakteur:
Holger Schmahl (HS)

Redaktionsleitung:
Ines Rost
Redaktion: Philipp Senge

Verlag:
ARGOS Verlag Leipzig
Marschnerstraße 5, 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 39 19 544
Fax: (0341) 39 19 545
e-Mail: info@argos-sentinel.de
Internet: www.argos-sentinel.de

Herstellungskoordination:
SENTIN.EL Leipzig
V.i.S.d.P.: Holger Schmahl
Fotos Cover: Kaldari and Uwe Dederling / Wikimedia Commons

Heiße Kartoffel 2015

Dan Diner ist der Preisträger der Heißen Kartoffel 2015



Fotos: Archiv ARGOS / Swen Reichhold

Anfang März war es wieder so weit, die hochkarätige Jury entschied über den diesjährigen Preisträger der Heißen Kartoffel. Der Preis wird vom Förderverein Heiße Kartoffel e.V. an Persönlichkeiten verliehen, die sich in besonderem Maße für die Region Mitteldeutschland eingesetzt haben und damit auch ihre positive Entwicklung in die Zukunft repräsentieren. Am 13. November wird die „Heiße Kartoffel 2015“ an Dan Diner vergeben. „In Zeiten mit schwindenden Gewissheiten und Verlässlichkeiten in der Gesellschaft leistet Dan Diner in einer eminent wichtigen Wertediskussion einen überragenden wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Beitrag“, betont Dr. Stefan Blattner, der Präsident des Fördervereins Heiße Kartoffel. „Professor Diner war lange Zeit Direktor des Simon-Dubnow-Instituts in Leipzig. Unter seiner Leitung hat sich das Institut zu einer international anerkannten Einrichtung für die Erforschung der jüdischen Geschichte in Europa entwickelt, so Ingrid Mössinger, Mitglied der Jury. Dan Diner wird für seine Tätigkeit

geehrt, mit der er auch die Grundlagen und Fundamente regionaler Kulturtraditionen erforscht und in der Gegenwart beispielgebend verankert hat.

Mit Dan Diner wird in diesem Jahr ein bekannter Wissenschaftler und Autor ausgezeichnet, der durch seine Arbeit Leipzig und damit auch Mitteldeutschland über die Grenzen hinaus bekannt machte. Von 1999 bis 2014 war er Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur sowie Professor am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Zudem ist er Professor für moderne europäische Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem sowie Ordentliches Mitglied der Philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Zu seinen Veröffentlichungen gehören neben der Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur (EJGK) in sieben Bänden, von denen der fünfte Band im letzten Jahr erschienen ist, auch zahlreiche Bücher und Artikel zu diesem Themenfeld. Sein letztes Buch „Rituelle Dis-

tanz – Israels deutsche Frage“ erschien zur diesjährigen Leipziger Buchmesse.

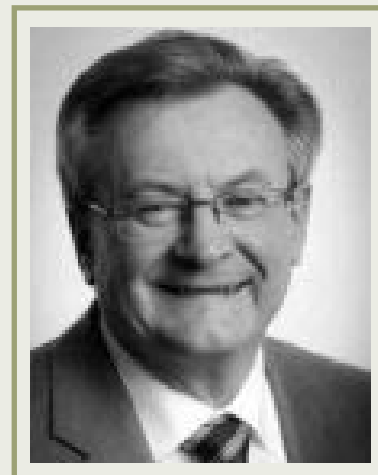
Die Heiße Kartoffel wird in diesem Jahr zum 23. Mal vergeben. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderem Dr.-Ing. Klaus-Ewald Holst, Ludwig Güttler, Ingrid Mössinger, Dr. Peter Seifert und Dr. Thomas de Maizière. Die Festveranstaltung zur Verleihung findet seit 2004 in den historischen Räumen des Bundesverwaltungsgerichtes zu Leipzig statt. Die Skulptur der Heißen Kartoffel wird von dem Leipziger Künstler Jörn Konrad kreiert.

Auch Sie können Teil der Veranstaltung sein. Werden Sie Sponsor der Heißen Kartoffel. Weitere Informationen erhalten Sie bei:

Sentin.el, Holger Schmahl
Marschnerstraße 5, 04109 Leipzig
Tel.: 0341.3 91 95 44
E-Mail: assistenz@argos-sentinel.de

Handelsabkommen: Berechtigte Ängste oder Hysterie

VON HANS WIESMETH



Das könnte beim Kauf und Verzehr von Lebensmitteln auf uns zukommen warnt die Verbraucherzentrale Hamburg, wenn TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, Realität werden sollte. Und in der Tat, was da auf uns zukommen könnte, zumindest in dem von der Verbraucherzentrale beschriebenen „worst case“, wird einigen von uns den Appetit verderben. Da ist von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln die Rede, von Fleisch von geklonten Tieren, von Wachstumshormonen und natürlich vom mittlerweile schon sprichwörtlichen Chlorhühnchen. Zusätzlich geraten womöglich Kennzeichnung und Schutz regionaler Produkte in Gefahr.

Die damit einhergehenden Befürchtungen und Ängste, etwa für die Gesundheit, sind legitim und ernst zu nehmen. Allerdings weist auch die Verbraucherzentrale Hamburg darauf hin, dass direkte Auswirkungen der beschriebenen Szenarien auf die Gesundheit nicht bekannt oder unbedenklich sind – zumindest aus heutiger Sicht und vielleicht mit Ausnahme der gezielten Verwendung von Wachstumshormonen. Das gilt auch für das Chlorhühnchen.

Was bleibt also von den Ängsten bezüglich TTIP? Natürlich kann eine weitere Marktöffnung zu Verschiebungen führen, zu Gewinnen und Verlusten bei betroffenen Unternehmen. Möglicherweise könnte ja Holländischer Gouda und Tiroler Speck aus den USA wider Erwarten auch in Europa Liebhaber finden, trotz deutlicher Kennzeichnung der regionalen Herkunft. Und möglich ist es ja auch, dass Amerikaner verstärkt den originalen Gouda und den originalen Speck in Europa nachfragen. Ob das und ggf. bei wem derartige Handelsverschiebungen zu Gewinnen und Verlusten führen, bleibt abzuwarten. Insgesamt müssten diese Änderungen den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Handelsabkom-

mens zugerechnet werden. Führt das insgesamt zu einer positiven Einschätzung des TTIP? Für die EU? Für die USA? Durch weiter reduzierte Zölle und den konsequenten Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen erwartet der BDI „signifikante Wohlfahrtsgewinne“: 100 Mrd. Euro zusätzliches Wirtschaftswachstum pro Jahr sollen EU und USA jeweils erzielen können. Woraus aber sollen sich diese Wohlfahrtsgewinne ergeben? Immerhin sind die Mitgliedsstaaten der EU und die USA seit vielen Jahrzehnten Mitglied des GATT und der späteren WTO, der Welthandelsorganisation. Die Zölle sind also bereits niedrig. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman weist darauf hin, dass eine weitere kleine Senkung nur beschränktes wirtschaftliches Wachstum hervorbringen wird. Darüber hinaus befürchtet Krugman, dass die Weltwirtschaft durch mangelnde Nachfrage sowie drohende deflationäre Effekte gar nicht bereit ist, ein größeres Angebot an Gütern sinnvoll aufzunehmen.

Es bleiben demnach vorrangig nicht-tarifäre Handelshemmnisse, unterschiedliche Standards und Regulierungen, die abzuschwächen oder gar zu beseitigen sind. Der Streitpunkt „Investitionsschutz“ und die mühevolle Diskussion über die Ausgestaltung möglicher Schiedsgerichtsverfahren gehören dazu. In diesem Bereich sollte man genauer hinsehen, was auf uns zukommen könnte. Denn die Regeln und Standards, die in den TTIP-Verhandlungen diskutiert und entwickelt werden, können weitergehende Wirkungen haben, als der mögliche Import von Chlorhühnchen. Darauf sollte sich also unser Augenmerk richten, damit TTIP die transatlantische Zusammenarbeit zu unser aller Nutzen stärken kann

Hans Wiesmeth ist Professor für VWL an der TU Dresden.
Co-Autor: Dennis Häckl, Foto: Christoph Reichelt

Zur Diskussion:

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP

Hermann Winkler



CDU Deutschlands

Hermann Winkler wurde 1963 in Grimma geboren und ist von Beruf Diplom-Maschinenbauingenieur. 1990 wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt und war parallel bis 1991 Stellvertretender Bürgermeister von Grimma. Von 2004 bis 2007 war Hermann Winkler Sächsischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei. Seit 2009 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Mitglied in den Ausschüssen für Industrie, Forschung und Energie sowie Kultur, Medien und Sport. Er ist seit 2012 Sprecher der ostdeutschen CDU-Europaabgeordneten und seit 2014 Mitglied im Vorstand der Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Luise Schumann



Luise Schumann ist Jahrgang 1988, hat von 2007 bis 2012 an der MLU Halle Ernährungswissenschaften studiert und dort die Abschlüsse als Bachelor (2010) und Master (2012) erworben. Sie arbeitet seit 2013 als Fachberaterin Ernährung und Lebensmittel bei der Verbraucherzentrale Thüringen, nebenberuflich als Freie Autorin. Ihre Schwerpunkte liegen u.a. auf Nachhaltiger Ernährung und Alternativen Ernährungskonzepten.

Christoph Minhoff



BVE Nils Krüger

Christoph Minhoff wurde 1959 in Duisburg geboren. Nach einer Ausbildung bei der Wochenzeitung „Bayernkurier“ war er in verschiedenen Medienunternehmen, wie dem Bayrischen Rundfunk/Fernsehen, ZDF-Landesstudio Bayern sowie Phoenix. Seit Dezember 2012 Hauptgeschäftsführer Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V.

Neben allen möglichen Risiken bieten Veränderungen immer auch neue Chancen. Welche sind das aus Ihrer Sicht für die Lebensmittelindustrie/Verbraucher in (Mittel-)Deutschland?

Hermann Winkler: Grundsätzlich eröffnet Freihandel immer die Chance, mit den eigenen Produkten bei vergleichsweise geringen Zusatzkosten neue Märkte zu erschließen bzw. das bereits laufende Exportgeschäft weiter auszubauen und so den Absatz zu steigern. Das gilt umso mehr mit Blick auf Mitteldeutschland und seine traditionsreiche Lebensmittelindustrie mit vielen spezifischen Produkten. Dabei gehen die Potentiale auf dem US-Markt über „German Bratwurst“, Bier und Sauerkraut, bei denen Mitteldeutschland allerdings einiges zu bieten hat, durchaus noch hinaus.

Luise Schumann: Richtig angegangen bietet das transatlantische Freihandelsabkommen auch für Verbraucher einige Chancen. Durch den Abbau von Handelshemmnissen (Zöllen, Doppeluntersuchungen) könnten Preise gesenkt und Verbrauchern eine größere Produktvielfalt geboten werden. Außerdem könnten die Verhandlungen im Sinne einer nachhaltigen Wirtschafts- und Konsumweise, besserer Frühwarn- und Nachverfolgbarkeitssysteme für die Lebensmittelsicherheit und höhere Verbraucherschutzstandards, ausgehend vom jeweils bislang höchsten Schutzniveau der Verhandlungspartner, geführt werden. Bisher wird sozialen und Umweltaspekten jedoch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Statt verbraucherrechtlichen stehen wirtschaftliche Belange im Vordergrund.

Christoph Minhoff: Nach aktuellen Einschätzungen der deutschen Lebensmittelexporteure – aller Branchen und Unternehmensgrößen – wird TTIP die Lebensmittelexporte maßgeblich steigern. Bürokratie kann abgebaut und die Zusammenarbeit von Behörden verbessert werden. So können Doppelinspektionen vermieden, Zulassungsverfahren beschleunigt und transparenter gemacht, also unter dem Strich Kosten gesenkt werden. Auch kann TTIP positive Anreize für den Handel auf multilateraler Ebene schaffen und Standards für die Zukunft setzen. Die Lebensmittelverarbeitung hat als Wirtschaftszweig für Mitteldeutschland eine hohe Bedeutung, gleichzeitig gibt es beim Exportvolumen im Vergleich zu anderen Bundesländern noch Potential. TTIP kann daher auch für den Export mitteldeutscher Spezialitäten neue Impulse liefern.

Vorbehalte gegen das derzeit verhandelte transatlantische Freihandelsabkommen sind vor allem auf Seiten der Verbraucher sehr groß. Geradezu sinnbildlich dafür sind die „Chlorhühnchen“ geworden. In wieweit halten Sie diese Befürchtungen für berechtigt?

Hermann Winkler: In der Tat ist das so genannte „Chlorhühnchen“ in der Debatte zum Symbol für all die ungesunden, mit Chemikalien verseuchten Lebensmittel aus den USA geworden, die nach Abschluss eines Freihandelsabkommens angeblich unsere Märkte überfluten würden. Aus meiner Sicht ist es allerdings vielmehr ein Sinnbild dafür, wie Informationen bewusst verzerrt werden, um Stimmungen zu erzeugen. Wie das Bundesinstitut für Risikobewertung festgestellt hat, mithin eine Institution der ich keine Eigeninteressen mit Blick auf TTIP unterstellen würde, ist die Behandlung von rohem Hühnerfleisch mit einer leichten Chlorlösung lebensmitteltechnisch vollkommen unbedenklich. Im Gegenteil bietet sie den Vorteil, auf dem Fleisch befindliche Keime abzutöten und damit potentielle Gesundheitsrisiken wie Salmonellen zu verringern. Vergleichsstudien ergaben, dass im Handel befindliches Hühnerfleisch in Europa teils deutlich stärker mit gefährlichen Keimen belastet ist. Für viele Amerikaner dürfte also das europäische „Keimhühnchen“ eine ebenso unvorstellbare Zumutung sein, wie für viele Europäer anscheinend das „Chlorhühnchen“. Hier heißt es also Fakten abwägen.

Luise Schumann: Europäische Verbraucher unterscheiden sich in ihrer Einstellung zu verschiedenen Bereichen des Lebensmittelmarktes in einigen Punkten deutlich von US-amerikanischen Verbrauchern. Neben dem Widerwillen gegen das „Chlorhühnchen“ zählen vor allem die Ablehnung von Gen- und Klontechnik oder Hormonzusätze in der Tierhaltung dazu. Inwieweit es Marköffnungsgesetzen zu diesen Themen geben wird, ist nach wie vor offen. Insgesamt lässt sich nicht abschätzen, wie die Verhandlungen ausgehen, welche Seite sich mit welchen Interessen durchsetzt und welche Kompromisse in Kauf genommen werden.

Christoph Minhoff: Die TTIP-Verhandlungen stehen im öffentlichen Fokus wie kein anderes bilaterales Abkommen. Mit großer Euphorie wurden auf beiden Seiten des Atlantiks die Verhandlungen aufgenommen. Von einzelnen Nichtregierungsorganisationen und Politikvertretern, insbesondere aus Deutschland, werden erhebliche Vorbehalte und Bedenken gegenüber einem Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und den USA geäußert. Wer eine Kampagne führen will, muss Emotionen wecken. Das Thema Essen eignet sich hierfür so gut wie kein anderes. So wird eine ganze Branche für politische Zwecke missbraucht, nämlich als Angstmacher für die TTIP-Gegner. Wirtschaft und Politik sind deshalb aufgerufen, die Kritik aufzunehmen und eine sachbezogene Diskussion über Chancen und Risiken dieses Abkommens zu führen. Wir begrüßen daher auch, dass sich die Verhandlungsführer auf europäischer und US-amerikanischer Seite entschlossen haben, noch umfassender als bisher über die Verhandlungen zu informieren und damit die Öffentlichkeit, Wirtschaft und Parlamente stärker am Verhandlungsprozess zu beteiligen.

Sehen Sie Ihrerseits Risiken?

Hermann Winkler: Zunächst kann ich sehr gut verstehen, dass viele Menschen angesichts der schieren Größe des Projekts TTIP verunsichert sind. Hinzu kommt, dass hier zwei Wirtschaftsräume mit vielen Gemeinsamkeiten aber eben auch vielen Unterschieden hinsichtlich Geschichte, Kultur und Mentalität aufeinander treffen. Genau darin sehe ich das größte Risiko, dass wir uns von den Vorteilen allzu sehr blenden lassen und ohne Notwendigkeit gewachsene Strukturen, Traditionen und vor allem bewährte Standards in den Bereichen Verbraucher-, Daten-, Sozial- und Umweltschutz im Zuge einer Anpassung aufweichen oder gar aufgeben. Das darf nicht geschehen. Auf der anderen Seite erscheint es mir aber auch als Risiko, vorschnell nur auf der Bewahrung des derzeitigen Zustands zu beharren und damit jegliche Verhandlung von vornherein unmöglich zu machen. Das transatlantische Freihandelsabkommen birgt nicht zuletzt für die exportorientierte Industrie zum Beispiel in Sachsen erhebliche Potentiale und hat daher zumindest eine Chance verdient.

Luise Schumann: Freihandelsabkommen beruhen auf Kompromissen. Diese müssen kritisch betrachtet werden, wenn sie die Angleichung von Regulierungen und Standards betreffen und dadurch schützende Herstellungsmethoden, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften oder Kennzeichnungspflichten berührt sind. Gerade im Lebensmittelbereich trifft das in Europa vorherrschende Vorsorgeprinzip auf das in den USA übliche Nachsorgeprinzip. Das Chlorhühnchen wird auch deswegen so heftig diskutiert, weil man schön sieht, dass beide Prinzipien sich bisher nicht problemlos miteinander vereinbaren lassen. Eine gegenseitige Anerkennung der Standards ginge vor allem zu Lasten der europäischen Verbraucher. Die Gefahr besteht, dass US-amerikanische Produkte mit niedrigeren Verbraucherschutzstandards ohne Kennzeichnung auf den Markt gelangen und günstiger angeboten werden, als hiesige Produkte. Inländische Unternehmen könnten sich benachteiligt fühlen, da sie nachwievor entsprechend der strengeren Regeln produzieren müssten. Berufen diese sich dann auf Inländerdiskriminierung wird Druck auf die Gesetzgebung ausgeübt, die auch im Nachhinein zu einer Absenkung von Verbraucherschutzstandards führen könnte.

Christoph Minhoff: Das Verhandlungsmandat für die EU Kommission ist eindeutig. Die europäische sowie deutsche Politik hat zugesichert, dass die hohen Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzstandards in der Produktion erhalten bleiben. Bei einigen Standards wird es also auch mit TTIP weiterhin Unterschiede geben. Am Ende muss der Vertrag auch vom EU-Parlament und womöglich 28 Landesparlamenten ratifiziert werden. Das wird nur bei einem guten Ergebnis gelingen.

An welchen Stellen sind Ihrer Meinung nach noch Nachbesserungen notwendig?

Hermann Winkler: Mit Blick auf die Lebensmittelindustrie sehe ich noch Klärungsbedarf beim Schutz von regionalen Herkunftsbezeichnungen. In den USA gibt es diesbezüglich kein sehr ausgeprägtes Verständnis, weshalb dortige Hersteller versuchen könnten, Nachahmerprodukte als vermeintlich „original“ zu präsentieren. Hier muss gewährleistet sein, dass der Dresdner Christstollen oder die Thüringer Rostbratwurst nicht plötzlich aus den Great Plains kommen. Traditionelle regionale Lebensmittel dürfen nicht zur Mogelpackung werden.

Luise Schumann: Im Moment sind viele Fragen ungeklärt. In den weiteren Verhandlungen muss die EU-Kommission eine klare Stellung beziehen. Verbraucherschutz darf nicht als Handelshemmnis betrachtet werden und am Vorsorgeprinzip als Kernstück des Verbraucherschutzes in Europa darf nicht gerüttelt werden. Weiterhin muss die EU-Kommission am „From-Farm-to-Fork“-Ansatz („Vom Erzeuger zum Verbraucher“), als Bestandteil der EU-Gesetzgebung festhalten. Eine Anerkennung jener Produkte, die unter weniger strengen Hygienestandards produziert werden, muss abgelehnt werden. Ebenso dürfen die in der EU geltenden Rückverfolgbarkeitsregeln in keinem Fall unterschritten werden. Auch die Lebensmittelkennzeichnung ist ein entscheidender Faktor in den Verhandlungen. Maßnahmen, die dem Verbraucher Produktinformationen für eine Kaufentscheidung entsprechend ihrer Präferenzen und Bedürfnisse verwehren, müssen ausgeschlossen werden.

Christoph Minhoff: Bei ähnlicher Risikoeinschätzung und gleichem Schutzniveau können Standards gegenseitig anerkannt werden, wie beispielsweise schon im Bio-Bereich geschehen. Gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlen oft die personellen und finanziellen Mittel die bestehenden Handelshemmnisse zu überwinden. Exporteure müssen beispielsweise auf spontane Anfrage der zuständigen US-Behörde binnen 24 h über den gesamten Exportvorgang auskunftsfähig sein und Dokumentationen vorhalten können. Zudem sind die zahlreichen Importvorschriften in den einzelnen US-Bundesstaaten schwer zu überblicken, etwa 2.700 bundesstaatliche und kommunale US-Behörden stellen unterschiedliche Anforderungen an die Zertifizierung und Eigenschaften von Lebensmitteln. Auch geografische Herkunftsangaben wie zum Beispiel Schwarzwälder Schinken oder Bayerisches Bier sind in den USA nicht anerkannt und somit auch nicht geschützt. Das erschwert die Positionierung am Markt.

Welche Rolle spielt das Abkommen für die Lebensmittelindustrie überhaupt?

Hermann Winkler: Die Relevanz von TTIP für die Lebensmittelindustrie sollte nicht überbewertet werden. Der Markt für Lebensmittel ist insbesondere in Mitteldeutschland eher regional geprägt und lebt von der Nachfrage nach bekannten und traditionellen Produkten. Hinzu kommt der gegenwärtige Trend zum bewussteren Konsum, bei dem Kunden gezielt unter regionalen und qualitativen Gesichtspunkten einkaufen. Vor diesem Hintergrund wäre es also wichtig, auch in Zukunft Klarheit über die Produktherkunft zu haben, um sich bewusst entscheiden zu können.

Luise Schumann: Das Abkommen berührt fast alle Verbraucherbelange, auch den Agrar- und Lebensmittelbereich. Unternehmen soll der Zugang auf dem amerikanischen Markt erleichtert werden. So strebt die EU einen Marktzutritt u.a. für Äpfel, Käse und Rindfleisch an, während die USA einen Marktzutritt für Geflügel, Fleisch und gentechnisch veränderte Lebensmittel fordert. Verschiedene umstrittene Themen betreffen den sensiblen Bereich Lebensmittel, dazu gehört die Einfuhr von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Organismen oder aus Klontieren bzw. deren Nachkommen ohne entsprechende Kennzeichnung, der Einsatz von Wachstumshormonen bei Schweinen und Rindern, der Einsatz von Chlor zur Desinfizierung von Hühnchen und anderem Geflügel. Diese Verfahren in der Lebensmittelproduktion werden von vielen europäischen Verbrauchern abgelehnt. Durch das Abkommen könnten sich die Regelungen für Zulassungen und Kennzeichnung ungünstig verändern. Einige Standards der USA dagegen könnten als Vorbild für bessere Verbraucherschutzrichtlinien dienen. In den USA werden bereits größere Anstrengungen betrieben, um die Gehalte von Trans-Fettsäuren in Lebensmitteln zu senken, in vielen Filialen von Fast Food- und Restaurant-Ketten sind Kalorienangaben in der Speisekarte verpflichtend und die Kennzeichnung des Ursprungs von Aromen ist verständlicher.

Christoph Minhoff: Die USA sind für die hiesige Ernährungsindustrie bereits heute der wichtigste Exportmarkt außerhalb Europas. Als exportorientierte Branche wünschen wir uns einen vereinfachten Handel in die U.S.A., da er der deutschen Ernährungsindustrie Wachstum und Arbeitsplätze sichert und die Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Wir fordern die Politik auf, ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln, das unseren Unternehmen den Marktzugang erleichtert und unser europäisches Schutzniveau für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz erhält. Wir wünschen uns, dass die Verhandlungsführer unsere Interessen ehrgeizig und mit größtmöglicher Transparenz vertreten.

Die USA sind nicht das erste Land, mit dem ein Freihandelsabkommen geschlossen wird. Gibt es andere Abkommen, die für die LM-Branche wichtiger sind, bzw. gibt es andere Länder, mit denen ein ähnliches Abkommen wichtiger wäre?

Hermann Winkler: Rein von der Größe und Nachfragekraft des zu erschließenden Marktes kommen natürlich nur wenige Staaten überhaupt an die USA heran. Dies gilt umso mehr, als die Vereinigten Staaten seit Jahren insgesamt Nettoimporteur und somit als Absatzmarkt besonders interessant sind. Darüber hinaus ist aber spannend, dass die Auswahl an möglichen Partnern für Freihandelsabkommen nicht mehr allzu groß ist. Derzeit unterhält die EU bereits 31 Freihandelsabkommen mit Ländern auf der ganzen Welt. Mit anderen wichtigen Regionen, etwa Indien, Südostasien, Südamerika oder den Golfstaaten laufen bereits die Verhandlungen. Das dennoch fast ausschließlich über TTIP gesprochen wird, erscheint daher ein Phänomen zu sein, welches auch von tiefer-sitzenden Ängsten befeuert wird. Allerdings hat die EU-Kommission mit dem intransparenten Verhandlungsverfahren auch erheblich zu den Sorgen in der Bevölkerung beigetragen. Zwar hat sich die Situation in jüngster Zeit etwas gebessert, dennoch müssen wir wachsam bleiben und auch die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat bei der Entscheidung über TTIP gewährleisten.

Luise Schumann: Neben den USA befindet sich die EU auch mit anderen Ländern in Amerika, Afrika und Asien in laufenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen. Jedes dieser Abkommen trägt die Chance für eine Ausweitung der Absatzmärkte für deutsche und europäische Lebensmittel- und Agrarprodukte. Gleichmaßen muss sichergestellt werden, dass im Laufe der Verhandlungen keine Kompromisse geschlossen werden, bei denen Verbraucherschutzstandards untergraben werden. Leicht und zu Unrecht vergessen wird immer das CETA-Abkommen mit Kanada, das schon viel weiter gediehen ist und das als Vorbild und Blaupause für TTIP herangezogen werden könnte.

Christoph Minhoff: Die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen im Weltagrарhandel verändern sich in rasantem Tempo im Sinne einzelner nationaler Interessen. Außenhandelspolitische Vereinbarungen und Verträge bilden daher einen verlässlicheren Rahmen für die internationalen Aktivitäten von Unternehmen und den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Die deutsche Ernährungsindustrie setzt sich deshalb für handelspolitische Regeln ein, die das Auslandsgeschäft und den Marktzugang verbessern. Im Dezember 2013 einigten sich in Bali die 159 WTO-Mitgliedsländer auf ein neues Handelsabkommen („Bali-Paket“), das Handelsvereinfachungen durch eine vereinfachte Zollabwicklung und den Abbau bürokratischer Hürden im internationalen Warenverkehr vorsieht. Eine Senkung von Zöllen wurde nicht vereinbart. Dies ist weiterhin Teil der seit 2001 laufenden Doha-Entwicklungsrunde, deren Abschluss derzeit nicht absehbar ist. Durch die fehlenden Fortschritte auf WTO-Ebene gewinnen bi- oder multilaterale strategische Partnerschaften im Welthandel an Bedeutung und setzen globale Standards, sie werden also zwischen zwei Ländern oder Ländergruppen geschlossen. Die Europäische Kommission verhandelt gegenwärtig über eine Vielzahl dieser bilateralen Abkommen, zum Beispiel mit Japan, Indien, Malaysia oder Thailand. Angesichts zunehmender Handelshemmnisse ist ein stärkeres handelspolitisches Engagement in wachstumsreichen Absatzmärkten außerhalb der EU notwendig, damit Hürden abgebaut, die Exportmärkte weiter diversifiziert und politische Risiken abgesichert werden können.

Ab April haben Sie die Möglichkeit im ARGOS-Journal die Diskussion online weiter zu führen (siehe auch Seite 4).

DIE WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE
in Leipzig-Leutzsch

167. Leutzscher Wirtschaftsgespräch mit der Commerzbank zum Thema Wachstum, Innovation, Absicherung Herausforderungen der Mittelstandsfinanzierung am Beispiel der Agrarwirtschaft

Erfahren Sie mehr in der nächsten Ausgabe des Wirtschaftsmagazins.

- Mit 682.200 Personen beschäftigte die Land- und Forstwirtschaft in Deutschland 2013 1,6 % aller Erwerbstätigen
- Der erzeugte Produktionswert liegt bei EUR 54,2 Mrd. – Anteil von 0,9 % an nominaler Bruttowertschöpfung
- Zusammen mit vor- und nachgelagerten Bereichen wie Bauwirtschaft, Landtechnik, Futtermittel, Düngemittel etc. sind ca. 11 % der Erwerbstätigen von Landwirtschaft in Deutschland abhängig – die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung liegt dann bei 6 %
- Alle in Deutschland vorhandenen Segmente der Landwirtschaft sind zukunftsfähig, da im internationalen Vergleich die Klima- und Bodenverhältnisse wettbewerbsfähig sind
- Die Effizienz der deutschen Betriebe ist in weiten Teilen nicht hoch genug, um international ohne Subventionen wettbewerbsfähig zu sein (allerdings sind Subventionen ein Teilausgleich für im Vergleich zu USA schlechtere Rahmenbedingungen)

Quelle: Commerzbank

Lebensmittel Made in Germany



Foto: Marcus Walter / pixelio.de

Für die Lebensmittelindustrie spielt der Export eine wichtige Rolle. Viele Jahre lang nahm die Ausfuhr von deutschen Lebensmitteln ständig zu. Viele Hersteller sind inzwischen nicht mehr so zuversichtlich und rechnen mit Exportrückgängen. Die hängen jedoch nur zum Teil mit dem russischen Importverbot für europäische Lebensmittel zusammen. Eine Trendwende beim Export erhofft sich die Branche vom Freihandelsabkommen mit den USA.

Die Lebensmittelindustrie stellt in Deutschland einen wichtigen Industriezweig dar. Den viertgrößten um genau zu sein. Je nach Bundesland liegt der Stellenwert sogar noch höher. In Thüringen zum Beispiel bildet die Lebensmittelindustrie mit einem Jahresumsatz von 4,2 Euro (2013) sogar den zweitstärksten Wirtschaftszweig. Ähnlich verhält es sich auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Aber längst nicht jedes Würstchen oder jede Tafel Schokolade wird im Inland verkauft und konsumiert. Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen spielt auch in der Lebensmittelwirtschaft der Export eine zentrale Rolle. Nahrungsmittel aus Deutschland genießen einen guten Ruf: Sie gelten als sicher und qualitativ hochwertig. Rund ein Drittel ihrer Umsätze erwirtschaftet die Nah-

rungsmittelindustrie im Ausland. Mit einem Volumen von 53,52 Milliarden Euro gilt Deutschland damit weltweit als drittgrößter Exporteur von Lebensmitteln.

Der überwiegende Teil der Nahrungsmittelexporte fließt in Länder der EU. 79 Prozent machen sie an den Gesamtexporten aus. Als die drei wichtigsten EU-Absatzmärkte gelten dabei Frankreich, die Niederlande und Italien. Abnehmer außerhalb der EU sind vor allem die Schweiz, die USA und China. Einen besonders großen Anteil am Branchenumsatz machen Exporte insbesondere aus bei:

- Fleisch
- Molkereiprodukten
- Öl
- Süß- und Backwaren

Erstmals seit langem rückläufige Exporterwartungen

Nachdem das Exportklima über einen langen Zeitraum recht kontinuierlich gestiegen war, und im Sommer vergangenen Jahres sogar ein Rekordhoch verzeichnete, brachen die Erwartungen im Dezember des vergangenen Jahres deutlich ein. Zu diesem Ergebnis kommt das Exportbarometer der deutschen Ernährungsindustrie, das die Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie (BVE) von der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC halbjährlich erstellen lässt. Die Ergebnisse beruhen auf einer Befragung von jeweils 400 Unternehmen.

Besonders starke Exportrückgänge erwarten insbesondere die Hersteller von Fleisch, Molkereiprodukten und verarbeitetem Obst und Gemüse. Während der Absatz in der EU als stabil eingestuft wird, gingen die Absatzerwartungen für den Export in Länder außerhalb der EU spürbar zurück. Zwar besteht hier ein großes Absatzpotenzial, allerdings steigt der Konkurrenzdruck spürbar. Auch zunehmende Handelshemmnisse ließen die Exporterwartungen sinken. Spürbare Zuwächse erwarten die Hersteller von Lebensmitteln vor allem im Export nach China, Australien und in die USA, ein weiteren deutlichen Rückgang dagegen vor allem beim Export nach Russland.

Auswirkungen des russischen Importstopps

Dass sich die Exportaussichten für Russland negativ entwickeln, ist aufgrund der angespannten politischen Situation nicht weiter verwunderlich. Allerdings haben die von Russland im August des



Foto: Gabriele Schmadel / pixelio.de

vergangenen Jahres verhängten Importverbote für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel die deutschen Exporte nicht in dem Maße getroffen, wie vielfach angenommen.

Zwar galt Russland lange als drittichtigstes Exportzielland außerhalb der EU. Das russische Importverbot betrifft allerdings vor allem:

- Fleisch
- Milchprodukte
- Obst und Gemüse

Für zwei der drei Bereiche galten aus verschiedenen Gründen schon vor dem Importstopp Einfuhrbeschränkungen. Milch und Milcherzeugnisse durften bereits seit 2013 aufgrund von veterinärrechtlichen Sperren nicht mehr nach Russland exportiert werden. Ähnlich verhält es sich bei Fleisch. Wegen der afrikanischen Schweinepest in einigen EU-Mitgliedsstaaten waren die Importe von Fleisch von russischer Seite in der ersten Jahreshälfte 2013 deutlich eingeschränkt worden.



Foto: Oliver Haase / pixelio.de

Lediglich bei Obst und Gemüse trafen die neuen russischen Importverbote den deutschen Export direkt. Allerdings spielte in diesem Bereich Russland als Exportzielland für Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern keine besonders große Rolle. Direkt betroffen waren in nennenswertem Umfang lediglich der Export von Äpfeln und Kohl. Weil sich aber durch die Importverbote im gesamten EU-Binnenmarkt in vielen Bereichen ein deutliches Überangebot ergeben hatte, kam es für zahlreiche Produkte damit auch vielfach zu einem deutlichen Preisverfall.

Alles in allem haben damit die russischen Importverbote den Export deutscher Lebens-

mittel nicht in so hohem Maße getroffen, wie viele andere EU-Länder. Allerdings hatte Russland vor der Verhängung der veterinärrechtlichen Einschränkungen für die Einfuhr von Fleisch und Milch sowie Milcherzeugnissen durchaus einen hohen Stellenwert als Exportzielland. Angesichts dieser Entwicklungen verwundert es daher nicht, dass Russland als ehemals drittichtigstes Exportziel inzwischen von China abgelöst wurde.

Hohe Erwartungen an Freihandelsabkommen

Während die Entwicklungen im Außenhandel mit Russland die deutschen Lebensmittelhersteller nicht in dem hohen Maße getroffen haben, wie vielfach befürchtet, knüpft die Branche umso größere Erwartungen an das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Die USA gelten als zweitichtigstes Exportzielland und Handelshemmnisse wurden von vielen befragten Unternehmen als ein Grund für eingetrübte Exporterwartungen angegeben. An eine Beseitigung der bestehenden Handelshemmnisse im Rahmen des Freihandelsabkommens knüpfen sich daher große Erwartungen. In diesem Sinne spricht sich daher auch die Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie für das Freihandelsabkommen aus.

Philipp Senge



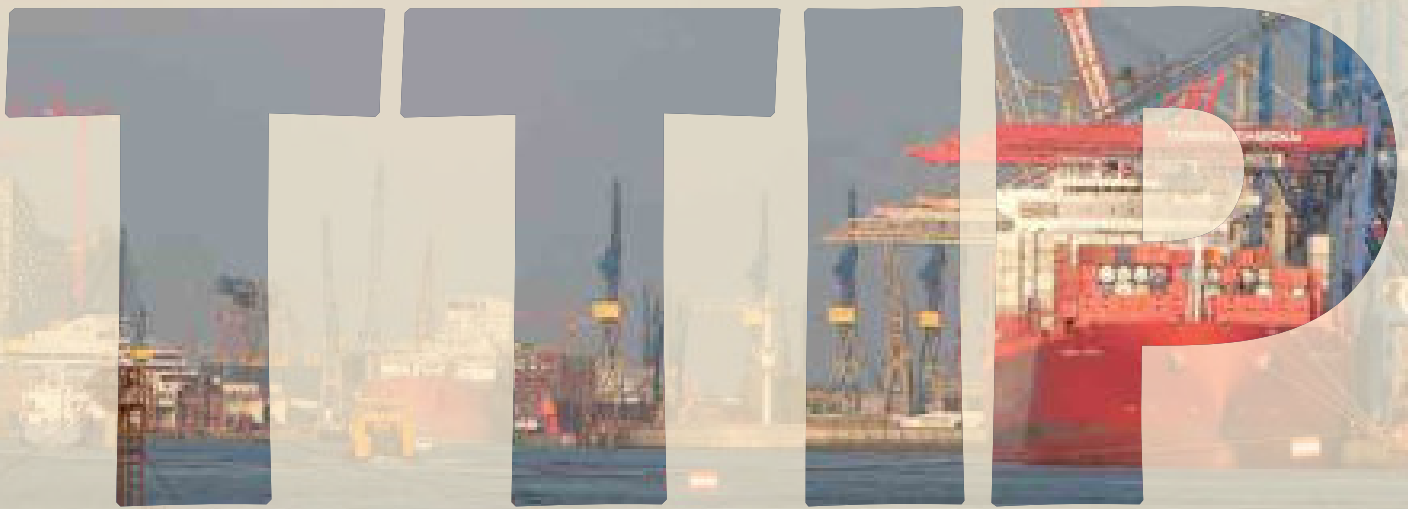


Foto: www.hamburg-fotos-bilder.de / pixelio.de

Wie kaum ein anderes Thema spaltet das transatlantische Handelsabkommen zwischen den USA und der EU die Gemüter. Insbesondere kritische Stimmen werden immer wieder laut. Die Lebensmittelindustrie könnte von dem Abkommen profitieren.

Die Idee für eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“, kurz TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), geht zurück bis in die 1990er-Jahre. Erste konkrete Versuche wurden 2007 unternommen, scheiterten jedoch am Widerstand der US-Politik. Seit 2013 verhandeln die USA und die EU offiziell über ein solches Abkommen. Anfang Februar dieses Jahres fand inzwischen die achte Verhandlungsrunde statt, die wohl noch lange nicht die letzte gewesen sein wird. Derzeit sind noch viele Fragen offen und ein Abschluss scheint noch in weiter Ferne zu sein.

Um dies zu ändern, sollen im Rahmen des Handelsabkommens bestehende Einfuhrbeschränkungen in Form von Zöllen abgebaut sowie geltende Standards und gesetzliche Vorgaben einander angeglichen werden. Das gilt insbesondere für die Bereiche:

- Maschinen- und Fahrzeugbau
- Dienstleistung
- Lebensmittel

Von den Handelserleichterungen und den einheitlichen Zulassungs- und Technikstandards versprechen sich beide Verhandlungspartner wirtschaft-

liche Vorteile. Darüber, wie hoch die jedoch tatsächlich ausfallen können, gehen die Meinungen weit auseinander. Inzwischen liegen zahlreiche Untersuchungen und Studien über mögliche wirtschaftliche Vorteile eines Handelsabkommens vor. Mit zum Teil sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Einen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes in der EU um bis zu 0,5 Prozent bis 2027 prognostizieren einige Experten. Berechnungen der EU gehen von 400.000 neuen Arbeitsplätzen aus. Die Hans-Böckler-Stiftung erwartet hingegen keinerlei nennenswerte Wachstumseffekte.

Worum geht es in dem Abkommen?

Ziel des Abkommens ist die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, bestehend aus den USA und der EU. Käme er zustande, würde er mehr als 800 Millionen Verbraucher umfassen und rund die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung ausmachen.

Bereits heute beträgt das Handelsvolumen zwischen den USA und der EU etwa 800 Milliarden Euro. Die Gewinne auf beiden Seiten werden derzeit noch durch Zölle geschmälert und unterschiedliche Standards verlangen von Unternehmen in vielen Bereichen, dass sie ihre Produkte für den jeweils anderen Markt anpassen müssen oder verhindern sogar einen Marktzugang. Das bedeutet mitunter einen erheblichen Aufwand für die Hersteller.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Streitpunkte

Bis es zu einem Abschluss und damit überhaupt zu irgendwelchen spürbaren Auswirkungen kommen kann, müssen noch viele Streitpunkte aus der Welt geschafft werden. Deren Zahl gilt im Grunde als genau so groß wie die Zahl der eigentlichen Verhandlungspunkte.

Als einer der zentralen Streitpunkte gilt die Einsetzung eines Regulierungsrates, über den die jeweils „andere Seite“ in Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden soll. Ebenfalls besonders strittig ist auch der Investitionsschutz, der es Unternehmen ermöglicht, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen. In diesem Punkt gehen die Ansichten der Verhandlungspartner so weit auseinander, dass die Verhandlungen darüber bereits vor über einem Jahr bis zum Sommer dieses Jahres ausgesetzt wurden.

Neben diesen sehr grundsätzlichen Streitpunkten, die letztlich alle Bereiche der Wirtschaft betreffen, besteht speziell im Bereich der Lebensmittelwirtschaft noch großer Klärungsbedarf. Zum Beispiel bei:

- Hygienevorschriften
- Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und „Hormonfleisch“
- Schutz regionaler Herkunftsangaben

So sind etwa in Europa anders als in den USA gentechnisch veränderte Lebensmittel und Fleisch von Tieren, die mit Hormonen behandelt wurden, nicht zugelassen. Insbesondere Kritiker des Freihandelsabkommens befürchten hier, dass eine Annäherung der unterschiedlichen Standards und Vorschriften zu einer Senkung der geltenden Standards



Gentechnisch verändert oder nicht? Kritiker fürchten, durch TTIP könnten auch hierzulande bald gentechnisch veränderte Lebensmittel in den Handel kommen. Foto: Richard von Lenzano / pixelio.de

für Lebensmittelsicherheit führen könnte. Ein Punkt, der bei der jüngsten Verhandlungsrunde in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Rolle gespielt hatte, war der in Europa geltende Schutz geografischer Herkunftsangaben bei Lebensmitteln. Einen derartigen Schutz gibt es in den USA bislang nicht. Lebensmittelherstellern steht es dort also frei, Produkte als Parmaschinken, Feta oder Spreewälder Gurken zu deklarieren. Unabhängig von der Herkunft und letztlich auch der Herstellungsweise der entsprechende Produkte.

Mahnende Worte, die europaweit geltenden Standards in diesem Punkt nicht aufzuweichen, kommen nicht nur von Seiten der Verbraucherschutzorganisationen. In einer Pressemitteilung erklärte dazu Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie (BVE): „Deutsche Spezialitäten sind weltweit zunehmend beliebt, im Lebensmittelexportgeschäft bieten sich hier wichtige Wachstumspotentiale. Durch geschützte geografische Angaben sollen Produktbezeichnungen gegen Missbrauch und Nachahmung

geschützt und die Verbraucher über die besonderen Produktmerkmale informiert werden. Wir wollen keine Original Nürnberger Rostbratwürstchen aus Kentucky.“

Erwartungen der Lebensmittelindustrie

Grundsätzlich besteht von Seiten der Ernährungsindustrie jedoch großes Interesse am transatlantischen Freihandelsabkommen. Die USA gelten als einer der wichtigsten Exportmärkte der Lebensmittelindustrie. Insbesondere im Bereich gesetzlicher Vorgaben und Verordnungen müssen nach Ansicht der BVE Handelshemmnisse abgebaut werden.

Wie bei Verhandlungen üblich, werden auch beim Freihandelsabkommen gegenseitige Zugeständnissen und Kompromisse notwendig werden. Fraglich ist letztlich, wer an welcher Stelle bereit ist, bestehende Regelungen und Vorschriften zu lockern oder strengere Vorschriften zu akzeptieren. Die EU hat bislang auf jeden Fall versichert, bestehende Standards nicht zu senken.

Für einen hohen Druck insbesondere auf die EU sorgen bei den Verhandlungen derzeit vor allem parallel stattfindende Verhandlungen der USA zu einem weiteren Freihandelsabkommen mit einigen Pazifik-Anrainerstaaten. Sie könnten zum einen dazu führen, dass sich die USA besonders unbeugsam gegenüber europäischen Forderungen gegenüber asiatischen Verhandlungspartner akzeptieren zu müssen. Andererseits wird die EU unter einen gewissen Zugzwang gesetzt, wenn sie nicht den Anschluss an die USA verlieren möchte.

Philipp Senge

Europaweit gültige Siegel zum Schutz von Spezialitäten. Einen vergleichbaren Schutz gibt es in den USA nicht.

Logos: EU



Bakterien-Schnelltest für Bier, Milch und Co.

Foto: Andreas Nikelski / pixelio.de

Fraunhofer-Institut entwickelt in Kooperationsprojekt Polymerpulver, mit dem sich Analysen von Bier, Milch, Säften, Cola und Rotwein beschleunigen und vereinfachen lassen.

Die Produktionsprozesse bei der Herstellung von Getränken unterliegen permanenten Qualitätskontrollen. Insbesondere für Brauereien ist eine gleichbleibend hohe Qualität ihrer Produkte unabdingbar. Denn Erreger, die im Lauf des Brauprozesses ins Bier gelangen, können den Genuss verderben. Sie sorgen nicht nur für starke Abweichungen im Geschmack und Geruch, der Gersensaft kann auch trüb, sauer und unbekömmlich werden. Daher sind die Unternehmen bemüht, das Produkt frei von schädlichen Mikroorganismen zu halten.

Herkömmliche, konventionelle Methoden, um Getränkeschädlinge wie Bak-

terien und Hefen nachzuweisen, haben einen großen Nachteil: Sie dauern sehr lange. Vom Test bis zum zuverlässigen Ergebnis dauert es mindestens fünf Tage. Der Grund: Bisher wird das Bier in einer Anlage gefiltert. Bei diesem Vorgang bleiben die Bakterien in einer Membran hängen und werden anschließend aufwändig in einem speziellen Nährmedium kultiviert, bevor man sie mikroskopisch untersuchen kann. Häufig ist es dann zu spät, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Polymerpulver liefert bereits nach wenigen Stunden Analyseergebnisse

Forscher am Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung IAP in Potsdam haben gemeinsam mit einem Anbieter von Analyseverfahren und -technik ein Polymerpulver entwickelt, das diese Tests vereinfacht und den Zeitaufwand erheblich verkürzt.

Das neue Polymerpulver vom IAP kommt ohne Filtration und zeitaufwändige Kultivierung in Nährmedien aus. Stattdessen wird es direkt der flüssigen Probe zugegeben. Seine funktionalisierte Oberfläche bindet die Bakterien effizient an die 100 bis 200 Mikrometer großen Pulverpartikeln. Diese lassen

sich samt den Mikroben in einer eigens entwickelten Anlage leicht ablösen und direkt mit unterschiedlichen mikrobiologischen Methoden analysieren.

Qualitätskontrolle von großen Getränkemengen möglich

Mit der neuen Methode können Lebensmittelexperten Bier und viele weitere Getränke auf den Befall von Erregern untersuchen, bei denen dies mit dem klassischen Membranfiltrationsverfahren kaum bis gar nicht möglich war. »Die Membranfiltration eignet sich nicht für die Qualitätskontrolle von Getränken wie Fruchtsäften, Milch, Cola und Rotwein. Sie enthalten so viele Fest- beziehungsweise Trübstoffe, dass der Filter schnell verstopft«, erklärt Dr. Andreas Holländer, Wissenschaftler am IAP. Auch konnten Brauereien per Membranfiltration bisher nur kleine Probenvolumen von maximal einem Liter untersuchen. Mit dem Polymerpulver sind Checks von 30 Litern und mehr möglich. »Überall dort, wo wenige Mikroben aus einer großen Menge Flüssigkeit extrahiert werden müssen, kann die neue Technik nützlich sein«, ergänzt Holländer. Dadurch erhöht sich die Chance auch Spurenkontaminationen in Getränken nachzuweisen. Im Frühjahr 2015 soll der Marktstart erfolgen.



Das funktionalisierte Polymerpulver verteilt sich im Wasser.
Foto: Fraunhofer IAP

Das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung IAP in Potsdam-Golm entwickelt bereits seit über 20 Jahren biobasierte und synthetische Polymere für unterschiedlichste Anwendungen. Sie tragen unter anderem dazu bei, dass Endprodukte immer langlebiger, säureresistenter, temperaturbeständiger, kostengünstiger sowie einfacher und energiesparender in der Herstellung werden.



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de



Der Jahresauftakt ist grün

Den Jahresauftakt für die Lebensmittelindustrie bildet traditionell die Internationale Grüne Woche Berlin. Eine mindestens ebenso große Rolle spielt speziell für die Bio-Branche die BIOFACH in Nürnberg. In den Trends zeigen beide Messen große Gemeinsamkeiten: LOHAS, Free From und Vegan.

Jede Branche hat ihre ganz individuellen jährlichen Highlights. In der Lebensmittelbranche stellt die Internationale Grüne Woche Berlin zweifellos ein solches Highlight dar. Zeitlich am Jahresanfang gelegen, bildet sie immer auch den Jahresauftakt für die Branche. Sie gilt als Leitmesse und Dialogplattform für die gesamte internationale Lebensmittelwirtschaft und richtet sich gleichermaßen an Fachbesucher und Verbraucher. In diesem Jahr fand sie vom 16. bis 25. Januar und damit bereits zum 80. Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1926 statt.

1.658 Aussteller aus 68 Ländern präsentierten auf insgesamt 130.000 Quadratmetern Hallenfläche einen umfassenden Überblick über den Weltmarkt der Ernährungsindustrie der Landwirtschaft und des Gartenbaus. Die weltgrößte Ausstellung ihrer Art verzeichnete damit die stärkste Beteiligung seit 44 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr konnten auch die Besucherzahlen gesteigert werden. Mehr als 415.000 Besucher zählte die Messe während der zehn Veranstaltungstage. Die Zahl der Fachbesucher aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, sowie Ernährungswirtschaft, Handel, Gartenbau und Hotel- und Gaststättengewerbe beläuft sich auf 100.000.

Nicht nur Fach-, sondern auch Verkaufsmesse

Während sich das Fachpublikum über angebotene Produkte und über Branchenentwicklungen informiert oder Kontakte pflegt, verfolgen die Aussteller auf der grünen Woche weitere Ziele. Die Darstellung ihres Unternehmens und die Imagepflege spielen dabei ebenso eine Rolle wie Öffentlichkeitswirkung in den Medien. Nicht zuletzt geht es aber vor allem immer auch um den direkten

Verkauf der eigenen Produkte. Umgerechnet 117 Euro gab jeder Messebesucher in diesem Jahr pro Kopf aus. Insgesamt 48 Millionen Euro. Damit bietet die Internationale Grüne Woche für viele Unternehmen eine gute Möglichkeit, neue Produkte vorzustellen, einzuführen und auch zu testen.

Trends und Entwicklungen

Wie bei jeder Messe spielen natürlich auch bei der Internationalen Grünen



Woche Trends und Branchenentwicklungen eine wichtige Rolle. Sowohl am Sortiment der Aussteller als auch an den Rahmen- und Informationsveranstaltungen ließ sich dabei vor allem eines erkennen: Der Megatrend LOHAS geht weiter. Verbraucher konsumieren zunehmend bewusster, nachhaltiger und immer öfter auch vegetarisch oder sogar vegan.

Bei einem Blick auf den Messeplan, ließ sich ein weiterer Trend erkennen, der sich in gewisser Weise aus dem großen Megatrend LOHAS abzuleiten scheint. Themen wie BIO/ÖKO wird bereits seit längerem eine eigene Themenhalle gewidmet. In diesem Jahr fand aber in einer der Hallen der Messe Berlin parallel zur Grünen Woche vom 23. bis 25. Januar eine weitere Messe, die V delicious speziell für vegane, vegetarische und allergenfreie Lebensmittel statt. Wenn auch nur an drei der zehn Messtage der Grünen Woche geöffnet, und somit noch eher ein Nebenthema, scheint dieses Segment ein großes Potenzial zu bergen. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man einen Blick auf eine weitere Messe wirft, die für die Lebensmittelbranche ebenfalls eine wichtige Rolle spielt: die BIOFACH.

BIOFACH – Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel

Anders als bei der Internationalen Grünen Woche handelt es sich bei der Biofach in Nürnberg um eine reine Fachmesse. Die Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel fand in diesem Jahr etwa einen Monat nach der Grünen Woche, vom 11. bis 14. Februar statt. Insgesamt 2141 Aussteller präsentierten sich und



Eröffnungsfeier zur Internationalen Grünen Woche 2015: Dr. Christian Göke, CEO, Messe Berlin GmbH; Janis Duklavs, Landwirtschaftsminister Lettland; Andris Berzins, Staatspräsident Lettland; Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin; Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft; Joachim Rukwied mit Ehefrau, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) (v.l.n.r.), Foto: IGW 2015

ihre Produkte 44.624 Fachbesuchern aus der ganzen Welt. Damit verzeichnet die Messe ein Besucherplus von 5 %, was die zunehmende Bedeutung der Bio-Branche sehr gut widerspiegelt. Nach Branchenangaben gaben die Verbraucher im vergangenen Jahr 4,8 % mehr Geld für Biolebensmittel und Getränke als im Vorjahr aus.

Noch stärker als auf der Grünen Woche waren auf der diesjährigen BIOFACH zwei klare Trends zuerkennen, die für besonders viel Aufmerksamkeit sorgten: Vegan und Free From. Beides Themen, die gerade im Bio-Segment schon seit jeher stark vertreten sind, zunehmend aber auch im Bereich der konventionellen Lebensmittel an Bedeutung gewin-

nen. Welche Rolle den Lebensmitteln ohne Ei, Gluten oder Laktose – darum handelt es sich bei Free-From-Produkten vor allem – speziell im Handel zukommt, beleuchtete die BIOFACH mit einer eigens in Auftrag gegebenen Studie.

Die zunehmende Bedeutung veganer Lebensmittel lässt sich bereits an der im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Zahl der Hersteller veganer Produkte erkennen. Belief sich ihre Zahl im Vorjahr noch auf 542 waren in diesem Jahr 726 Hersteller vertreten. Dem veganen Ernährungsstil hatte die BIOFACH eine Sonderschau gewidmet, der gemeinsam mit dem Vegetarierbund (VEBU) organisiert wurde.

Philipp Senge



Fotos: NürnbergMesse

LOHAS

Der Lifestyle of Health and Sustainability (LOHAS) bezeichnet einen bestimmten Lebensstil, der seit einigen Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewinnt. Er beschreibt das Bestreben vieler Verbraucher, sich bewusster zu ernähren und zu leben. Das bezieht sich insbesondere auf Herkunft, Nachhaltigkeit und Saisonalität und auch Qualität von Produkten. Statt immer mehr und immer billiger verlangen Verbraucher, als Zielgruppe ebenfalls als LOHAS bezeichnet, insbesondere hochwertige (Bio-)Produkte, die als gesund und ökologisch nachhaltig gelten. Auch regionale Bezüge spielen eine wichtige Rolle. Im Vergleich zur traditionellen Biobewegung stehen Genuss und Lebensfreude deutlich stärker im Vordergrund.



Ausführliche Informationen zum Thema LOHAS finden Sie im ARGOS II/2014. Online zum Nachlesen unter: argos-verlag.de/argos-22014



Foto: Lupo / pixelto.de

Weniger ist mehr

Immer mehr Menschen müssen oder möchten auf Lebensmittel zurückgreifen, die frei von bestimmten Allergenen sind. Eine Studie im Auftrag der BIOFACH 2015 bescheinigt diesen sogenannten Free-From-Produkten starkes Wachstumspotenzial. Speziell, aber nicht nur, für den Bio-Handel.

Die Zahl der Verbraucher, die an Lebensmittelunverträglichkeiten leiden und daher besondere Ernährungsbedürfnisse haben, nimmt seit Jahren ständig zu. Laut Expertenschätzungen leiden heute rund 20 Prozent der Konsumenten an einer Laktoseintoleranz.

Sieben Prozent verfügen über keine Fruktose. Hinzu kommen außerdem noch all jene, die kein Gluten oder kein Eiweiß vertragen. Lebensmittel, die den besonderen Bedürfnissen dieser Verbraucher entsprechen, werden als Free-From-Produkte bezeichnet.

Produkte haben und welche Chancen sich damit letztlich auch für die Hersteller ergeben.

Im Rahmen der Studie wurden insgesamt 62 Händler aus Deutschland (38), Österreich (12) und der Schweiz (12) befragt. Bei ihnen handelte es sich um:

- Bio-Einzelhändler
- Bio-Supermarktketten
- Reformhäuser
- Lebensmitteleinzelhändler (Supermarktkette)
- Selbstständige Lebensmitteleinzelhändler

IST-Situation

Eine Nachfrage nach allergenfreien Lebensmitteln besteht im Grunde seitdem es entsprechende Unverträglichkeiten gibt. Bisher galten diese speziellen Lebensmittel jedoch eher als „Problemlöser“, die den Betroffenen vor allem ein beschwerdefreies Leben ermöglichen. Dementsprechend wurden sie häufig auch mit Krankheit und Diät in Verbindung gebracht. Dieses Image hat sich nicht zuletzt mit einem immer stärkeren Bewusstsein der Verbraucher für Ernährung gewandelt. Ein

Zum einen wegen der ständigen Zunahme von Allergien und Nahrungsmittelunverträglichkeiten aber auch, weil immer mehr Verbraucher aus freien Stücken auf allergenhaltige Lebensmittel verzichten, birgt der Markt für Free-From-Produkte große Entwicklungspotenziale. Das konnte auch auf der diesjährigen Internationalen Grünen Woche und vor allem auch auf der BIOFACH beobachtet werden. Speziell auf der BIOFACH galt das Thema Free From neben veganen Lebensmitteln als Branchentrend.

Die Studie

Aus diesem Anlass hatte auch die BIOFACH bereits im Vorfeld der Messe eine Studie zu diesem Thema in Auftrag gegeben. Darin wurde untersucht, welche Rolle den Produkten im (Bio-)Handel zukommt, welche Ansprüche und Bedürfnisse die Verbraucher an diese



Vorstellung der Studie auf der diesjährigen BIOFACH. Foto: NürnbergMesse

starkes Wachstum verzeichnen in diesem Zusammenhang in den vergangenen zwei Jahren Händler aus allen Bereichen.

Laut der Studie reagiert bislang insbesondere der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel auf diese Veränderungen und versucht der steigenden Nachfrage nachzukommen. Etwas schwerer tut sich jedoch der Biohandel, da er in einem „Fokussierungs-Dilemma“ steckt. Die Eigenschaften Free From und Bio schließen sich nicht automatisch ein. Im Zweifelsfall geht bei Bio-Produkten Bio vor Free From.

Potenziale

Je nach dem Allergen, auf das verzichtet wird, lassen sich Free-From-Produkte in Segmente aufteilen. Die wichtigsten sind derzeit:

- Glutenfrei
- Laktosefrei
- Eifrei

Für alle Segmente sehen die in der Studie befragten Händler einstimmig ein deutliches Entwicklungspotenzial. Da die einzelnen Segmente bisher sehr unterschiedlich im Handel vertreten sind, ergeben sich hierbei für die verschiedenen Segmente einige Unterschiede.

Glutenfreie Produkte sind in allen Bereichen des Handels am stärksten vertreten. Das Angebot umfasst bereits zahlreiche Warengruppen und zeichnet von allen Segmenten die stärkste Nachfrage. Besonders gefragt, aber noch wenig vertreten sind frische Angebote und Convenience-Produkte.

Laktosefreie Produkte werden derzeit vor allem vom konventionellen Lebensmittelhandel angeboten. Im Bio-Handel spielen sie bislang kaum eine Rolle, dort sind eher Milch-Ersatzprodukte vertreten.

Das Angebot für speziell eifreie Produkte ist noch am geringsten ausgeprägt. Im Biohandel sind entsprechende Produkte insbesondere unter den veganen Produkten zu finden. Im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel sind hingegen bisher kaum Produkte zu finden, bei denen gezielt auf Ei verzichtet wird.

Wünsche an Hersteller

Allergenfreie Lebensmittel besetzen bis vor einiger Zeit ein regelrechtes Nischendasein. Das Interesse an speziellen Free-From-Produkten ist noch vergleichsweise neu. Um die Potenziale, die sich daraus ergeben, effektiv nutzen zu können, äußerten die befragten Händler verschiedene Wünsche an Hersteller, um Kundenwünsche besser bedienen zu können:

- Angleichung an herkömmliche Produkte in Bezug auf Kulinarik, Angebotsvielfalt und letztlich auch das Preisniveau
- Einheitliche Deklaration für bessere Orientierung
- Verbesserung des Images

baumöglichkeiten bietet. Eine zentrale Rolle wird dabei speziell der Austausch zwischen Herstellern einer- und Händlern andererseits spielen. Im Fokus sollte dabei insbesondere eine Erleichterung des Zugangs zu Free-From-Produkten für den Verbraucher stehen. Speziell für Hersteller bedeutet dies eine Verwendung von einheitlichen Deklarationen sowie Produktentwicklungen, um den Genussfaktor zu erhöhen und der Nachfrage nach Convenience-Produkten weiter nachzukommen.

Die vollständigen Ergebnisse der Trendstudie können unter folgender Adresse im Internet nachgelesen und heruntergeladen werden:
<https://www.biofach.de/de/presse/studie-freefrom/>

Philipp Senge



Foto: Marco Barnebeck / pixelio.de

Mit Ausnahme der Bio-Einzelhändler äußerten die Händler außerdem den Wunsch nach einem Ausbau der Convenience-Produkte. Alles in allem ist somit eine deutliche Angleichung an das Sortiment für herkömmliche Lebensmittel mit einer eindeutigen, einheitlichen Deklaration der Allergenfreiheit gewünscht.

FAZIT

Zusammenfassend kommt die Studie „Bitte mit ohne... | Free From – Perspektiven für den Handel“ zu dem Ergebnis, dass Free-From-Produkte für alle Bereiche des konventionellen wie auch des Bio-Handels zahlreiche Aus-

Bei **Laktose** (Milchzucker) handelt es sich um eine bestimmte Zuckerart, die von Natur aus in Milch vorkommt. **Gluten** hingegen ist ein Klebeeiprotein, das in Getreiden wie Weizen, Roggen, Gerste etc. enthalten ist. Betroffene mit entsprechenden Unverträglichkeiten sind bei der Auswahl von Lebensmitteln zum Teil massiv eingeschränkt. Milch, Joghurt oder Käse kommen bei einer Laktosetoleranz nicht in Frage. Wer kein Gluten verträgt, muss insbesondere auf herkömmliche Backwaren und Getreideprodukte verzichten. Allergenfreie oder Free-From-Produkte wie glutenfreies Brot oder laktosefreier Joghurt bieten hier Alternativen, um sich „normal“ zu ernähren.



Energieeffizienz im Handwerk

Die regionalen Entwicklungswerkstätten Energieeffizienz in Thüringen und Leipzig unterstützen Handwerksbetriebe bei der Erschließung energetischer Effizienzpotenziale und stärken damit deren Wettbewerbsfähigkeit.

In den vergangenen Jahren sind die Energiepreise kontinuierlich gestiegen. Das bekommen auch Handwerksbetriebe immer stärker zu spüren. Abhängig davon, wie energieintensiv die einzelnen Gewerke sind, kann der Anteil an den Gesamtkosten eines Betriebes zwischen zwei und zwölf Prozent liegen. Unternehmen, denen es gelingt, ihre Energieeffizienz zu verbessern und ihren Energiebedarf langfristig zu reduzieren, können damit ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern und in vielen Fällen für die Zukunft überhaupt erst sicherstellen.

Die Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz (MIE) hat es sich zum Ziel gemacht, Betriebe bei diesen Herausforderungen zu unterstützen. Das Projekt fungiert dabei als zentrale Anlaufstelle und berät Unternehmen, welche Einsparmöglichkeiten es gibt und welche Beratungs- und Förderangebote dabei zur Verfügung stehen. Darüber hinaus unterstützt die MIE Unternehmen auch mit eigenen Projekten. Eines davon sind die „Regionalen Entwicklungswerkstätten Energieeffizienz im Handwerk“.

Regionale Entwicklungswerkstätten für mehr Energieeffizienz im Handwerk

Insgesamt sieben solcher Entwicklungswerkstätten werden bundesweit von den Umweltzentren des Handwerks betreut, zwei davon liegen in Mitteldeutschland. Jede von ihnen hat einen Schwerpunkt auf ein bestimmtes Gewerk gelegt:

- Thüringen (RU) – Fleischer
- Leipzig – Bäcker
- Hamburg – Textilreiniger
- Hannover – Metallhandwerk
- Koblenz – Tischler
- Münster – Friseure
- Saarbrücken – Kraftfahrzeuggewerbe

Die Entwicklungswerkstätten haben Ende 2013 ihre Arbeit aufgenommen. Das bedeutet, dass die Berater der Umweltzentren bei interessierten Unternehmen eine Einstiegsberatung durchführen und eine erste Analyse der betrieblichen energetischen Situation vornehmen. Dabei erproben sie immer auch ganz konkret in der Praxis, welche Techniken, Messinstrumente, Maßnahmen und Verfahren für die jeweiligen Gewerke besonders geeignet sind. Ziel dieses Vorgehens ist es, alle Maßnahmen, die zur Steigerung der Energieeffizienz speziell in einem Gewerk beitragen können, zu dokumentieren und in Leitfäden zusammenzutragen. Diese werden nach Abschluss des Projektes allen Handwerkskammern zur Verfügung gestellt.

Im vergangenen Jahr haben René Grüneberger und seine Kollegen vom Umweltzentrum des Handwerks Thüringen in Rudolstadt bereits bei 39 Unternehmen aus dem Fleischerhandwerk eine Einstiegsberatung vorgenommen. Bis zum Abschluss des Projektes am Ende dieses Jahres folgen 61 weitere Unternehmen auch aus den übrigen Gewerken.

Kühlung bietet bei Fleischereibetrieben große Einsparpotenziale

„Speziell im Fleischerhandwerk spielt im Gegensatz zu vielen anderen Gewerken

zum Beispiel die Kühlung eine besonders große Rolle“, erklärt Grüneberger. Es lohnt sich daher, in Fleischereibetrieben ein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich zu legen. Je nach der individuellen Situation im Betrieb können sehr unterschiedliche Maßnahmen zur Energieeinsparung sinnvoll sein. Es fängt an bei sehr einfachen Maßnahmen, die gar kein oder nur sehr wenig Geld kosten. Etwa Hinweisschilder, dass die Tür zum Kühlraum geschlossen gehalten oder das Licht beim Verlassen des Raums ausgestellt werden soll.

Etwas umfangreichere aber immer noch vergleichbar einfache Maßnahmen können zum Beispiel der Einbau von Bewegungsmeldern oder der Umstieg auf LED-Beleuchtung im Kühlraum sein. „Diese produzieren weniger Wärme, die letztlich runtergekühlt werden muss“, schildert Grüneberger den Nutzen solcher Maßnahmen. Umfangreichere Investitionen können schließlich die Verlegung des Tiefkühlraums in den Kühlraum sein, um Kälteverluste beim Öffnen und Betreten zu minimieren oder auch der Einbau einer Wärmerückgewinnungsanlage.

Keine pauschalen Lösungen

Welche der jeweils möglichen und sinnvollen Maßnahmen tatsächlich in Betracht kommen, hängt letztlich aber von der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit des jeweiligen Unternehmens ab. „Ein Unternehmen, das zum Beispiel seine Unternehmensnachfolge nicht geregelt hat und nicht weiß, wie es in einigen Jahren weitergeht, ist nicht bereit, größere Investitionen zu tätigen“,

beschreibt Grüneberger auch mögliche Hemmnisse, die Investitionen entgegenstehen können. „Bei vielen der Unternehmen, mit denen wir gesprochen haben, handelt es sich um kleinere Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern. Hier kommt es darauf an, dass die Investitionen nicht zu groß sind und sich zeitnah bezahlt machen.“

Ähnliche Erfahrungen hat auch Christiane Hoffmann vom Umwelt- und Transferzentrum der Handwerkskammer zu Leipzig bei ihrer Arbeit gemacht. Sie betreut zusammen mit ihren Kollegen die Entwicklungswerkstatt für das Bäckerhandwerk. Anders als bei den Fleischereibetrieben liegt das Hauptaugenmerk hier vor allem auf dem Energiebedarf für Backöfen, der Warmwasserbereitung, der Raumwärme sowie ebenfalls auf Kühl- und Frostanlagen. Sie betont, dass es immer auch von den jeweiligen baulichen Gegebenheiten des Unternehmens abhängt, welche Maßnahmen im Einzelfall tatsächlich umgesetzt werden können: „Der Einbau einer Wärmerückgewinnungsanlage kann in einem größeren Betriebsgebäude, an das weitere Wohneinheiten angegliedert sind, durchaus sinnvoll sein. Prinzipiell ist jedoch immer darauf zu achten, dass die zurückgewonnene Abwärme auch genutzt werden kann.“

Mitunter lässt sich aber auch im Bäckerhandwerk ähnlich wie bei den Fleischern bereits mit kleinen Maßnahmen viel erreichen. Etwa mit regelmäßiger Wartung von Anlagen und der Optimierung von Arbeitsabläufen. Auch die Umstellung der Beleuchtung auf LED, hier insbesondere auch in den Filialen, kann sich innerhalb weniger Jahre amortisieren. Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den Hoffmann und ihre Kollegen bei einem Vor-Ort-Besuch neben technischen Optimierungsmaßnahmen immer wieder hinweisen, ist die Kostenoptimierung. Gerade bei den hohen Energieverbräuchen, die in Bäckereien anfallen, lohnt es sich, den bestehenden Vertrag mit einem Stromversorger genau zu prüfen und mit Angeboten anderer Anbieter zu vergleichen. Auch Steuerentlastungen und ein Spitzenausgleich für Strom- und Energiesteuer können in Betracht kommen.

Unterstützung bei der Umsetzung

Je nach den Ergebnissen der Einstiegsberatungen bei Vor-Ort-Besuchen, geben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen Entwicklungswerkstätten den Unternehmen Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise. Etwa, welche weiterführenden Beratungsan-

gebote oder auch Fördermittel bei einer Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung in Frage kommen. Mögliche Förderprogramme können zum Beispiel sein:

- Energieberatung im Mittelstand des BAFA
- KfW-Energieeffizienzprogramm
- BAFA-Investitionszuschüsse zum Einsatz hocheffizienter Querschnittstechnologien
- landesspezifische Förderprogramme der Aufbaubanken

Bis zu zehn Unternehmen pro Entwicklungswerkstatt werden im Rahmen des Projektes als Modellbetriebe, über die Einstiegsberatung hinaus, auch bei der konkreten Umsetzung und insbesondere der Auswahl und Beantragung von geeigneten Fördermitteln von den Werkstattmitarbeitern unterstützt.

Interessierte Betriebe, die ihren Energieverbrauch senken und sich beraten lassen möchten, können sich an die Umweltzentren des Handwerks Thüringen oder Leipzig wenden. Weitere Informationen und Ansprechpartner unter: <http://www.hwk-leipzig.de/mie>
<http://www.umweltzentrum.de/www/umweltzentrum/news/Infobriefe/>

Philipp Senge

Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz

Die Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz wurde zum 01. Januar 2013, anfangs noch unter dem Titel „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gegründet von:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (jetzt Wirtschaft und Energie)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (jetzt Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- Zentralverband des Deutschen Handwerks

Ziel der Initiative ist es, bestehende Beratungs- und Förderangebote zur Energieeffizienz in mittelständischen Unternehmen zu bündeln und eine Informationsplattform für Fragen zur Energieeffizienz in Unternehmen zu schaffen. Eigene Projekte der Initiative sind neben den Regionalen Entwicklungswerkstätten insbesondere verschiedene Netzwerk-Angebote sowie die Qualifizierung von Energiescouts. An diesem Projekt nehmen inzwischen 25 Industrie- und Handelskammern teil. Sie haben 2014 bereits 600 Auszubildende aus 200 Unternehmen gezielt qualifiziert, um als Energiescouts Energieeffizienzpotenziale in ihren Unternehmen aufzuspüren.

Weitere Informationen zur Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz sowie deren Projekte und Angebote unter:

www.mittelstand-energiewende.de

oder im ARGOS IV/2014 –
oder Online unter:
argos-verlag.de/magazin





Dr. Oliver Rottmann

Dr. Oliver Rottmann ist geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig sowie stv. Vorstand des P/S/R Instituts Wien.

Die klima- und umweltpolitischen Ziele der Bundesregierung wirken auf viele Bereiche des Energiesektors. Während regelmäßig über den Ausbau der Erzeugungskapazitäten erneuerbarer Energieträger oder den Stromnetzausbau auch in den Medien berichtet wird, stehen andere für die Zielerreichung relevante Bereiche des Energiesektors in geringerem Umfang im Fokus. Ein Beispiel ist der Wärmemarkt, welcher eine wesentliche Relevanz für die Reduzierung der CO₂-Emissionen und folglich den Klimaschutz aufweist, da dieser einen Anteil von ca. 40 % am Energieverbrauch in Deutschland impliziert. Ferner bildet laut Bundesregierung ein „klimafreundlicher Wärmemarkt“ eine wichtige Säule für das Gelingen der Energiewende. So gewinnen im Rahmen der lokalen Wärmeversorgung aus erneuerbaren Wärmequellen (Geothermie, solarthermische Anlagen etc.) Wärmenetze an Bedeutung, zudem führt die Einsparung von Wärmeenergie ebenfalls zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen. Das EEWärmeG¹ und die EnEV² beinhalten entsprechende Folgen für die Gebäudeeigentümer und damit auch Kommunen: Seit 2009 benötigen Gebäude³ nach § 16 EnEV einen „Energieausweis“, der energieeffiziente Gebäude voraussetzt. Bei Neubau oder Sanierung von Gebäuden sind nun Richtwerte für Primärenergiebedarf und Wärmeschutz vorgeschrieben, welche zu höheren Baukosten oder kostenintensiveren Sanierungsmaßnahmen führen können.

Energiepolitisch induzierte Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand

Da etwa 46 % der Wärmeenergie in Privathaushalten eingesetzt wird⁴, sollte der Wärmemarkt im Rahmen der Energieeinsparung im Wohngebäudebestand im Fokus der energiepolitischen Betrachtung stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von ca. 40 Mio. Haushalten in Deutschland etwa 72 % in Mehrfamilienhäusern wohnen. Zusammen mit den Einfamilienhäusern verfügen ca. 43 % der Haushalte über Wohneigentum.⁵ Besonders der Mietwohnungsmarkt ist dabei von zentraler Bedeutung, im Besonderen in den neuen Bundesländern, wo nur gut 31 % der Haushalte über Wohneigentum verfügen. Hier sind Kommunen – mithin über ihre kommunalen Wohnungsunternehmen – sowie private Wohnungsunternehmen zentrale Akteure. Vor diesem Hintergrund ergeben sich bezogen auf den Wärmemarkt und hier insbesondere im Rahmen der CO₂-Reduzierung im Gebäudebestand zwei wesentliche Herausforderungen: Einerseits sind gut 70 % der Wohnungen vor der 1. Wärmeschutzverordnung gebaut worden und kaum energetisch saniert.⁶ Damit ergibt sich ein enormes Energieeinsparungspotenzial aus der Gebäudesanierung heraus. Andererseits entspricht ein Großteil der Heizungsanlagen (etwa 75 %) nicht dem aktuellen Stand der Technik.

Die Studie „Energiepolitisch induzierte Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand – Energie- und Wärmeeffizienzstrategien von Kommunen und Wohnungsunternehmen und deren Bedeutung für Energieversorgungsunternehmen“⁷ wurde vom Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig für die 5. Mitteldeutschen Energiegespräche erstellt und thematisiert vor diesem Hintergrund Energie-sparziele der Kommunen und Wohnungsunternehmen, deren Umsetzung und Finanzierung sowie die Bedeutung des Wärmemarktes für die Energieversorgungsunternehmen.

Im Rahmen der kommunalen Nichtwohngebäude zeigt sich ebenfalls ein Sanierungsrückstand. Dabei konstatieren die befragten Kommunen einen solchen besonders bei Schulgebäuden, Kultureinrichtungen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden. Werden dem so klassifizierten Sanierungsbedarf bis 2020 neben unsanierten auch teilsanierte Gebäude zugerechnet, zeigt sich das Bild in Abbildung 1: Wenngleich hier insbesondere Verwaltungsgebäude zu nahezu 60 % nicht oder nur teilsaniert sind, so trifft dies auch für über die Hälfte der Kindergärten/Kindergrippe (53,4 %) und Schulgebäude

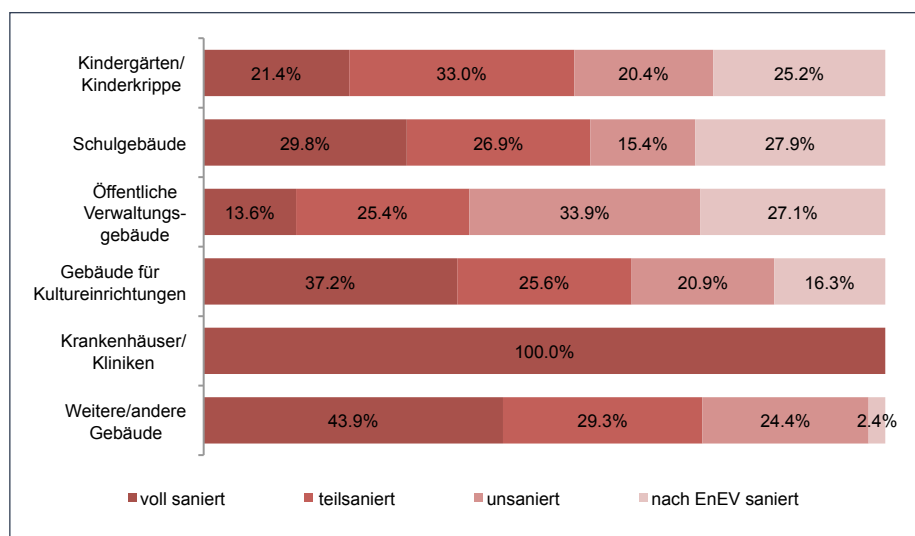


Abbildung 1: Sanierungsstand der kommunalen Nichtwohngebäude

Quelle: Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V.

(43,3 %) zu. Aber auch Gebäude für Kultureinrichtungen sind noch nahezu zur Hälfte (46,5 %) nicht oder nur teil saniert. Relativ hohe Sanierungsquoten nach EnEV weisen aber trotz genannter Sanierungsrückstände die Schulgebäude (27,9 %), öffentlichen Verwaltungsgebäude (27,1 %) und Kindergärten/Kindertagesstätten (25,2 %) auf. Aufgrund des genannten sehr geringen Bestandes an Krankenhäusern/Kliniken verwundert der angegebene Sanierungsstand von 100 % vollsaniert nicht.

Besonders Wohnungsunternehmen haben in der Vergangenheit (1990-2013) in deutlichem Umfang in Modernisierungs- und Effizienzmaßnahmen investiert (Abbildung 2). Auch in Zukunft wird ein hohes Investitionsmaß erwartet. Wohnungsunternehmen realisieren diese Maßnahmen überwiegend mittels Eigenkapitals sowie nachgeordnet mittels Fremdkapitals. Im Gegensatz zu Kommunen spielen Fördermittel hier eine geringere Rolle. Bezogen auf die eingesetzte Technik der Modernisierungsmaßnahmen lag die Erdgas-Brennwerttechnik an vorderster Stelle, ebenso sind Hocheffizienzpumpen und auch Mini-Blockheizkraftwerke von Bedeutung. Die konkrete Entscheidung korrespondiert jedoch im Einzelfall mit dem jeweiligen Energiekonzept und der spezifischen Situation vor Ort. Die Gebäudetechnik wurde bei den befragten Kommunen in überwiegendem Maße (80 %) in Eigenregie und nur zu 20 % über Contracting-Modelle realisiert.

Mit Blick auf die Modernisierung von Heizungsanlagen, aber auch auf die Gebäudesanierung, rückt eine weitere Akteursgruppe in den Fokus: Infolge sinkender Margen auf dem Strommarkt erweitern viele Stadtwerke bzw. Energiever-

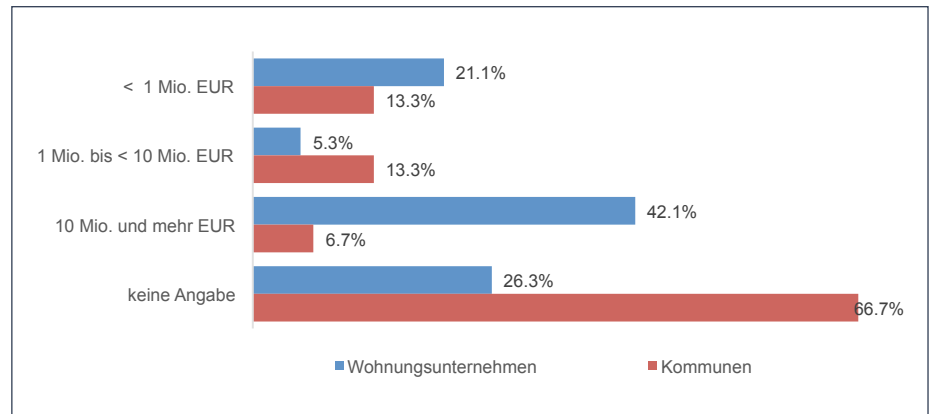


Abbildung 2: Bisherige Investitionen der befragten Kommunen und Wohnungsunternehmen in Energieeffizienzmaßnahmen

Quelle: Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V.

sorgungsunternehmen ihr Portfolio um weitere Geschäftsfelder. Besonders Energiedienstleistungen wie Energieeffizienzberatungen oder Contracting-Modelle bilden vielfach einen neuen Schwerpunkt. Damit gewinnen diese für die Senkung des Energieverbrauchs, aber auch für die Reduktion des CO₂-Ausstosses an Bedeutung. So wird der Wärmemarkt für die EVU als Flexibilisierungsinstrument des Strommarktes gesehen, besonders aufgrund der volatilen EE-Versorgung. Auch wird der Wärmemarkt unter ökologischen Aspekten im Rahmen des Einsatzes emissionsärmerer Technologien als wichtig erachtet, allerdings sollten nach Auffassung der EVU (derzeitige) Rentabilitätsaspekte nicht außer Acht gelassen werden. Ein hoher Stellenwert wird in dieser Gruppe bspw. dem Contracting eingeräumt, folglich dem Austausch veralteter Heiztechnik durch die EVU. Auch neue Energiedienstleistungen mit Fokus auf Energieeffizienz gewinnen für EVU an Bedeutung.

Deutlich wurde in der Studie allerdings, dass der staatliche Förderrahmen zur Stimulierung signifikanter Energiespar-

maßnahmen unzureichend gestaltet ist. Speziell wurde von allen Gruppen bemängelt, dass keine singulären Programme im Wärmemarkt existieren. Neben der Anpassung bestehender Förderprogramme bzw. einer entsprechenden Etablierung eigens für den Wärmebereich scheinen auch steuerliche Anreize geeigneter, Wärmeeffizienzmaßnahmen stärker zu befördern, um die politischen Zielvorgaben noch im angedachten Zeitrahmen weitestgehend zu erreichen.

¹ Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG).

² Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung – EnEV).

³ Sowohl Wohn- als auch Nichtwohngebäude.

⁴ Vgl. Adolf/Bräuninger, in: Wirtschaftsdienst 3/2014, S. 228.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt 2014, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Einkommen-KonsumLebensbedingungen/Wohnen/Aktuell_EVS.html

⁶ Vgl. bdeu 2013.

⁷ Die Studie kann über den Verlag Vi-Strategie, rainer.otto@vi-strategie.com bezogen werden.

Energiewende – Kohle oder keine Kohle?...

...ist das Thema des 6. Mitteldeutschen Energiegesprächs, welches am 21. April 2015 um 19:30 Uhr (Einlass 18:30 Uhr) im Club Internation in Leipzig (Käthe Kollwitz-Str. 115) stattfindet.

Zu den Podiumsgästen gehören dieses Mal:

Annalena Baerbock Klimapolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Michael von Bronk Vorstand Vattenfall Europe Mining & Generation AG, Cottbus

Dr. Dirk Bessau Leiter des Berliner Büros der KIC InnoEnergy Germany GmbH, Karlsruhe

Dr. Stefan Altschmidt Rechtsanwalt Partner Luther Rechtsanwaltsgesellschaft GmbH, Düsseldorf

Dr. Kersten Roselt Geschäftsführer der JENA-GEOS®-Ingenieurbüro GmbH und Vorstand EnergieWerkStadt® eG

Moderiert wird die Diskussion von Dipl.-Math. Rainer Otto, Geschäftsführer Vi-Strategie GmbH, Erfurt.

Für Ihre Anmeldung* oder bei Fragen: Christina Otto, Vi-Strategie GmbH; co@vi-strategie.com; www.mitteldeutsches-energiegespräch.de

* um Anmeldung wir gebeten



Energiegespräche

Die Energiewende braucht bessere Dialoge

Akademie für Energie & Akzeptanz vermittelt Nachwuchskräften alltagstaugliche Ethik

Auch im vierten Jahr der Energiewende sind wichtige Fragen ungeklärt: Wie können Erträge und Belastungen des Energiebaus fair verteilt werden? Wie lässt sich das Gebot der Versorgungssicherheit sinnvoll mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe verbinden? Fakt ist: Das „Gemeinschaftswerk Energiewende“ erfordert Anstrengungen auf allen Ebenen – von der Politik über Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Akteure bis zum Bürger. Voraussetzung hierfür ist ein hinreichendes Vertrauen in die Gesellschaft, nicht nur in die Notwendigkeit und Machbarkeit des Energiebaus, sondern insbesondere auch in die wechselseitige Kooperationsbereitschaft und Kompromissfähigkeit. Genau hier wachsen aber nachweislich die Zweifel in der Bevölkerung. Viele Menschen erleben das Projekt Energiewende als eine Kakophonie widersprüchlicher Entscheidungen, Argumente und Forderungen. Gemeinsame Orientierungen fehlen hingegen. Seit nunmehr drei Jahren arbeitet das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) in der „Akademie für Energie

& Akzeptanz“ mit Nachwuchskräften an der Frage, wie der Dialog zur Energiewende besser gestaltet werden kann. Gefördert wird das Projekt von der RWE Stiftung für Energie & Gesellschaft, Kooperationspartner ist der Lehrstuhl für Energiemanagement und Nachhaltigkeit an der Universität Leipzig. Während der einwöchigen Akademie befassen sich 20 Studierende und Promovierende unterschiedlicher Fachrichtungen von Universitäten aus dem gesamten Bundesgebiet mit der ethischen Dimension der Energiewende und gehen dabei wie folgt vor: Im ersten Schritt erarbeiten sie sich ethische und energiewirtschaftliche Grundlagen. Im zweiten Schritt treten sie zu einem aktuellen Konfliktthema in den Austausch mit Vertretern aus Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Im dritten Schritt nehmen sie in einem simulierten Stakeholder-Dialog selbst deren Rollen ein. Im vierten Schritt schließlich werten sie gemeinsam die Erkenntnisse des Perspektivwechsels aus und leiten daraus Empfehlungen ab. Im Mittelpunkt der Akademie 2015 vom

8. bis 13. März in der Lutherstadt Wittenberg stand das Thema „(De-)Zentrale Energieversorgung“. Prof. Thomas Bruckner, Inhaber der Professur für Energiemanagement und Nachhaltigkeit an der Universität Leipzig, und Prof. Andreas Suchanek, wissenschaftlicher Direktor des WZGE und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der HHL Leipzig Graduate School of Management, übernahmen die Einführung. Praxisimpulse kamen von Vertretern der Bundesregierung, der Bürgerenergiegenossenschaft Vindtved, der RWE AG, der 100 Prozent erneuerbar stiftung sowie des Stadtwerkeverbands 8KU. Die öffentliche Simulation des Stakeholder-Dialogs fand am 12. März im Ring-Café Leipzig unter Moderation der Wirtschaftsjournalistin Dr. Ursula Weidenfeld statt.

In der Verhandlung ergab sich für alle überraschend eine unerwartete Kooperationsperspektive zwischen zentral agierendem Energieversorger und dezentral wirkender Bürgerenergiegenossenschaft: Während letztere Akteursvielfalt und die



Akademieauftakt am Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik

für die Energiewende notwendige Akzeptanz vor Ort sichern, verfügen große Versorger über Wissen und Ressourcen, die für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind. „Die Energiewende braucht offensichtlich nicht nur Innovationen in der Technologie, sondern auch in der Zusammenarbeit“, fasste Dr. Martin von Broock, Vorstandsvorsitzender des WZGE, das Ergebnis zusammen. So habe sich einmal mehr gezeigt, dass das Gelingen der Energiewende maßgeblich von der Art und Weise abhängt, wie der gesellschaftliche Diskurs geführt wird. In der Wahrnehmung der Teilnehmer legen die Akteure im realen Diskurs ihre eigenen Sichtweisen oftmals kompromisslos dar und bringen moralische Anliegen und Sachzwänge gegeneinander in Stellung, anstatt an gemeinsamen Orientierungen zu arbeiten. In der Folge verhärten sich die Fronten, notwendige Lösungen rücken in weite Ferne und die Frustration auf allen Seiten wächst.

Im Ergebnis zeigten sich Teilnehmer und Partner hochzufrieden mit der Veranstaltung: Von Seiten der Studierenden kam der Wunsch auf, Möglichkeiten zur Fortsetzung der Diskussionen zu schaffen. Die RWE Stiftung, die durch die von ihr geförderten Projekte einen breit angelegten Diskurs zum Themenfeld Energie und Gesellschaft anregen möchte, sieht in der Akademie eine ideale Plattform, um junge Menschen die Energiewende und die Komplexität der notwendigen Entscheidungen aktiv erleben zu lassen. „Die persönliche Auseinandersetzung mit den oft widersprüchlichen Perspektiven zu einzelnen Aspekten der Energiewende schult besser für die Zukunft als jedes Lehrbuch“, so der Geschäfts-

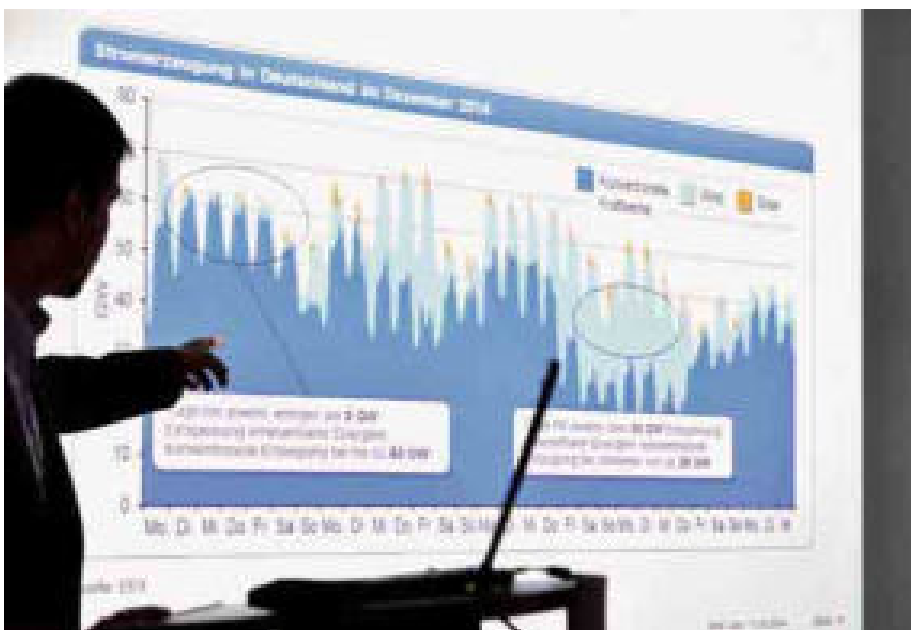


Das Gewinnerteam der Stakeholder-Simulation, Alle Fotos: WZGE

führer Dr. Stephan Muschick. Dabei erweist sich gerade das Zusammenbringen unterschiedlicher Fachrichtungen – vom Ingenieur über Ökonomen und Soziologen bis zum Philosophen – als gewinnbringend. „Das besondere Format der Woche ergänzt die universitäre Ausbildung um einen wichtigen Aspekt: es wird fakultätsübergreifend die gesellschaftliche Reflexions- und Argumentationskompetenz geschult“, kommentiert der Energiewissenschaftler Prof. Thomas Bruckner. Tatsächlich ist die „Akademie für Energie & Akzeptanz“ in ihrer Methode einzigartig: Durch die Einnahme unterschiedlicher, zugeloster Rollen muss sich der Einzelne zwangsläufig in andere Sichtweisen hineinversetzen und diese überdenken. Gerade durch solche Perspektivwechsel und die

damit verbundenen unmittelbaren, persönlichen Erfahrungen lassen sich nachhaltige Lerneffekte erzielen. Parallel hat sich gezeigt, dass auch die einbezogenen Praxisvertreter durch den intensiven Austausch untereinander und mit den Studierenden – abseits des Tagesgeschäfts und in geschützter Atmosphäre – neue Einsichten und Inspirationen gewinnen können.

Das WZGE wird die Ergebnisse der „Akademie für Energie & Akzeptanz“ auswerten und als Handlungsempfehlung für die Gestaltung besserer Dialoge mit Partnern aus dem Energiebereich diskutieren und fortentwickeln. Gleichzeitig ist angedacht, mit den Teilnehmern der nunmehr drei ausgerichteten Akademien ein Alumni-Netzwerk aufzubauen. Das Format wird in den kommenden Jahren jeweils im Frühjahr fortgeführt, die Ausschreibungen dafür werden im Herbst veröffentlicht.



Expertentag: Theorie trifft Praxis

Über das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik

Das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) vermittelt heutigen und künftigen Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft alltagstaugliche Prinzipien verantwortlichen Handelns. Das Zentrum arbeitet auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Konzeption und wird unterstützt von Persönlichkeiten und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Zivilgesellschaft. Es wirkt unabhängig, überparteilich, international und überkonfessionell.

Draußen kann es regnen, stürmen oder schneien...

Durch den ständig steigenden Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung werden heftige Wetterereignisse wie starke Winde oder in der jüngsten Vergangenheit die Sonnenfinsternis zu einer besonderen Herausforderung für Netzbetreiber. MITNETZ STROM konnte erneut unter Beweis stellen, auch solchen schwierigen Situationen gewachsen zu sein. Die zunehmende Netzauslastung macht immer mehr Eingriffe notwendig.

In weiten Teilen Deutschlands war der Jahreswechsel weniger von winterlich idyllischen Schneelandschaften geprägt. Stattdessen fegten starke Winde über weite Teile des Landes. Für die meisten Menschen einfach nur ein schaurig schönes Erlebnis, stellen solche Extremwetterlagen für Netzbetreiber wie MITNETZ STROM eine Herausforderung dar.

Eingriffe ins Netz immer häufiger notwendig

Aufgrund des großen Anteils an Windkraftanlagen im Netzgebiet des Betreibers kommt es bei solchen Wetterlagen zu einer enormen Einspeisung aus diesen Anlagen. Um die Netzsicherheit während der beiden Sturmtiefs Elan und Felix Anfang des Jahres zu gewährleisten, musste die Einspeisung 27 Mal heruntergefahren und so insgesamt 250 Megawatt abgestellt werden.

„Übersteigt die Einspeiseleistung den Verbrauch deutlich, kann das zu Netzüberlastungen führen. Mit dem Netzsicherheitsmanagement greifen wir in das Netz ein; fahren zunächst konventionelle Energieanlagen herunter, danach erneuerbare Energien wie Wind-, Photovoltaik- und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen. Damit stabilisieren wir das Netz“, so Dr. Adolf Schweer, Technischer Geschäftsführer der MITNETZ STROM.

Solche vergleichsweise extremen Eingriffe in den Netzbetrieb wie bei den Sturmtiefs Anfang Januar stellen bisher eher die Ausnahme dar. Durch den Zubau erneuerbarer Energieanlagen steigen die Eingriffe

ins Netz aber insgesamt deutlich an. Das zeigen die Zahlen des vergangenen Jahres. 2014 musste der enviaM-Netzbetreiber 274-mal in das Netz eingreifen. Dies entspricht einer Steigerung von 71 Prozent gegenüber dem Vorjahr (160-mal).

Weiterer Zuwachs der erneuerbare Energien

Dieser Entwicklungen ungeachtet bleiben die erneuerbaren Energien in Ostdeutschland auf Wachstumskurs. MITNETZ STROM als größter regionaler

Verteilnetzbetreiber in den neuen Bundesländern weist steigende Werte bei installierter Leistung, Stromeinspeisung und dem Anteil am Endverbraucherabsatz in 2014 auf.

„Wir sind einer der Verteilnetzbetreiber mit der höchsten Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energien in Deutschland. In Ostdeutschland wird schon jetzt deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als verbraucht. 2014 lag die installierte Leistung in unserem Netzgebiet mehr als doppelt so hoch wie der Bedarf“, beschreibt Dr. Schweer die aktuelle Situation.

So stieg die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2014 um rund 6 Prozent auf 10,4 Milliarden Kilowattstunden (2013: 9,8 Milliarden Kilowattstunden), was dem Stromverbrauch von mehr als 4 Millionen Haushalten in Ostdeutschland pro Jahr entspricht.

Die Zahl der Anlagen nahm um rund 6 Prozent auf 36.636 (2013: 34.559) zu, wobei sich die installierte Leistung um rund 5,9 Prozent auf 7.144 Megawatt erhöhte (2013: 6.749 Megawatt) und sich seit 2009 nahezu verdoppelt hat. Zum Vergleich: Die Netzhöchstlast im Netzgebiet liegt bei 3.438 Megawatt.

Die erneuerbare Energiequelle mit dem höchsten Anteil an installierter Leistung im Netzgebiet der MITNETZ STROM ist unverändert die Windenergie, gefolgt von Solarenergie, Biomasse, Wasserkraft und Deponiegas. Der Anteil am Endverbraucherabsatz stieg 2014 auf rund 72 Prozent (2013: 65 Prozent) und liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Des Weiteren nahm die an die Anlagenbetreiber gezahlte Ein-



speisevergütung ebenfalls um rund 4,8 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro (2013: 1,24 Milliarden Euro) zu.

MITNETZ STROM investiert 2015 rund 297 Millionen Euro in Stromnetze

Die Folgen dieser Entwicklung fasst Dr. Schweer zusammen: „Die Reserven im Netz in Ostdeutschland sind aufgebraucht. Die stetige Zunahme der Einspeisung von erneuerbaren Energien erfordert die Netze weiter anzupassen. Um eine ständige Überlastung zu vermeiden, muss sich der Ausbau der erneuerbaren Energien stärker nach dem Ausbau der Netze richten. Oftmals hemmen die unverändert langen Planungs- und Genehmigungszeiten und Bürgerproteste den Netzausbau.“

Um der dauerhaften starken Auslastung der Netze entgegenzuwirken, plant das Unternehmen auch in 2015 enorme Ausgaben für das Stromnetz in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Rund 297 Millionen Euro (2014: 260 Millionen Euro) sind für Investitionen und Aufwendungen in seinem Stromnetz veranschlagt. Insgesamt sieht der Bauplan für 2015 mehrere tausend Einzelmaßnahmen im Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz vor. Schwer-

punkte sind der Netzausbau und die Netzverstärkung im Zuge der steigenden Stromspeisung aus erneuerbaren Energien, die Modernisierung von Umspannwerken und Trafostationen sowie der Austausch von Freileitungen im Mittelspannungsnetz durch Erdkabel.

Sonnenfinsternis ohne Auswirkungen auf die Stromversorgung

Dass der Netzbetreiber die Netzsicherheit auch in schwierigen Situationen im Griff hat, konnte er beim jüngsten Naturereignis unter Beweis stellen: Bei der partiellen Sonnenfinsternis vom 20. März.

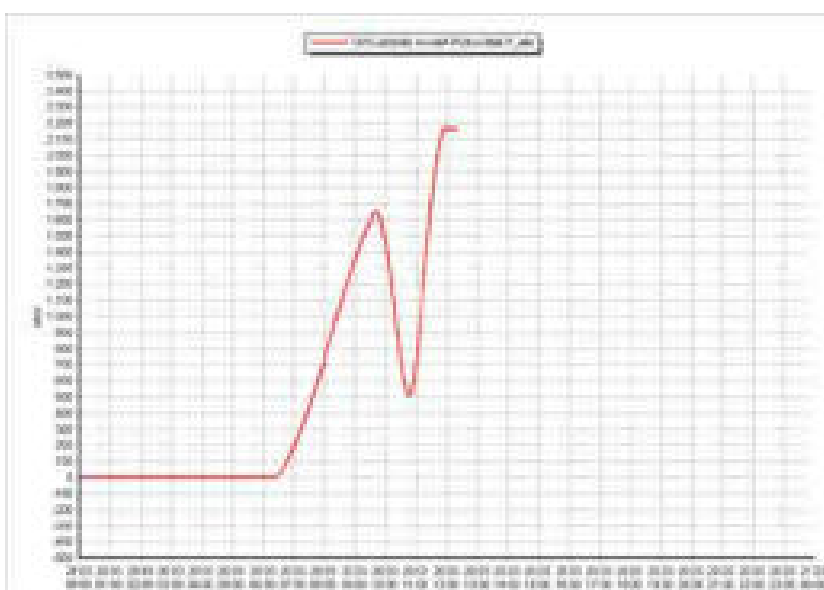
Auf Grund des hohen Anteils an installierter Photovoltaik-Leistung in Deutschland – rund 39.000 Megawatt – sowie in Italien und Frankreich stellte die Sonnenfinsternis eine große Herausforderung an die Übertragungsnetzbetreiber in Europa dar. MITNETZ STROM war seit mehreren Monaten in Abstimmung mit 50Hertz. Dabei wurden Maßnahmen entwickelt, um auf die Gegebenheiten im Netz vorbereitet zu sein. So fanden in den letzten Wochen Tests bezüglich reibungsloser Kommunikation mit 50Hertz und möglicher Notabschaltungen per Fernwirktechnik statt. Zudem wurden bei der MITNETZ STROM am 20. März von 9 und 13 Uhr keine planmäßigen



Um das Netz zu entlasten plant MITNETZ STROM Investitionen von 297 Millionen Euro. Fotos: enviaM

Sonnenfinsternis am 20. März 2015

Verlauf Einspeisung von Photovoltaik-Anlagen
im Netzgebiet der MITNETZ STROM



MITNETZ
STROM

Ein Unternehmen der
E.ON-Gruppe

Schalhandlungen sowie Baumaßnahmen im Hochspannungsnetz durchgeführt. Die Mitarbeiter in der Netzleitstelle Taucha wurden zusätzlich geschult und die Schalteitung war rund um die Uhr besetzt.

MITNETZ STROM als regionaler Verteilnetzbetreiber beobachtete zu jeder Zeit die Photovoltaik-Leistungswerte. Die Herausforderung bestand darin, in kürzester Zeit auf Anweisung von 50Hertz Einspeiseleistung reduzieren zu können. Es mussten jedoch keine Maßnahmen umgesetzt werden. Für die Kunden waren keine Auswirkungen spürbar.

Zu Beginn der Sonnenfinsternis gegen 10 Uhr waren 1.650 Megawatt Photovoltaik-Leistung im Netz zu verzeichnen. Das entsprach etwas mehr als der Hälfte der installierten Photovoltaik-Leistung im Netz der MITNETZ STROM. Zum Höhepunkt der Sonnenfinsternis um 10:45 Uhr reduzierten sich diese auf insgesamt 500 Megawatt. Zum Zeitpunkt des Mondaustritts um circa 12 Uhr gingen die Photovoltaik-Anlagen im Gebiet der MITNETZ STROM mit einer gesamten Leistung von 2.160 Megawatt wieder ans Netz. Das entsprach rund 80 Prozent der insgesamt installierten Photovoltaik-Leistung von 2.600 Megawatt im Netzgebiet der MITNETZ STROM.

Stromkompass 2050

Warum die Energiewende keine Einbahnstraße sein darf

Der stetige Zuwachs erneuerbarer Energien hat den deutschen Energiemix verändert. Im ersten Halbjahr 2014 lag der Stromanteil aus Wasser, Sonne und Wind zum ersten Mal mit 27,3 Prozent an der Spitze – noch vor Braunkohle, Steinkohle und Kernenergie. Nach der Neufassung des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG) von Juli 2014 soll der Anteil der alternativen Stromquellen bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent steigen. Welche Rolle kann die als heimischer Energieträger etablierte Braunkohle in einem CO₂-geminderten Energiekonzept der Zukunft überhaupt spielen? Die Antwort lässt keinen Spielraum für Interpretationen: Sie wird auch weiterhin rund um die Uhr die Stromversorgung sichern und nebenbei dazu beitragen, dass der Strompreis stabil bleibt – unabhängig, wieviel Strom künftig aus Erneuerbaren Energiequellen geliefert wird. ARGOS hat die Faktenlage für Sie zusammengefasst.

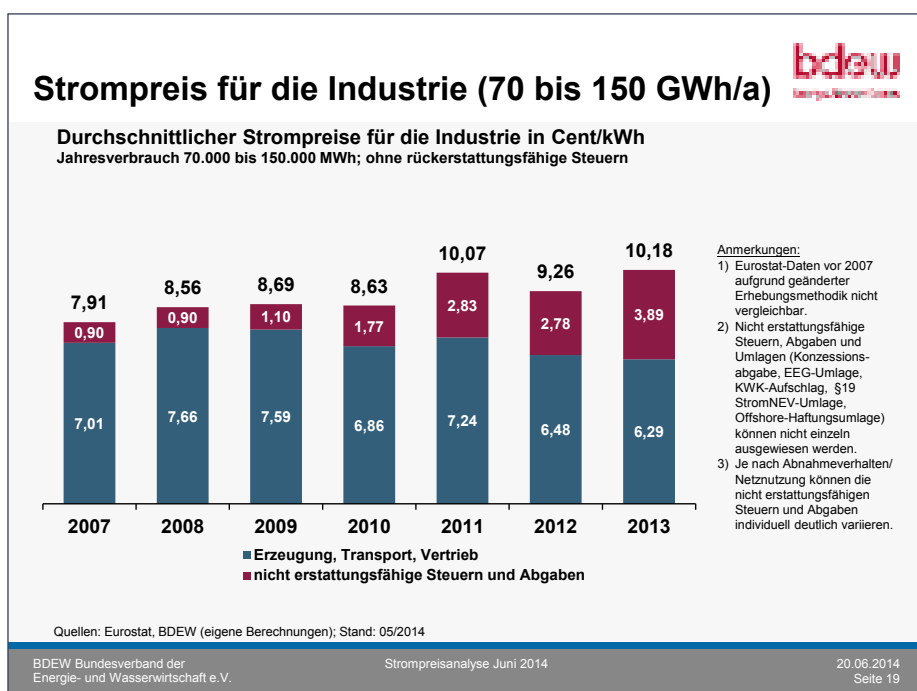
Die partielle Sonnenfinsternis, die am 20.03. große Teile Europas verdunkelte, brachte die tägliche Herausforderung der Betreiber von Stromnetzen und Kraftwerken ans Tageslicht: Die deutsche Stromerzeugung schwankt beträchtlich. Zwischen Tag und Nacht, Sommer und Winter, oft aber auch binnen weniger Minuten. Grund dafür sind die zahlreichen Wind- und Solarparks, die ihren Strom per Gesetz vorrangig in das deutsche Stromnetz liefern dürfen, aber keine Liefergarantie bieten können. „Das Wetter regiert“ heißt das im Volksmund. Konventionelle Grundlastkraftwerke sorgen dafür, dass auch bei Windflaute oder nach Sonnenuntergang das Licht nicht ausgeht. Doch sie sind mitnichten nur „Lückenfüller“.

Braunkohle: Stabiles Netz, Stabiler Strompreis

Nur zwei Dinge sind bei der Stromversorgung entscheidend: Sie muss sicher und bezahlbar sein. Ersteres scheint selbstverständlich, hat Deutschland doch eines der sichersten Stromtransportnetze weltweit. Unter einer halben Stunde liegen die ungeplanten Stromversorgungsausfälle im Durchschnitt pro Jahr. Doch der energiewirtschaftliche Umbruch fordert das System, das auf Balance und Frequenzstabilität ausgelegt ist, jeden Tag aufs Neue. Rund 60 Gigawatt aus Wind und Sonne wurden seit der Einführung des Erneuerbaren Energien Gesetzes im Jahr 2000 zugebaut. Allerdings weder bedarfs- noch

netzorientiert. So befindet sich der Großteil der Grünstromproduzenten im Norden und Osten der Republik, während die verbrauchsstarken Industrie- und Ballungszentren im Süden und Westen liegen.

Das Stromnetz arbeitet stabil, wenn Spannung und Frequenz stabil sind – also wenn die Menge der erzeugten Energie der Menge genau der Abnahme durch die Stromverbraucher in Industrie und Haushalten entspricht. Bedarfsgerechte Erzeugung ist die Richtlinie eines sicheren Netzbetriebs. Die modernen ostdeutschen Braunkohlekraftwerke wurden erbaut, um diesen Anspruch zu erfüllen. Jede 10. Kilowattstunde Strom, die in Deutschland verbraucht wird, stammt aus diesen Anlagen. Die „Grünen“ im Energiemix produzieren Strom hingegen nach Tagesverlauf und Wetter – viel Sonnenstrom um die Mittagszeit, null Erzeugung nach Sonnenuntergang, mehrere Tage Windflaute und ein darauffolgendes Sturmtief. Der technologische Schlüssel, um diese Schwankungen effektiv auszugleichen sind Stromspeicher. Forschung und Entwicklung in dem Bereich stecken noch in den Kinderschuhen und in der Branche gilt sie als die Achillesferse der Energiewende. Um trotz wechselhaftem Ökostroms die Stromversorgung rund um die Uhr aufrecht zu erhalten und Stromaussfälle zu vermeiden, bedarf es eines konventionellen Kraftwerksparks als „Rückgrat und BackUp“ der Energiewende. Und dieser ist laut Expertenansagen auch in Zukunft unverzichtbar: Die Deutsche Energieagentur dena prognostizierte trotz eines stetigen Zuwachses an Erneuerbaren für das Jahr 2050 sogar eine Steigerung des Grundlastbedarfs von 45 auf 60 GW.



Strompreis im Fokus

Selbstverständlich ist diese „doppelte“ Stromversorgung nicht gratis zu haben. Der kontinuierlich steigende Strompreis trotz eines Überangebotes an der Börse ist ein weiteres Paradoxon der Energiewende: Die vorrangige Einspeisung von nicht marktpreis-basiertem Grünstrom führte seit 2011 zum starken Abfallen der Handelspreise an der Strombörse. Gleichzeitig wurde der Strom für Haushalte und Industrie durch Steuern, Gebühren, Abgaben und Umlagen stetig teurer. Wirtschaft und Gesellschaft werden so gleichermaßen belastet. Im IHK Energiewendebarometer 2014 bestätigten ein Drittel der beteiligten Unternehmen negative oder sehr negative Auswirkungen für ihr Geschäft. Der Umfrage zufolge wuchs die Skepsis insbesondere in der ostdeutschen Wirtschaft.

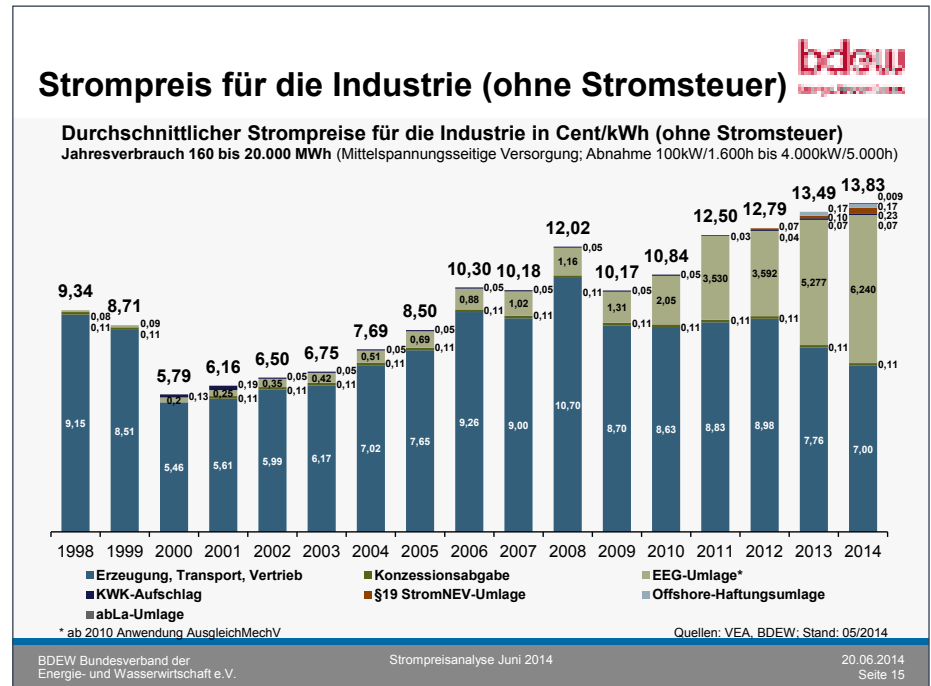
Heimischer Energieträger im Wettbewerb

Im nicht-grünen Strommarkt ist die Braunkohle nicht nur der einzige heimische Energieträger sondern auch der wettbewerbsfähigste – und das ganz ohne Subventionen. Seit längerem bewegen sich andere konventionelle Erzeuger wie Gas- und Steinkoh-

lekraftwerke mit ihren Erlösen längst an der Grenze ihrer Vollkosten. Da der Börsenpreis perspektivisch weiter sinkt, gerät auch die Braunkohle zusehends in Bedrängnis. Durch diesen Verdrängungswettbewerb und den politisch gewollten Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 wird sich die Anzahl der deutschen Grundlasterzeuger in den kommenden Jahren deutlich reduzieren und damit auch die Sicherheit der Stromversorgung. Die ent-

stehende Stromlücke könnte teilweise mit Stromimporten aus dem Ausland gefüllt werden, die Bereitstellung von Systemdienstleistungen für ein sicheres Stromnetz nicht. Für regionale Beschäftigung und Wirtschaftskraft gilt dies ebenfalls nicht.

Fakt ist: Die Energiewende wird nur auf Basis der Gesetze von Markt und Physik zum Erfolg. Scheint, als hätten dies die Treiber aus den Augen verloren.



*Sowohl-als-Auch anstatt Entweder-Oder:
 Braunkohle bleibt auch in Zukunft
 der starke Partner für Wind und Sonne*

Alle Welt kauft in Ottendorf-Okrilla

Die SICK Engineering GmbH gilt als Weltmarktführer für Messinstrumente zur Durchflussmessung in der Gas- und Ölindustrie. Ende des vergangenen Jahres verdoppelte sie ihre Produktionsfläche.



Die Sick Engineering GmbH mit Sitz in Ottendorf-Okrilla, nahe Dresden, ist führend in der Entwicklung und Herstellung von Messgeräten für die Durchflussmessung in der Öl- und Gasindustrie. Das Unternehmen wurde 1991 als Tochtergesellschaft der heutigen SICK AG gegründet, um in den neuen Bundesländern Emissionsmesstechnik zu vertreiben. Es hat sich in kurzer Zeit zum Kompetenz- und Supportzentrum für die Öl- und Gasindustrie herausgebildet. Die hier entwickelten und gebauten Ultraschall-Gaszähler, insbesondere das FLOWSIC 600, werden weltweit auf Bohrinseln oder in Industrie-Pipelines eingesetzt. Mit diesem Produkt hat sich SICK als innovativer und zuverlässiger Anbieter am Markt etabliert und verzeichnet jährliche Zuwachsraten im deutlich zweistelligen Prozentbereich.

Im Dezember des vergangenen Jahres eröffnete die SICK Engineering GmbH in Ottendorf-Okrilla nahe Dresden eine neue Produktionshalle und verdoppelte damit ihre Produktionsflächen auf 9.000 Quadratmeter. Doch schon während der feierlichen Eröffnungen stellt sich die Frage, wie lange der neue Platz reichen wird.

In den vergangenen Jahren verzeichnete das Unternehmen regelmäßig

Umsatzzuwächse im zweistelligen Prozentbereich und beschäftigt rund 250 Mitarbeiter. Die Messgeräte sind weltweit gefragt. Aus diesem Grund konnte das Unternehmen auch die Rückgänge auf dem russischen Markt kompensieren, auf dem es in den letzten Jahren zunehmend zu Verunsicherungen und damit zu einer spürbaren Zurückhaltung bei den Kunden gekommen ist. Auf dem Weltmarkt etablierte sich die

SICK Engineering GmbH vor allem mit dem weltweit auf Öl-Plattformen oder in Industriepipelines eingesetzten Ultraschallgaszähler FLOWSIC 600 als innovativer und zuverlässiger Anbieter. Ein weiterer Meilenstein war der FLOWSIC 500, der erste Ultraschall-Kompaktgaszähler für die Erdgasverteilung. Ebenfalls als Innovation gilt auch der Fackelgaszähler FLOWSIC100.

Seit einiger Zeit konzentriert sich das Unternehmen zunehmend auf kleinere Messgeräte. Diese werden weniger von den großen Branchenführern im Erdgas- und Erdölgeschäft benötigt. Vielmehr richten sie sich an kleinere Unternehmen im Bereich der Energieversorger, Stadtwerke zum Beispiel.

Unabhängig von der Größe eines Messgerätes ist in jedem Fall absolute Genauigkeit oberste Maxime bei der Montage. Bereits geringfügige Ungenauigkeiten im Zehntel- und sogar im Hundertstel-Millimeter-Bereich können die Messergebnisse im späteren Einsatz massiv verfälschen. Bei den Mengen und damit auch den Werten die durch eine Pipeline fließen, kann das für den Kunden Verluste in Millionenhöhe bedeuten.

Bevor ein Gerät das Werk verlässt wird es daher grundsätzlich unter penibel geregelten Voraussetzungen geeicht. Dazu betreibt das Unternehmen einen eigenen Prüfstand.



Feierliche Eröffnung der neuen Produktionshalle am 12. Dezember 2014
Fotos: SICK Engineering GmbH

Energiewende-Partner Gasinfrastruktur: Zusammenwirken von Gas- und Stromnetzen

Ralph Bahke, Geschäftsführer ONTRAS Gastransport GmbH

Beim Thema Energiewende spielt Erdgas kaum eine Rolle. Der Focus liegt meist nur auf dem Strombereich. Dabei sorgt Erdgas in Kombination mit regenerativen Energien für sinkende CO₂-Emissionen. Und das Gasnetz transportiert zunehmend Bioerdgas und Wasserstoff aus Power-to-Gas-Anlagen. Auch dominiert das Gas bei der Energieversorgung: 2014 lag der Gasverbrauch in Deutschland mit 823 Milliarden kWh Erdgas 1,5mal höher als der Stromverbrauch (534 Milliarden kWh). Jährlich transportiert das Gasnetz etwa doppelt so viel Energie wie das Stromnetz. Die Europäische Kommission hat dies entsprechend gewertet: Im Strategiepapier zur European Energy Union steht Erdgas innerhalb der 15 „action points“ an zweiter Stelle, noch vor Strom. Das Gasnetz verkraftet zudem fluktuierende Gasmengen, kann über längere Zeit als Puffer wirken und somit Speicherfunktion übernehmen. Zusammen mit Gasspeichern kann die Gasinfrastruktur jährlich etwa 220 TWh Energie einlagern. Stromnetzbetreiber können dies nutzen, um Überschussstrom – umgewandelt mittels Power-to-Gas in Wasserstoff oder synthetisches Methan – beliebig lange zu speichern. Durch diesen Abbau von Leistungsspitzen ließen sich Abregelungen von Solar- und Windkraftanlagen vermindern.

Die klappt jedoch nur, wenn Strom- und Gasnetzbetreiber intelligent zusammenwirken, z. B. bei den Netzentwicklungsplänen und bei neuen Regelungen. Eingriffe ins Stromnetz belegen, das wir dringend Lösungen brauchen: 2014 wurde Regenerativstrom in Höhe von fast 13.000 MWh abgeregelt nötig – Tendenz steigend. Power-to-Gas kann dieses Dilemma mindern. Auch können die Klimaschutzziele der Bundesregierung, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken, kostengünstiger erreicht werden. Eine Studie des Fraunhofer-Instituts

für Solare Energiesysteme ISE zeigt, dass wir mit Power-to-Gas bei 80 Prozent CO₂-Reduktion bis 2050 im Vergleich zu Energiesystemen ohne diese Technologie jährlich 60 Milliarden Euro einsparen. Entsprechende Investitionen amortisieren sich nach weniger als fünf Jahren. CO₂-Minderungen über 82 Prozent sind nur mit Power-to-Gas möglich. Um die Ziele zu erreichen, müssen wir jetzt diese Technologie einführen, um sie künftig preiswert in den erforderlichen Größenordnungen bereitstellen zu können. Dafür sollten wir Rahmenbedingungen für ein intelligentes Zusammenwirken

von Gas- und Stromnetzen schaffen. Die Kosten sparende Speichertechnologie Power-to-Gas kann dabei eine wesentliche Rolle übernehmen. Solche Anlagen sollten künftig an geeigneten Schnittpunkten von Gas- und Stromnetzen entstehen. Die Methanisierung sollte in Bereichen mit geringer ausgelastetem Gasnetz, einer Biogasanlage als CO₂-Quelle und genügend Wärmebedarf für die Prozesswärme, die Wasserstoff-Einspeisung am „Anfang“ eines Leitungssystems (in Strömungsrichtung) mit ganzjährig hohem Erdgas-Volumenstrom erfolgen.



Die Branche der erneuerbaren Energien und die Bedeutung langfristiger Vorhersagen

Foto: Dirk Goldhahn/ Wikimedia Commons

Stephen Norman, Consultant für erneuerbare Energien bei Met Office, wirft einen Blick auf langfristige Wetterprognosen und ihre Bedeutung für die Windenergie-Branche.

Wie steht es mit der Zukunft des Windes?

Für die Windenergie-Branche ist dies die wichtigste Frage, die gestellt werden kann und sie beinhaltet viele verschiedene Aspekte – politische, regulatorische, finanzielle und technische. Aber der entscheidende Faktor für die Zukunft des Windes ist der Wind selber.

Aktuelle Wettervorhersagemodelle in Verbindung mit fortschrittlichen Nachbearbeitungstechniken machen es heute möglich, Windstärken und Windrichtungen für die nächsten Stunden und Tage präzise zu prognostizieren. Dies sind entscheidende Informationen für branchenspezifische Anforderungen hinsichtlich standortbezogener Leistungs-

prognosen für die Bereitstellung von Ausgleichsenergie, den Strom-Handel sowie für die Betriebs- und Wartungsplanung.

Aus meteorologischer Perspektive stellt die Beantwortung dieser Frage für einen Zeitraum, der über ein paar Tage hinausgeht, eine erhebliche wissenschaftliche Herausforderung dar. Aber mithilfe von Weltklasse-Klimamodellen und neuester Supercomputer-Technologie verstehen wir sie schrittweise besser.

Tatsächlich findet sich im fünften Weltklima-Sachstandsreport (IPCC Assessment Report AR5) nur sehr wenig über die Zukunft des Windes. Der aktuelle Report, der sich unter anderem auf eine Met-Office-Studie von 2013 zur europa-

weiten Variabilität der Windgeschwindigkeit bezieht, enthält zur Zukunft des Windes folgende Aussagen:

- „Zumindest in Nordeuropa werden bis 2050 keine bedeutsamen Änderungen der Windgeschwindigkeiten erwartet.“
- „Das Potenzial der Windenergie in Nord-, Kontinental- und dem überwiegenden Teil des atlantischen Europas könnte im Winter zu- und im Sommer abnehmen.“
- „Für Südeuropa wird eine Abnahme des Windenergiepotenzials in beiden Jahreszeiten erwartet. Hiervon ausgenommen ist das ägäische Meer und die Adriaküste, wo ein deutlicher Anstieg im Sommer möglich ist.“

Alle bisherigen Berichte legen den Schluss nahe, dass es derzeit keinen wirklichen Beleg für signifikante Trends bei der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit in den nächsten Jahrzehnten gibt. Der IPCC-Report verweist aber auf eine zunehmende Unbeständigkeit des Wetters in kürzeren Zeitabschnitten, das von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren wie Wind, Stürmen, Temperatur, Dürren und Überschwemmungen beeinflusst wird. Insbesondere Stürme stellen ein erhebliches Risiko für das Personal und die Sachwerte von Windkraftanlagen aller Größenordnungen dar.

Die Fähigkeit, Wind- und Wetterbedingungen auf einer monatlichen oder 3-monatlichen Basis vorhersagen zu können, gewinnt im Zukunftssegment Erneuerbare Energien vor allem bei On- und Offshore-Windkraft-Projekten an Bedeutung für die Optimierung der Windenergieerzeugung sowie der Umsätze und zur Reduzierung von Betriebskosten.

Wie werden langfristige Vorhersagen möglich?

Eine häufig gestellte Frage zu langfristigen Prognosen ist: „Wenn die Genauigkeit von Wettervorhersagen schon nach einige Tagen abnimmt, wie kann man dann brauchbare Prognosen über mehrere Monate machen?“

Im Wesentlichen gibt es zwei Gründe für die Machbarkeit langfristiger Prognosen: Erstens gibt es Elemente im System der Erde, die sich langsamer als die Atmosphäre verändern und trotzdem einen Einfluss auf ihr Verhalten haben. Dazu gehören zum Beispiel die Ozeane, der Feuchtigkeitsgehalt im Boden und die Ausdehnung des Meereseises.

Zweitens unterscheiden sich die Fragen, die mit langfristigen Prognosen beantwortet werden sollen, sehr deutlich von den Fragen einer üblichen Wettervorhersage. So fragen wir zum Beispiel nicht nach dem Wetter an einem bestimmten Tag, sondern adressieren mit unseren langfristigen Prognosen risikoorientierte Fragestellungen wie zum Beispiel:

- Wenn die durchschnittliche Windgeschwindigkeit im Winter in Großbritannien bei 5 m/s liegt, wie wahrscheinlich sind dann höhere Windgeschwindigkeiten in diesem Jahr?
- Wenn in Polen der erste Frost durchschnittlich auf den 3. November fällt, wie wahrscheinlich ist es dann, dass in

diesem Winter Frost früher oder später auftritt?

- Wenn in Süddeutschland im Sommer durchschnittlich zwei Tage mit Regen von mehr als 1 mm auftreten, wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass es in diesem Jahr mehr als fünf Tage mit entsprechenden Niederschlägen gibt?

Alle diese Fragen beinhalten einen risikobasierten Vergleich mit einem Durchschnittswert, der typischerweise aus Beobachtungen der letzten Jahrzehnte errechnet wird. Das ist der Kern unserer langfristigen Prognosen: Eine Kalkulation der Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Klimaereignisses im Vergleich zur durchschnittlichen Eintrittshäufigkeit.

Bessere Modelle führen zu präziseren Prognosen

Das Met Office Global Seasonal Forecast System 5 (GloSea5), das wir für langfristige Prognosen verwenden, nutzt ein dynamisches Modell, das auf grundlegenden physikalischen Gesetzen für die Vorhersage des zukünftigen Klimas basiert. Im Gegensatz zu statistischen Modellen sind dynamische Modelle gut geeignet, um die komplexen Beziehungen zwischen den Komponenten des Erdsystems zu erfassen.

GloSea5 ist aktuell das weltweit am höchsten auflösende System für langfristige Prognosen. Das hochauflösende Atmosphären-Ozean-Modell eignet sich hervorragend als operationales Langzeit-Vorhersagesystem: Gitterzellen mit einer Maschenweite von einem Viertel Grad geografischer Länge und Breite (25 km) erstrecken sich über den gesamten Globus. Darüber hinaus wurde auch die atmosphärische Auflösung weiterentwickelt und liegt heute bei Gitterzellen mit Maschenweiten von weniger als 1 Grad (50 km). Das Modell berücksichtigt ebenfalls die Meereseis-Bedeckung und stratosphärische Prozesse, die mit dem Ozean und dem Rest der Atmosphäre interagieren. Da das System täglich mit aktuellen Beobachtungen initialisiert wird, lassen sich im Gesamtergebnis wichtige Ereignisse früher als bei monatlichen Vorhersagen identifizieren.

Die nordatlantische Oszillation

Die Nordatlantische Oszillation (NAO) – ein klimatisches Phänomen in der Atmosphäre über dem Nordatlantik – ist der wichtigste Faktor für die Bestimmung der Winterbedingungen in Europa



Stephen Norman

Met Office Senior Wind Energy Consultant

Der Windenergie-Experte des britischen Wetter- und Klimadienstes Met Office verfügt über eine langjährige Managementenerfahrung. Er war für viele große internationale Konzerne wie Unisys, Hewlett Packard, Atos Origin und Fujitsu tätig. Vor seinem Wechsel zu Met Office im Jahr 2009 war er Partner des Beratungsunternehmens KPMG Consulting, wo er für die Beratung der gesamten Versorgungswirtschaft verantwortlich war.

Bei Met Office entwickelt der Geophysiker für den Bereich Erneuerbare Energien innovative Lösungen zur Performancesteigerung von regenerativen Energien. Auf diesem Gebiet arbeitet er eng mit den Branchenverbänden, den Entwicklern und Betreibern von Energieanlagen, mit der Industrie sowie den maßgeblichen Beratungsgesellschaften in Europa und Großbritannien zusammen.

und dem Osten der USA. Sie beeinflusst maßgebliche Wettermerkmale wie Oberflächentemperaturen, Windgeschwindigkeiten und Niederschläge.

Die NAO beschreibt die Schwankung des Luftdruckverhältnisses über dem Atlantik zwischen dem Islandtief im Norden und dem Azorenhoch im Süden und ist ein grundlegendes Maß der Stärke des Jet Streams. Die NAO ist ein wichtiger Faktor für die Bestimmung der Unterschiede zwischen kalten und trockenen Wintern sowie milden, feuchten und stürmischen Wintern. Von zentra-

ler Bedeutung ist die NAO außerdem für die Windstärke, Anzahl der Stürme, Anzahl extrem kalter Tage und Niederschlagsmuster im Winter. Leistungsfähigere Prognosen der NAO ermöglichen bessere risikobasierte Vorhersagen für eine Vielzahl von Industrie-Branchen, darunter die Sektoren für traditionelle und erneuerbare Energien.

Vorhersagbarkeit der nordatlantischen Oszillation

Bislang konnten langfristige Prognose-systeme das Winterklima an der Oberfläche des atlantischen Beckens und die damit verbundenen, saisonalen Fluktuationen der NAO nur in begrenztem Maße vorhersagen. Durch entscheidende Fortschritte in der Forschung und Entwicklung sind Met Office seit April 2014 präzise Vorhersagen für europäische und nordamerikanische Winter möglich. Gezielte Upgrades unseres Systems für Langzeitprognosen sowie unserer Supercomputer-Ressourcen haben zu einer statistisch relevanten, jährlichen Korrelation zwischen den Modellannahmen und realer NAO im Winter geführt. Die genaue Prognose dieses wichtigen Phänomens ermöglicht nun Vorhersagen von Wetterbedingungen an der Erdoberfläche wie etwa die Windgeschwindigkeiten in Europa.

Vorhersagbarkeit bedeutet Rentabilität

Durch die Fortschritte in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung lassen sich heute präzise monatliche

sowie saisonale Wetter- und Klimavorhersagen mit einer hohen Vorhersagegenauigkeit erstellen. Insbesondere bei Onshore- und Offshore-Windkraftlagen ist das Management von Wind- und Wetterrisiken auf saisonaler Basis von entscheidender Bedeutung: Lokale Windgeschwindigkeiten sind für Betreiber von Windanlagen gerade im Winter die größten Unsicherheitsfaktoren hinsichtlich Umsatz und Rentabilität.

Die Fähigkeit, genaue monatliche und saisonale Vorhersagen für den Handel mit erneuerbarer Energie bereitzustellen zu können, ist ein besonders interessanter Aspekt der Wetterforschung. Zuverlässige Prognosemodelle für Winterwinde unterstützen insbesondere Termingeschäfte und Hedging-Entscheidungen im Energiehandel. Dies könnte dazu beitragen, den Handel mit Energie auf europäischen und globalen Märkten zu transformieren. Die Möglichkeit für Stromnetzbetreiber, die Energiebereitstellung aus konventionellen oder regenerativen Energiequellen auf monatlicher Basis zu optimieren, führt im Ergebnis zu realen Kosteneinsparungen auf der Ebene nationaler Netze. Diese Einsparungen können letztendlich auch an Endverbraucher weitergegeben werden. Betreiber werden außerdem in der Lage sein, weiter vor auszuplanen, um die Windenergieproduktion in ihrem Portfolio zu optimieren und damit Umsatzsteigerungen zu erzielen. Noch wichtiger ist aber, dass eine größere Berechenbarkeit das Vertrauen in erneuerbare Windenergie als Bestandteil der Elektrizitätsgrundversorgung steigert.

In vielen europäischen Ländern ist die

Zukunft der erneuerbaren Windenergie derzeit von Unsicherheit gekennzeichnet. Sinkende Tarife und sonstige wirtschaftliche Anreize in Verbindung mit steigenden Technologie- sowie Betriebs- und Wartungskosten sowie beschwerliche regulatorische Prozesse tragen dazu bei, dass die Margen unter Druck geraten. Met Office arbeitet intensiv daran, die Zukunft des Windes auf der gesamten Zeitskala vorherzusagen – stündlich, täglich, wöchentlich und jetzt auch monatlich sowie saisonal. Damit erhöhen wir die Planungs- und Investitionssicherheit, minimieren Risiken, unterstützen die Optimierung des Anlagenbetriebs, heben Effizienzreserven und verbessern die Ertragsentwicklung zum Vorteil aller Stakeholder.

Aktuell arbeitet Met Office mit einer Reihe großer Versorgungsunternehmen aus Großbritannien und Europa zusammen, um die saisonalen Wind- und Wettervorhersagen im Winter 2014/15 zu testen. Prognosen können für einzelne Länder (z.B. Großbritannien, Deutschland) und Regionen (z.B. Schottland, Ärmelkanal) angepasst werden, um individuelle Kundenanforderungen und Investitionen zu adressieren. Ziel dieses Tests ist es, den potenziellen technischen und ökonomischen Nutzen nachzuweisen, der durch Einsatz wissenschaftsbasierter Klimaforschung realisiert werden kann.

Die Zukunft des Windes – Sie können es sich nicht leisten, sie zu ignorieren....



Andreas Achenbach „Die Einfahrt zum Hafen von Hellevoetsluys“/ Wikimedia Commons



Christian Bruns

Manager Informationssicherheit bei der BTC AG



Foto und Grafiken BTC AG

Informationssicherheit ist wie eine Lebensversicherung für das Unternehmen

Das Thema IT-Sicherheit ist in aller Munde. Auch die BTC AG bietet entsprechende Leistungen an. Was ist ihr Alleinstellungsmerkmal, wodurch zeichnet sie sich aus?

Das besondere an BTC ist die Kombination von Expertise in der Informationssicherheit und fundierten Branchenkenntnissen. Wir schauen sozusagen aus beiden Blickwinkeln und können unseren Kunden bei der Anwendung der Theorie in der jeweiligen Praxis – egal ob aus der Energiebranche, dem Öffentlichen Dienst oder im Industriebereich – optimal unterstützen. Gerade beim Thema Informationssicherheit ist es besonders wichtig, dass man nicht nur weiß was zu tun ist – das wie, spielt eine entscheidende Rolle für das optimale Ergebnis.

Sie sind u. a. Mitglied im Cyber-Sicherheitsrat Deutschland und in der Allianz für Cyber-Sicherheit. Warum sind sie dort vertreten?

Wie in den meisten Wirtschaftsbereichen ist das Aufrechterhalten eines hochwertigen Netzwerks von enormer

Bedeutung. Die Mitgliedschaft in einem Fachverband ist hierfür sehr gut geeignet und ermöglicht am Puls der Zeit bleiben zu können sowie regelmäßig neue Impulse für das eigene Portfolio zu erhalten. Und natürlich möchten wir als Spezialist für die Energiebranche unsere Erfahrungen in den Vereinen einbringen. Denn das Besondere an beiden Vereinen ist, dass sich dort neben den engagierten Fachexperten auch die „Know-how-Bedarfsträger“ beteiligen.

Zusätzlich profitieren auch unsere Kunden von einer solchen Mitgliedschaft, da in diesen geschlossenen Kreisen manche Informationen bereits vorab zur Verfügung gestellt werden. So kann man auf einer stets aktuellen Informationsbasis Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Mit der immer größer werdenden Komplexität von IT-Technologien verliert der normale Nutzer mehr und mehr den Überblick – in der Firma wie auch privat. Wie soll er dann die

Notwendigkeit erkennen, genau an einer bestimmten Stelle zu handeln?

Dies ist in meinen Augen eine der zentralen Fragen im Bereich Informationssicherheit: Wie schaffe ich es die Mitarbeiter adäquat abzuholen und als Treiber der Sicherheit zu gewinnen? Schließlich sollte es nicht passieren, dass sich ein Mitarbeiter überfordert fühlt und das Thema Sicherheit anfängt mit negativen Emotionen zu verbinden.

Wichtig ist, dass das Sicherheitsbewusstsein der Mitarbeiter gefördert wird und gleichzeitig Sicherheitsmaßnahmen möglichst einfach anzuwenden sind. Förderung von Mitarbeiterbewusstsein wird als „Awareness“ bezeichnet und ist absolut notwendig. Anwender von IT müssen verstehen, warum „Geheimnis“ kein gutes Passwort ist und sie die Sicherheit des Unternehmens durch die Auswahl solcher Passwörter gefährden.

Aber auch die Sicherheitsexperten in den Unternehmen stehen vor einer großen Herausforderung: Sie müssen kom-

plexe Fragestellungen behandeln und trotzdem die den Sicherheitsmaßnahmen möglichst einfach gestalten. Ziel muss dabei sein Sicherheit als integralen Bestandteil der IT zu verstehen; ohne geht es quasi nicht. Neudeutsch heißt dies Security-by-Design.

Nur über das Zusammenspiel dieser beiden Wege ist es möglich, dass ein hohes Sicherheitsniveau erreicht wird und ein „normaler“ Nutzer trotzdem nicht aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen in seiner täglichen Arbeit gehindert wird.

Hat ein Mittelständler überhaupt den Nerv sich darum zu kümmern?

Aller Erfahrung nach ja. Ich habe dafür immer ein ganz spezielles Bild: Man sollte sich Informationssicherheit immer als eine Art Versicherung vorstellen. Und wir alle kennen doch das glückliche Gefühl, wenn der eigene Schaden über eine Versicherung abgewendet wird. Aufgrund der heutigen Abhängigkeit von IT-Systemen und den darauf verarbeiteten Daten kann man sich die Informationssicherheit auch als Lebensversicherung für Unternehmen vorstellen.

Für die Geschäftsführung stellt sich daher nicht die Frage, ob eine Versicherung benötigt wird. Vielmehr geht es um die Höhe des Jahresbeitrages, um nicht von einem unerwarteten Umstand in der Existenz bedroht zu werden. Und um im Bild zu bleiben –

mit erfahrenen, kompetenten „Versicherungsberatern“ wie uns, die den Schutz auf Basis der Anforderungen individuell skalieren und umsetzen ist das auch ein schmerzfrei gangbarer Weg.

Passworte, Websites, Schnittstellen – Angriffsziele bzw. Einfallstore für Cyberkriminalität gibt es eine große Zahl. Wie gehen Sie vor, wenn Sie ein Unternehmen von der Notwendigkeit des Schutzes überzeugt haben?

Hier orientieren wir uns immer an den jeweiligen Bedürfnissen. Zu Beginn stellen wir fest wo die IT-Systeme und verwendeten Daten so kritisch für die Geschäftstätigkeit sind, dass ein Verlust, die Offenlegung oder Verfälschung der Daten zu einer erheblichen Störung führen würden.

Ein Beispiel: Für den Betreiber eines Onlineshops ist die Verfügbarkeit der eigenen Webseite von höherer Bedeutung als z. B. für ein Anwaltsbüro. Dies bedeutet nicht, dass die Onlinepräsenz für das Anwaltsbüro keine Relevanz hat. Vielmehr sind die Auswirkungen einer nicht verfügbaren Webseite für ein Anwaltsbüro eher tolerierbar als für einen Onlineshop, bei dem schon ein mehrstündiger Ausfall massive Umsatzverluste nach sich ziehen kann. Entlang dieses Fokus schauen wir bei Unternehmen, ob noch Verbesserungen bei der Absicherung möglich sind.

Zusätzlich empfehlen wir immer einen gewissen Basisschutz im gesamten

Unternehmen zu etablieren. Gewisse Maßnahmen, wie z. B. der Schutz vor Schadsoftware oder die Zugangskontrolle über Passwörter sind elementar und wichtig für alle IT-Systeme. Erfahrungsgemäß ist es viel weniger aufwändig, Maßnahmen auf breiter Front auszurollen als in komplexen Prozessen zunächst die Systeme ohne Anforderung an die Sicherheit zu ermitteln und diese dann in einem zweiten Schritt von den Maßnahmen auszunehmen. Gewisse Anforderungen an die Sicherheit eines Systems finden sich schließlich immer.

Die größte Gefahrenquelle bleibt aber der Mensch, der nimmt es im normalen Alltag mit der so genannten Awareness nicht so genau. Was ist da zu tun?

Um die nötige Awareness bei den Mitarbeiter zu erreichen, ist strategisches Vorgehen das A und O. Im Vorfeld muss bekannt sein, welche Themen mittels Awarenessmaßnahmen transportiert werden sollen. Idealerweise erfolgt die Kommunikation dann auch in einer Kampagne, wie man es aus dem Marketing kennt. Awareness sollte daher auch als „Werbung für die Informationssicherheit im eigenen Unternehmen“ verstanden werden.

Daneben ist zu berücksichtigen, dass diese Mitarbeitersensibilisierung langfristig auf Verhaltensänderungen abzielt. Schließlich sollen die Anwender durch Awareness zu einem sichereren





Ingmar Bergmann

verantwortet bundesweit als Senior Manager den Beratungsbereich Daten- und Abrechnungsmanagement und als Lokationsverantwortlicher den BTC Standort in Leipzig.

Seit Beginn der Liberalisierung des Energiemarktes berät er Energieversorgungsunternehmen unterschiedlichster Größe bei der Neuausrichtung und Optimierung der IT. Neben der Prozessberatung und Analyse, stehen die Verbesserung bzw. Implementierung der relevanten IT-Systeme im Mittelpunkt der Verantwortung. Ein weiteres Beratungsfeld ist die Anpassung der IT an die veränderten Markt- und Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft zur Unterstützung neuer Geschäftsfelder.

Vor seinem Einstieg 2013 in das Management bei BTC war er Referent im IT- und Organisationsbereich einer großen Landesbank, im Bereich Business Development einer Gesellschaft für den sicheren Bezahlverkehr im Internet sowie als Business Unit Leiter und Management Consultant in einem führenden, internationalen Technologie- und Beratungskonzern in verschiedenen Umfeldern verantwortlich.

Herr Bergmann studierte Wirtschaftswissenschaften in Leipzig.

Handeln befähigt werden. Durch Einzelmaßnahmen ist dies nicht zu erreichen und man muss kontinuierlich für dieses Thema motivieren.

Aber man sollte berücksichtigen, dass vor allem zu Beginn weniger oft mehr ist. Wir Sicherheitsexperten neigen oft dazu alle Risiken und wie mit diesen umzugehen ist gesammelt darzustellen. Viel besser ist es jedoch, anhand repräsentativer Beispiele ein Grundverständnis zu erreichen. An diesem können die Mitarbeiter sich dann auch nach und nach in „unbekanntem Terrain“ orientieren.

Auch die Energie- und Versorgungssysteme werden immer komplexer, immer stärker von der IT bestimmt. Allein die normale Stromversorgung bietet Tausende von Einflussmöglichkeiten – vom rückwärtsdrehenden Zähler bis hin, im Extremfall, zur Kernschmelze in einem Atomkraftwerk. Kann man sich dagegen überhaupt schützen? Wenn ja, wie? Was ist dabei ihr Part?

Besonders im Energiebereich treten wir von BTC in einer Doppelrolle auf. Zum einen als Hersteller von Softwareprodukten, die theoretisch ein Einfallstor für Angriffe sein könnten; daneben aber auch als Experten für Informationssicherheit, um Strategien für die Abwehr solcher Angriffe zu entwickeln.

Bei unseren eigenen Produkten achten wir daher absolut auf die grundlegende Sicherheit, haben aber zugleich als Lieferant nur geringe Einflussmöglichkeiten auf die Gesamtsicherheit – wie z.B. kompromittierte Zugangsdaten oder Schwachstellen in der Firewall. Sie müssen sich das vorstellen wie beim Fußball: Der Hersteller der zentralen Komponente ist der Torwart und wenn dort ein Fehler passiert, kann dieser spielentscheidend sein. Dass der Torschuss aber nur zustande kam, weil die Abwehr massiv gepatzt hat, wird oft vergessen.

Dies ist auch ein allgemeines Vorgehen, um kritische Systeme oder Infrastrukturen allgemein zu schützen. Dies wird als Zonenmodell bezeichnet, wobei jede Zone dediziert durch Zugangs- und Zugriffsmechanismen geschützt wird. Die kritischen Systeme sind ganz innen und die weniger kritischen Systeme sowie diejenigen die öffentlich erreichbar sein sollen, die sind ganz außen. Bei einem Angriff müssen daher mehrere Sicherheitsstufen überwunden werden. Nicht nur, dass ein solches Vorhaben

hohes technisches Know-how erfordert, sondern es steigt damit auch das Entdeckungsrisiko. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wird für einen Angreifer zunehmend negativ und damit uninteressant.

Ein gutes Beispiel sind die vor wenigen Monaten von Sicherheitsexperten gehackten Smart Meter, die ja im Augenblick überall als das Besondere präsentiert werden. Im Beispiel wurden gravierende Sicherheitslücken entdeckt. Wie ist das möglich? Gibt es da keine Zertifizierung?

Das angesprochene Beispiel beschreibt eine Schwachstelle, die Forscher auf einem Smart Meter in Spanien gefunden haben. In Deutschland kommen diese Geräte nicht zum Einsatz. Bei uns müssen Smart Meter hohen technischen Anforderungen entsprechen, die vom BSI vorgegeben werden. In Deutschland eingesetzte Smart Meter müssen zertifiziert sein und entsprechend inter- und nationale Sicherheitsstandards erfüllen.

Für die Energiebranche plant der Gesetzgeber einen IT-Sicherheitskatalog bzw. ein entsprechendes Gesetz. Was gibt es dazu zu sagen?

Die Bundesregierung plant zurzeit die Sicherheitsanforderungen an Betreiber von Kritischen Infrastrukturen im Rahmen eines IT-Sicherheitsgesetzes zu erhöhen. Dabei geht es vor allem um drei Dinge: Meldepflicht von Sicherheitsvorfällen, verpflichtender Ansprechpartner zum Thema Sicherheit und Nachweis über den Schutz der kritischen IT-Systeme. Wie ein solcher Nachweis erbracht werden soll ist im aktuellen Gesetzentwurf nicht definiert.

Wir empfehlen daher unseren Kunden über die Einführung und Zertifizierung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) im entsprechenden Anwendungsbereich nachzudenken. Dies ist ein sinnvoller Weg, um sowohl die Anforderungen zu erfüllen als auch nachhaltiger Mehrwert für das eigene Unternehmen zu erhalten. Der IT-Sicherheitskatalog wird ergänzend von der Bundesnetzagentur veröffentlicht und liegt in einer Entwurfsfassung vor. Von den Anforderungen her ist der IT-Sicherheitskatalog mit dem IT-Sicherheitsgesetz vergleichbar. Größter Unterschied ist der Anwendungsbereich: Das IT-Sicherheitsgesetz wird auf alle Betreiber Kritischer Infrastrukturen angewendet werden und der IT-Sicherheitskatalog gilt für Strom- und Gasnetzbetreiber.

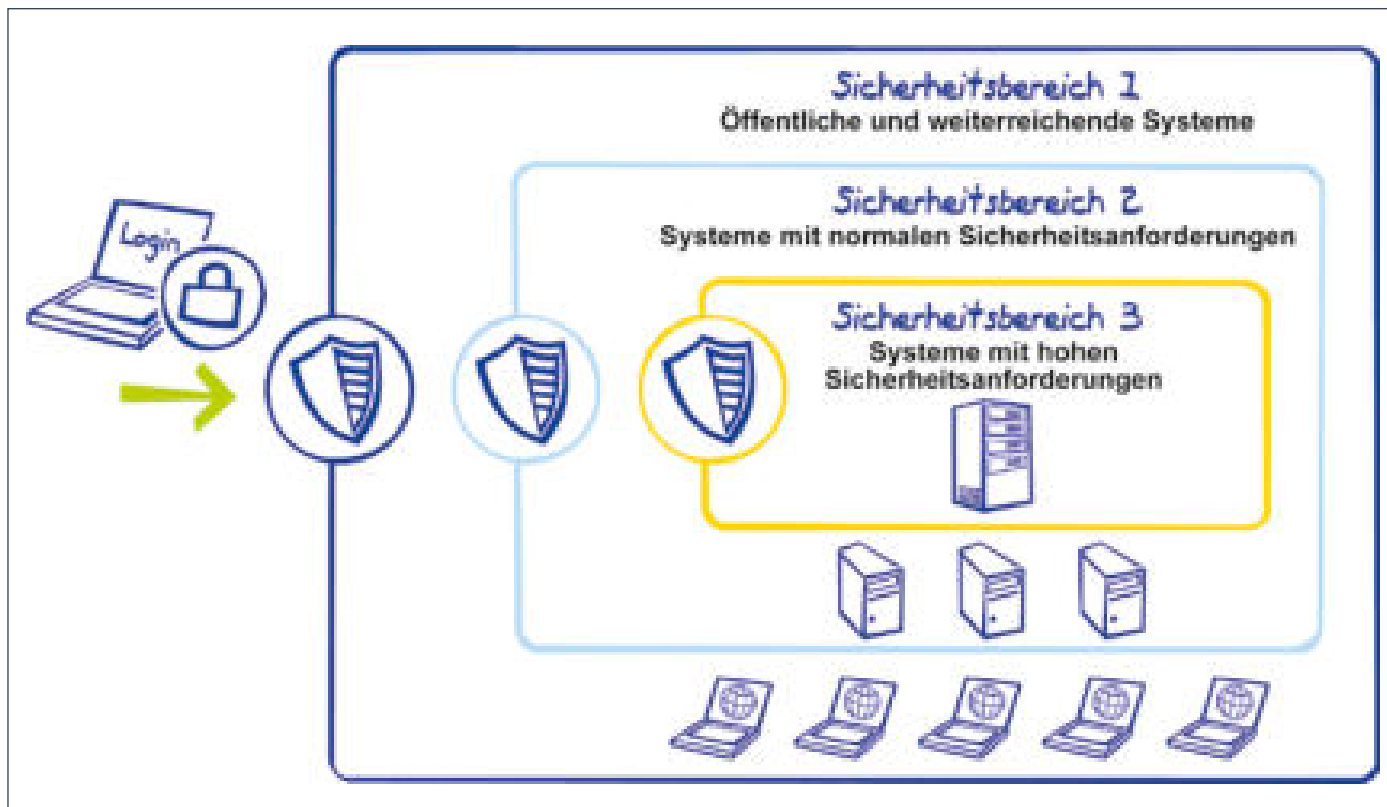


Schaubild zum Zonenmodell

Persönlich finde ich, dass diese Schritte in die richtige Richtung sind. Denn der Gesetzgeber hat das Thema schon viel zu lange unbearbeitet gelassen, so dass es in Deutschland einigen Nachholbedarf gibt. Schließlich beruht unsere Wirtschaftsleistung auf kritischen Infrastrukturen und deshalb ist es zwingend erforderlich, dass hierfür gewisse Mindeststandards zur Sicherheit existieren. Die jetzt viel geführten Diskussionen zeigen, dass das Thema einen Nerv in der Wirtschaft berührt. Positiv ist in meinen Augen, dass die Notwendigkeit solcher Regelungen von allen Seiten unterstützt wird. Jetzt muss eine Einigung bzgl. einer geeigneten Umsetzung gefunden werden.

Könnte hier das Freihandelsabkommen mit den USA eine Rolle spielen?

Vor dem Hintergrund des in diesem Zusammenhang viel diskutierten Investitionsschutzes ist das eine absolut berechtigte Frage. Abschließend kann ich hier kein Urteil fällen, da ja auch noch keine Fakten geschaffen wurden. Bedenklich finde ich aber, dass man bei Themen, die grundsätzlich Deutschland sowie die Gesellschaft voranbringen und schützen sollen, über solche Fragestellungen stolpert. Dies ist in meinen Augen eine falsche Entwicklung.

Um, wie dann gefordert, ein Informations-Sicherheits-Managementsystem

(ISMS) zu implementieren haben Sie ein Vorgehensmodell entwickelt...

Vorhaben wie die Einführung von Managementsystemen bedürfen einer gut strukturierten Vorgehensweise.

Um sinnvoll und aufeinander aufbauend vorzugehen, haben wir unser eigenes Modell erarbeitet, das selbstverständlich den Anforderungen des im Jahr 2013 überarbeiteten ISMS-Standard ISO/IEC 27001 genügt. Wichtig zu wissen ist, dass einer der ersten Schritte immer die Abholung sowie Einbeziehung der obersten Führungsebene ist und Technische Maßnahmen zu Beginn nicht im Fokus stehen.

Wenn Sie das System implementiert und einen Sicherheitsbeauftragten installiert haben, wie geht es dann im Sinne einer Langfristigkeit weiter?

Der ganz große Vorteil des ISMS ist, dass es aus dem Managementsystem heraus langfristig die Erhöhung der Sicherheit fördert. Denn es sieht vor, dass regelmäßig die eigenen IT-Risiken bewertet werden und man so zeitnah auf sich ändernde Rahmenbedingungen, wie z. B. neue Schwachstellen oder neue Anforderungen, reagieren kann.

Diesen langfristigen Ansatz unterstützen wir durch unser Vorgehensmodell, das auf Hilfe zur Selbsthilfe abzielt. Wir wollen durch unsere Begleitung

die Unternehmen zum eigenständigen Führen des ISMS befähigen, sofern dies auch gewollt ist. Unsere Rolle ist dann, der begleitende, kompetente Ansprechpartner für spezielle Fragestellungen zu sein, die nicht im täglichen Geschäftsbetrieb behandelt werden können. Denn ja, Informationssicherheit ist und bleibt ein komplexes Thema – und uns ist bewusst, dass Unternehmen das notwendige Fachwissen nicht dauerhaft aufrechterhalten können.

Wie nimmt dieser Bereich von BTC die Herausforderungen der „schönen neuen Welt“ an, was sind Ihre nächsten Projekte?

Aktuell haben wir besonders aus der Energiebranche sehr viele Anfragen. Treiber sind hier die steigenden gesetzlichen Anforderungen: Unsere Kunden haben einen hohen Informationsbedarf zu Informationssicherheits-Managementsystemen und dazu, wie Sicherheit im Umfeld der Netzleittechnik realisiert werden kann. Für uns also eine sehr spannende und interessante Zeit.

Aber auch der Schutz von Webaufträgen ist und bleibt ein großes Thema. Unternehmen wird aufgrund der medialen Berichterstattung zunehmend bewusst, dass der eigene Webauftrag den Gefahren des Internets widerstehen muss und dennoch für eine erfolg-

Projekte der BTC AG

Die BTC AG mit Hauptsitz in Oldenburg hat im Osten Deutschlands eine Niederlassung in Leipzig. Von dort betreuen die BTC-Experten Stadtwerke wie Erfurt, Leipzig, Dresden oder Chemnitz. Als Goldpartner der SAP und Tochter der EWE vereinen die Berater und Projektierer exzellentes IT- und Energiewissen. Zusätzlich bietet das Rechenzentrum der BTC den Netzbetreibern Outsourcing- und Cloud-Leistungen. Aufgrund der hohen Nachfrage nach IT-Dienstleistungen plant die BTC AG einen moderaten Ausbau ihres Leipziger Standorts. Gesucht werden vor allem SAP-Skills.

reiche Geschäftstätigkeit unabdingbar ist. Darum unterstützen wir unsere Kunden mit professionellen Schwachstellenanalysen, um vorhandene Schwachstellen eines Webauftritts aufzuzeigen. Aktuell arbeiten wir an der Etablierung eines eigenen Siegels für unsere Tests, um zusätzlichen Mehrwert anbieten zu können. Damit können unsere Kunden die „geprüfte“ Sicherheit ihres Webauftritts auch nach außen darstellen.

Kann man sich überhaupt wirklich schützen?

Das ist die Frage aller Fragen Grundsätzlich herrscht in der Fachwelt Einigkeit, dass ein 100%-Schutz nicht existiert. Denn wie will man sich vor einer Schwachstelle schützen, die selbst dem Hersteller noch nicht bekannt ist, jedoch bereits von organisierten Kriminellen im Internet eingesetzt wird?

Ziel der Informationssicherheit ist es daher immer, die Kosten-/Nutzen-Betrachtung eines möglichen Angreifers zu seinen Ungunsten zu verändern und ihn so von seinem Vorhaben abzuhalten. Konkret: Die eingesetzten Sicherheits-

maßnahmen müssen den Aufwand für einen erfolgreichen Angriff soweit erhöhen, dass der Nutzen den der Angreifer dadurch hat, in keinem angemessenen Verhältnis mehr dazu steht.

Abschließend kann man sagen, dass zwei Dinge absolut notwendig sind, um wirksamen Schutz überhaupt zu erreichen. Der erste Punkt ist fast schon banal, wird aber zu oft vernachlässigt: Eine umfassende Bestandsaufnahme. Wissen Sie wirklich, was die kritischen Daten in Ihrem Unternehmen sind? Der zweite Erfolgsfaktor ist ein ganzheitlicher Ansatz und entsprechendes Vorgehen. Der Schutz muss daher die gesamte Infrastruktur berücksichtigen und kann nicht nur auf die kritischen Bereiche konzentriert werden. Wenn diese Vorarbeiten durchgeführt werden, dann ist auch ein wirksamer Schutz erreichbar, der Unternehmen nachhaltig beim Einsatz ihrer IT voranbringt.

Zum Schutz von Unternehmensnetzwerken sollten die Systeme in Abschnitte aufgeteilt werden, die jeweils durch Sicherheitsmaßnah-

men (wie z. B. Firewalls) voneinander getrennt sind. Die einzelnen Abschnitte repräsentieren einen unterschiedlichen Schutzbedarf, der sich mit jeder Stufe erhöht und der Zugang zum jeweiligen Abschnitt stets restriktiver gehandhabt wird. Grundsätzlich unterscheidet sich dieses Vorgehen nicht vom Burgenbau aus dem Mittelalter, wo auch nur Stadtkern durch Burggräben sowie hohe Mauern geschützt wurde und weitere Stadtmauern Richtung Stadtmitte zusätzlichen Schutz gewährten. Nur die Technik wurde an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Dabei ist ein Abschnitt für die öffentlich erreichbaren Systeme vorgesehen. In diesem Bereich sollten die System lediglich Anfragen entgegen nehmen und an die entsprechenden Systeme in den dahinterliegenden Zonen weitergeben bzw. an die anfragenden Stellen wieder zurückliefern. Direkte Zugriffe auf kritische Systeme von außen sollte immer vermieden werden. Der zweite Abschnitt ist für Systeme mit normalen Sicherheitsanforderungen vorgesehen. Hier befinden sich somit Laptops und PCs der Mitarbeiter sowie Peripheriegeräte (z. B. Drucker oder Tablets). Schließlich ist der dritte Abschnitt für die Systeme vorgesehen, die für zentrale Anwendungen und für die Administration vorgesehen sind. Ebenfalls Systeme mit kritischen Unternehmensdaten sollten hier verwaltet werden. Der Zugriff auf diese Systeme ist dabei nur aus der vorherigen Zone möglich, um Angriffe zu vermeiden. Es ist empfehlenswert darüber hinaus noch zu prüfen, ob noch ein weiterer Abschnitt sinnvoll ist, um zwischen zentralen Diensten und kritischen Diensten unterscheiden zu können.

Erstes Solarkraftwerk Europas erbringt Regelenergie in der Hochspannungsebene

Die BELECTRIC GmbH hat im November 2014 ihre hochmodernen, kosteneffizienten Stromspeicher Energy Buffer Unit an das Solarkraftwerk Alt Daber in Brandenburg angeschlossen. Damit ist es das erste Solarkraftwerk Europas, das Regelenergie in der Hochspannungsebene analog zu konventionellen Großkraftwerken erbringen kann.

Der innovative Blei-Säure-Speicher mit einer Kapazität von 2.000 kWh ist für

den Einsatz in erneuerbaren und konventionellen Kraftwerken vorgesehen. Mit dem Speicher wird die Leistungsbereitstellung der Kraftwerke flexibler und das Stromnetz aktiv stabilisiert. Durch die lange Lebensdauer und niedrige Zyklenkosten ihrer Energie Buffer Unit setzt die BELECTRIC GmbH einen Meilenstein bei der kosteneffizienten und nachhaltigen Erbringung von Systemdienstleistungen.

„Solarkraftwerke übernehmen zukünftig Funktionen der anspruchsvollsten Netzsteuerung. In Verbindung mit einem Speicher leisten sie einen wichtigen Beitrag, die Energieversorgung und Netzstabilität an die Erfordernisse der Energiewende anzupassen“, erklärt Bernhard Beck, Geschäftsführer der BELECTRIC GmbH.

„Zukunft für Kinder e.V.“ hilft Heimkindern in Leipzig

Nicht jedes Kind hat das Glück, in einer funktionierenden Familie aufzuwachsen. Wenn die Eltern und das Zuhause wegbrechen, dann sind Kinder und Jugendliche in erster Linie auf sich allein gestellt. In Heimen und betreuten Wohngruppen finden sie zuerst ein Dach über dem Kopf und im besten Fall ein neues Zuhause. Der Verein „Zukunft für Kinder e.V.“ hilft ihnen, sich eine Zukunft auszumalen und auf eigenen Beinen zu stehen.

Allein in der Stadt Leipzig leben derzeit fast 660 Kinder und Jugendliche ohne Familie, ohne Zuhause. Teilweise entscheiden die Behörden, dass sie nicht mehr bei ihren Eltern leben dürfen, teilweise kommen die Jugendlichen selbst und bitten um Hilfe. Dann werden sie auf die derzeit 83 Heime und betreuten Wohngruppen im Stadtgebiet verteilt. Der Bedarf nimmt zu und übersteigt schon seit Jahren die Zahl der verfügbaren Plätze. Nach Einschätzung des Leipziger Jugendamtes haben sich die Problemlagen in den Familien und der Hilfebedarf rasant verschärft. Die Heimerziehung hat sich in den vergangenen 20 Jahren grundlegend gewandelt. Große Schlafsäle oder willkürliche Erziehungsmethoden gehören der Vergangenheit an. Heute leben meist bis zu acht Kinder und Jugendliche in einer Wohnung zusammen und werden von Erziehern und Sozialpädagogen rund um die Uhr betreut. „Wir trainieren Alltag – vom täglichen Aufstehen über das Zähneputzen und zur Schule gehen bis hin zum Einkaufen“, sagt Anne-Katrin Krüger. Sie ist Erzieherin in einer Wohngruppe im Leipziger Süden. Im Erdgeschoss eines Gründerzeithauses ist im Jahr 2013 die Wohngemeinschaft eingezogen. „Ohne

‘Zukunft für Kinder’ gäbe es uns wohl gar nicht“, sagt Krüger. Für den Auf- und Ausbau eines solchen Kinderheims im Familienformat gebe es keine finanziellen Mittel vom Staat. „Jedes Kissen



Kinder und Betreuer einer Wohngruppe vom „Zwergenland e.V.“ bei Ferientagen auf einem Bauernhof, die dank der Finanzierung durch Zukunft für Kinder e.V. möglich waren. Foto: Zwergenland e.V.

hat seine Geschichte. Bei jeder Couch wissen wir, wo sie herkommt.“ Von der finanziellen Starthilfe beim Ausbau bis zur Organisation von Möbeln half der Verein. Seit der Baustaub weg ist, versucht das siebenköpfige Betreuersteam, die Kinder und Jugendlichen lebensfähig zu machen.

Von Schulrucksack bis Babyschwimmen

Für jedes Kind und jeden Jugendlichen zahlt das Jugendamt Pauschalen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. 4,95 Euro pro Tag sind beispielsweise für die Verpflegung kalkuliert und 5,00 Euro monatlich für Hygieneartikel. Ins-

gesamt reicht das Geld aus, um die Kinder und Jugendlichen gut zu versorgen, wie Krüger sagt. Allerdings reichen die Gelder nicht, um ein Ferienlager zu finanzieren oder einen Schulrucksack zu kaufen. Die Förderung von Talenten ist ebenso nicht einkalkuliert. Das fängt schon beim Mitgliedsbeitrag für den Sportverein an. An dieser Stelle hilft der Verein „Zukunft für Kinder“ – schnell und unbürokratisch, wie auch Heike Uhlmann von der Mutter/Vater-Kinder-Wohngruppe im Stadtteil Gohlis berichtet. Sie unterstützt Teenie-Mütter und -Väter, mit sich selbst und ihren Babys zurechtzukommen. „Viele haben in der eigenen Kindheit kaum etwas erfahren, auf das sie zurückgreifen können“, sagt Uhlmann. Die Freizeitaktivität beschränke sich oft auf den Einkauf im Supermarkt. „Mit den Kleinen auf den Spielplatz zu gehen, haben wir mit den Müttern eingeübt.“ Die 19-jährige Elisa strahlt, wenn sie von der musikalischen Früherziehung erzählt, die ihr der Verein ermöglicht hat. Trommeln, an Gitarrenseiten zupfen und gemeinsam singen – daran erinnert sie sich gern, wie an das Babyschwimmen, das sie mit ihrem kleinen Sohn ausprobieren konnte. „Danach ist er immer im Wagen eingeschlafen, weil er so kaputt war“, erzählt sie mit einem zufriedenen Lächeln.

Jeder Euro kommt zu 100 Prozent an

Ob Musik- und Reitunterricht oder die Nachhilfe, um alles müssen sich die Jugendlichen selbst beim Verein bewerben. Sie schreiben auf, warum sie etwas machen möchten und der Vorstand des Vereins entscheidet in jedem



Frau Schlosser von Zukunft für Kinder e.V. übergibt Nicole die erste eigene Gitarre. Den Gitarrenunterricht finanziert der Verein. Foto: Reinhard Jung

Einzelfall, ob er das Geld für die Förderung gibt. „Wir wollen wissen, wo jeder Euro hingehet“, sagt Vorstandsmitglied Reinhard Jung. „Gleichzeitig stellen wir sicher, dass jeder gespendete Euro zu 100 Prozent auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommt.“ Transparenz und Verlässlichkeit sind die Basis der Vereinsarbeit seit der Gründung im Jahr 2008. Um individuell und zielgerichtet zu unterstützen, setzt der Verein auf den direkten Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen. Neben seiner Arbeit als Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft der VNG-Gruppe betreut Jung für den Verein mehrere Wohngruppen. Er besucht sie regelmäßig, liest vor und lernt die Kinder und Jugendlichen kennen. 17 Vereinsmitglieder haben bereits eine solche Patenschaft für die 38 Einrichtungen übernommen, mit denen der Verein zusammenarbeitet. Ziel ist es, für jede einzelne WG einen vertrauens- und verantwortungsvollen Begleiter zu finden.

„Zukunft für Kinder“ springt da ein, wo die staatlichen Leistungen ihre Grenzen erreichen. Diese überraschen manchmal sogar die erfahrenen Betreuer, wie Katrin Haward-Würker. Sie betreut eine Wohngruppe in Leipzig-Plagwitz. Die Schwester von einem ihrer Schützlinge stirbt. Der 16-jährige Max braucht einen Anzug für die Beerdigung. Geld dafür ist in keiner Pauschale vorgesehen. Nach Auskunft des Amtes wird nur Kleidung für etwa Einschulungen oder Jugendweihen bezahlt. Dem Sachbearbeiter sind die Hände gebunden und Betreuerin Haward-Würker schlägt es die Sprache. Sie wendet sich an den Verein „Zukunft für Kinder“ und der übernimmt die Kosten. „Ich war darüber sehr froh“, sagt Max. „Die helfen in jeder Notsituation.“

Gemeinsam bis zum Start ins Berufsleben

Max macht den Hauptschulabschluss nach, will Kfz-Mechaniker werden und wohnt schon einmal zur Probe in einer eigenen kleinen Wohnung mit einem anderen Jungen zusammen. Selbst einkaufen, Geld verwalten und alles ganz alleine putzen. Letzteres nervt, gehört aber dazu, wie er mit einem gequälten Lächeln sagt. Der Begriff „Verselbstständigung“ kommt ihm ganz selbstverständlich über die Lippen. Genau das ist es, was Max jetzt lernen soll. Er weiß, spätestens mit seinem 18. Geburtstag muss er ausziehen und auf eigenen Beinen stehen. Dann ist er für den Gesetzgeber erwachsen.

Damit dieser radikale Schritt in die Selbstständigkeit gelingt, hat es sich der Verein „Zukunft für Kinder“ zur Aufgabe gemacht, die jungen Leute in dieser heiklen Lebensphase noch weiter zu begleiten. Inzwischen macht dieser Bereich etwa die Hälfte der Vereinsarbeit aus. 850 Euro stehen einem 18-Jährigen als staatliches Startkapital zur Verfügung. Das ist für Wohnungseinrichtung und Kautions schnell aufgebraucht. Der Verein hilft mit dem sogenannten „Starter-Kit“. Neben einem Laptop gehört unter anderem auch ein Möbelgutschein von 500 Euro dazu, der inzwischen von einem Einrichtungshaus vollständig übernommen wird, welches der Verein als Partner gewinnen konnte. „Zukunft für Kinder“ vermittelt Praktika, hilft den jungen Erwachsenen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, bei den Bewerbungsunterlagen und ermöglicht professionelle Coachings.

Bis die jungen Leute eigenes Geld verdienen, ist es noch ein langer Weg. Sie



Zukunft für Kinder e.V. überreicht ein Starter-Kit an Gopal, das ihm auf dem Weg zum Abitur helfen soll. Foto: Petra Wilgmann

sind weiter auf die staatlichen Hilfesysteme angewiesen. „Eltern die sich ein Leben lang nicht gekümmert haben, werden nicht ad hoc eine Finanzauskunft beispielsweise für einen Bafög-Antrag leisten“, erklärt Vorstandsmitglied Reinhard Jung. Manchmal braucht es mehrere Monate bis Anträge bearbeitet sind. Die jungen Erwachsenen bekommen in dieser Zeit kein Geld. Der Verein hilft mit zinslosen Krediten. Er finanziert komplette Schul- und Berufsausbildungen.

„Zukunft für Kinder“ versteht sich als ergänzendes Hilfsangebot zum bestehenden Engagement vieler weiterer Vereine und Firmen sowie den Hilfesystemen der Stadt Leipzig und des Landkreises Leipzig. Der Verein geht derzeit von mehr als 800 Kindern und Jugendlichen aus, die seine Hilfen in Anspruch nehmen können. Sie tragen bereits einen großen Rucksack an Problemen mit sich. Deshalb brauchen sie mehr Unterstützung und die will „Zukunft für Kinder“ ihnen geben.



Wenn Sie sozial vernachlässigten Kindern in Leipzig eine bessere Zukunft ermöglichen möchten, werden Sie Mitglied in unserem Verein. Engagierte Personen und Firmen sind uns jederzeit herzlich willkommen. Über den Mitgliedsbeitrag oder Spenden stellen wir selbstverständlich eine Spendenbescheinigung aus.

Kontaktieren Sie uns! Wir freuen uns!

Zukunft für Kinder e.V.
Katharinenstraße 6
04109 Leipzig

E-Mail:
info@zukunft-fuer-kinder-leipzig.de

Internet:
zukunft-fuer-kinder-leipzig.de

Möchten Sie spenden?

Unsere Bankverbindung:
Sachsen Bank
IBAN: DE88 6005 0101 0008 0194 02
BIC: SOLADEST 600



Wir wollen Medizin und unsere Erkenntnisse in die ganze Welt versenden!

Interview mit Prof. Stumvoll, Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig

Welche Bedeutung hat die Medizinische Fakultät für die Versorgung der Region?

Unsere primäre Aufgabe besteht darin, den Freistaat mit der nächsten Generation an Ärzten zu versorgen. Die Universitätsmedizin ist daher zuerst Spagat zwischen Lehre und Krankenversorgung, aber natürlich auch mit der medizinischen Forschung, unserer dritten großen Aufgabe. Wir sind gegenüber dem Universitätsklinikum Leipzig, mit dem wir naturgemäß und seit Jahrhunderten eng verzahnt sind, inzwischen der „kleinere“ Partner. Beim UKL werden knapp 350 Mio. Euro Erlöst und bei uns gibt es ca. 60 Mio. vom Freistaat. Dazu kommen ungefähr 50 Mio. Drittmittel. Dieses Verhältnis spiegelt sich natürlich auch bei der Zahl der Beschäftigten und anderen Kenngrößen wider. Dafür können wir stolz auf unsere ca. 3.000 Studenten verweisen.

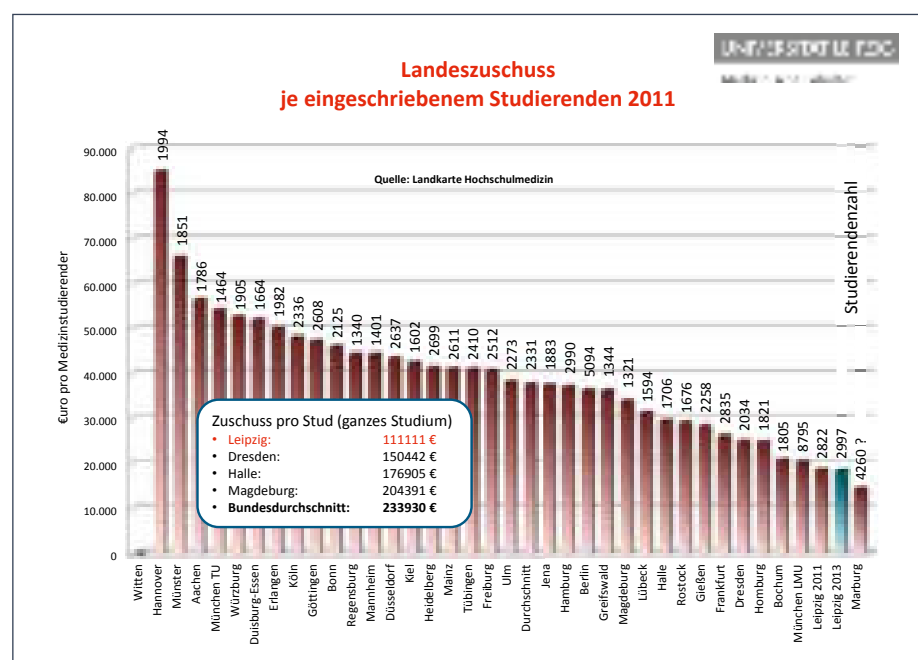
Kürzlich haben wir mit einem Fragebogen, den knapp 300 Studienanfänger ausgefüllt haben, eine Statistik zur aktuellen Einschreibungen erstellt. Unter anderem sieht man daran, dass die Medizin immer weiblicher wird. Auch die Abgänger sind zu ungefähr 70 Prozent weiblich. Für die operativen Fächer, die körperlich belastend sind und traditionell stark männlich waren, stellt das zunehmend ein Problem dar. Da gibt es schon Stimmen, die danach fragen, woher in zehn Jahren die Chirurgen kommen sollen. Auch wenn sich heute noch niemand wirklich mit der Frage beschäftigt, könnte es für die Krankenhäuser bald interessant werden, wie sie ihre chirurgischen Stellen besetzen. Natürlich erwartet die Politik, dass wir mit dem Geld, das wir für die Lehre

bekommen, auch die Region mit Ärzten versorgen. Aber auch hier zeigt die Statistik einige interessante Aspekte. Bilden wir wirklich die Ärzte für unsere Region aus? Tatsächlich kommt nur ein Viertel der gerade eingeschriebenen Studierenden aus Sachsen und weitere 30 Prozent aus den anderen neuen Bundesländern, aber eben auch ein gutes Drittel aus den alten Ländern. Und da können wir uns natürlich nicht sicher sein, wo sich unsere Absolventen nach Ende des Studiums hinbegeben. Und so kann man schon verstehen, wenn die Politik drängt, darauf hinzuwirken, leer stehende Praxen z. B. im ländlichen Grenzland zu Polen oder Tschechien mit ärztlichem Nachwuchs zu füllen. Diese Aufgabe haben wir zahlenmäßig nicht im Griff. Und das, obwohl bei uns weniger als 5 Prozent Studienabbrecher gibt. Und es gibt ein weiteres komplexes Thema: Einmal Arzt, immer Arzt? Nein!

Nicht wenige der Abgänger werden Unternehmensberater, gehen in die Pharmaindustrie, in die biologische Forschung oder auch in die Politik. Das muss man natürlich über das ganze Arzt-Leben betrachten und da sind es doch sehr viele, die dem praktizierenden Arztberuf verloren gehen. Als Ergebnis davon gibt es nicht wenige Krankenhäuser da spricht der Arzt nicht akzentfrei Deutsch, sie kommen aus Polen und Tschechien. Bei uns im UKL ist das weniger der Fall, aber die kleineren Häuser müssen schon über die Grenzen hinweg ihr Personal rekrutieren. Die Stelleninserate-Teil im Ärzteblatt wird auch immer dicker.

Welchen Stellenwert hat Ihre Fakultät für die Ausbildung? Wie stehen Sie finanziell da?

In unserer Fakultät gibt es insgesamt ca. 3.000 Studenten inklusive der Zahnmediziner und der Promovierenden. In diesem



Jahr haben sich in der Humanmedizin 300 Studenten eingeschrieben, so dass wir in Zukunft kontinuierlich bei 2.800 bleiben werden. Damit gehören wir zu den fünf größten Standorten in Deutschland. München und Berlin sind um einiges größer, wir folgen dann in einer Liga mit Hamburg, Göttingen und Heidelberg. In der offiziellen Statistik über die Standortfinanzierung, spricht dem Landeszuschuss pro Student, bilden wir dagegen seit Jahren das Schlusslicht. Sieht man auf die anderen Standorte in Mitteldeutschland, wie Dresden, Halle, Magdeburg oder Jena, dann sieht es da um einiges besser aus, auch wenn sie ebenfalls noch unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In Bonn und Greifswald hat man den gleichen Etat wie wir zur Verfügung – aber für nur 170 Studenten. Dazu kommen an jedem Standort die sogenannten Drittmittel, also Geld aus einer anderen Quelle als dem Freistaat, z.B. von der EU, der DFG oder der Industrie. Ein Maß für Effektivität ist z.B. die die eingeworbenen Euro pro Landeszu-

schuss. Da befand sich die UM Leipzigs im Jahr 2007 an 12. Stelle. 2011 haben wir uns an die Spitze gearbeitet und zu 100 Euro Landesmitteln nochmals 94 Euro Drittmittel generiert. Diese Quote hält sich seither, steigt aber auch nicht über die 100 an. Mehr kann man einfach aus dem Standort nicht herausholen.

Was sind das für Drittmittel, woher kommen sie?

Die Drittmittel verteilen sich etwa hälftig auf öffentliche Mittel und Mittel aus der Industrie. Ziemlich erfolgreich, was die Einwerbung von öffentlichen Mitteln angeht, sind wir beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF). Besser könnten wir sein bei denen der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG), auf deren Förderatlas sind wir als guter aber entwicklungsfähiger Standort dargestellt, obwohl wir in den letzten 10 Jahren die DFG-Förderung vervierfacht haben.

In Deutschland heißt wissenschaftliche Forschung und Entwicklung immer auch

Zusammenarbeit zwischen Universitäten und extrauniversitären Partner wie die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gesellschaft sowie die Leibniz Gemeinschaft und die Max-Planck-Institute. Und auch da fließen Gelder für Projekte.

Zu den edelsten Förderformaten der DFG gehören so genannte Sonderforschungsbereiche (SFB) die zum Beispiel unser Projekt Matrix-Engineering finanziert. Dabei geht es um die extrazelluläre Matrix. Unser Dermatologe und Sprecher des SFBs nennt das immer den „Glibber um die Zellen herum“, der steuert unter anderem wo eine Zelle hin wächst, wie eine Wunde heilt, und wann das Wachstum aufhört. Dieses Thema beforschen unsere Dermatologen zusammen mit Kollegen aus Dresden. Es ist ein reines sächsisches Projekt, von denen ich mir noch mehr wünschen würde. Und es gibt dabei durchaus Anbindungsmöglichkeiten an mittelständische Biotech-Firmen, die beispielsweise zur Entwicklung von Wachstumsgerüsten beitragen könnten,



Das vollintegrierte PET/MRT-Hybridsystem am UKL – ein Meilenstein in der multimodalen bildgebenden Diagnostik, Foto: Stefan Straube / UKL

damit Zellkulturen auch sinnvoll dreidimensional wachsen. So könnte gezielte Matrixmanipulation zu sinnvollem Gewebewachstum beitragen. Wenn Leberzellen in einer Petrischale wachsen, dann wachsen sie als so genannter Monolayer, vorstellbar als einschichtiger Zellrasen. Aber eine Leber ist kein Rasen, den man zusammenklappen kann. Da muss man schon in die dritte Dimension gehen. Und dann besteht die Leber nicht nur aus Leberzellen, da gibt es Stützzellen und da sind Entzündungs- und Abwehrzellen drin. Wie bekomme ich also dieses Gefüge zusammen? Das ist eine unwahrscheinlich spannende Aufgabe, der sich hepato-logische Arbeitsgruppen zuwenden.

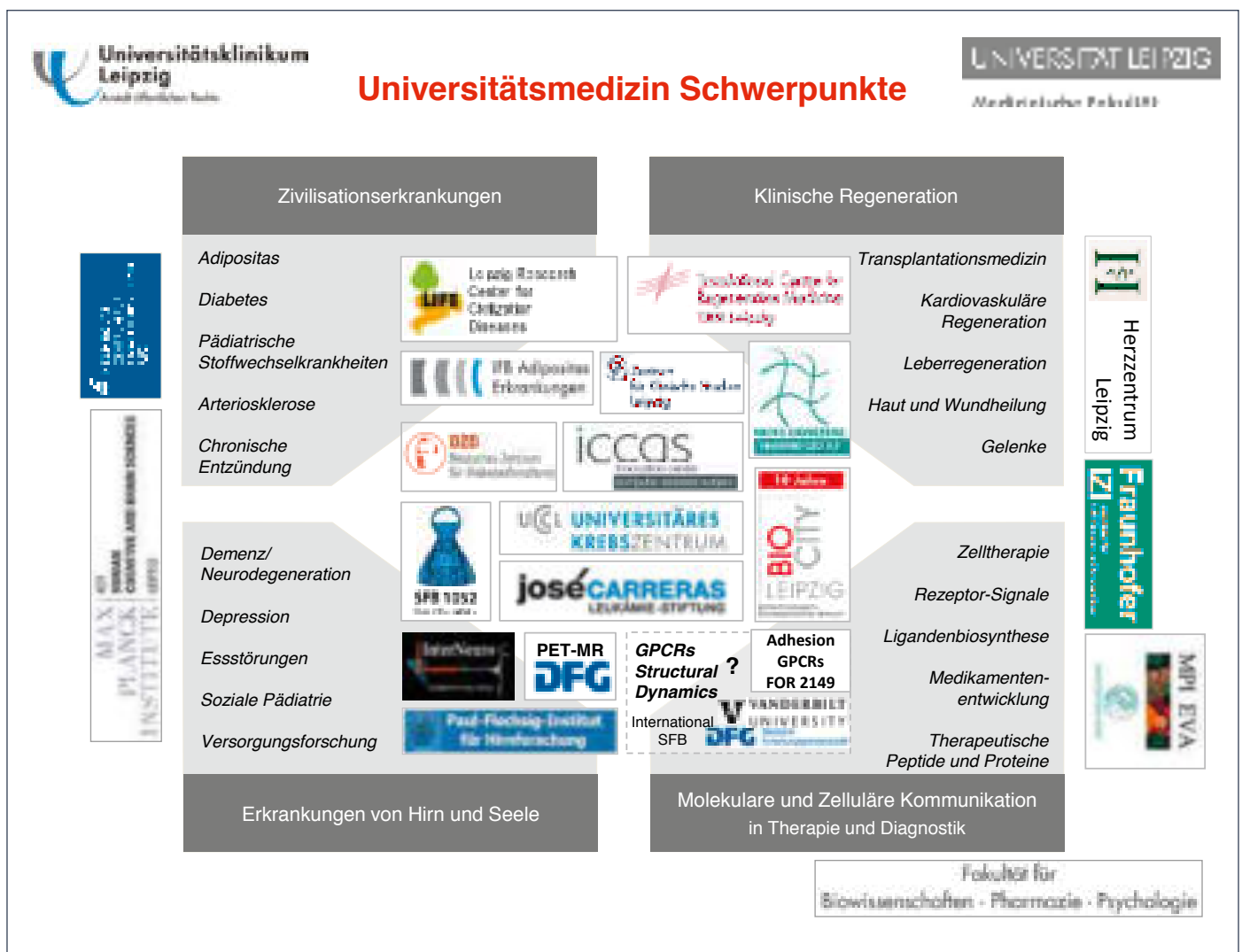
Definieren Sie über diese Projekte auch Ihre Schwerpunkte?

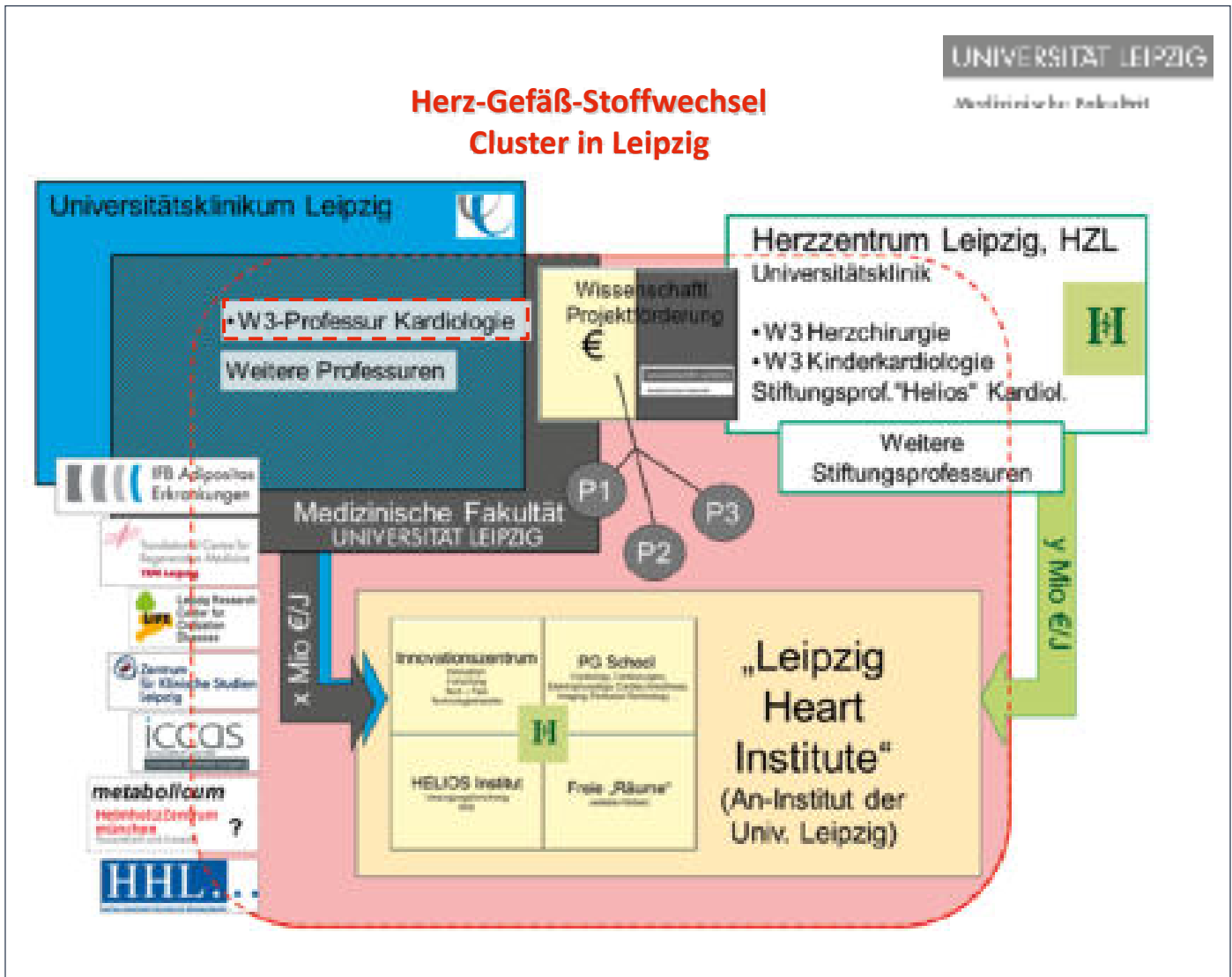
Ja, das könnte man so formulieren. Diesen gerade beschriebenen SFB finden Sie bei den Schwerpunkten unserer Universitätsmedizin unter „Klinischer Regeneration“. Dort sind neben Haut- und Gelenksregeneration, Leberregeneration auch Herz- und Gefäßregene-

ration angesiedelt. Bei den Knorpeln dafür gibt es übrigens eine ähnliche Problematik, bei der Leber beschrieben. Um Gelenksknorpel nachzuzüchten, bedarf es einer dreidimensionalen Platte. Damit hoffen wir, uns dauerhaft auf der Landkarte der Förderprojekte zu etablieren. Daneben haben wir ein großes Forschungsgebiet bei den „Zivilisationskrankheiten“, z.B. Beispiel Adipositas und Diabetes bei Kindern und Erwachsenen, und als drittes Erkrankungen von Hirn und Seele. Dazu kommt als vierter Schwerpunkt, der sehr grundlagenorientiert ist, die „Molekulare und Zelluläre Kommunikation“ – also wie sprechen Zellen und Moleküle miteinander. Diesen Themenkomplex bearbeiten wir gemeinsam mit unserer Schwesterfakultät für Biowissenschaft, Pharmazie, Psychologie (BioPhaPs). Mit ihr sind wir auf vielen Gebieten verschränkt, aber hier am Stärksten. In diesem Schwerpunkt geht es mit vielen DFG-Mitteln um die Entdeckung möglicher „drug target“ also Zielstrukturen wir Rezeptoren, an denen Medikamente der Zukunft ansetzen können.

In der Herz- und Gefäßregeneration verstärkt uns natürlich Herzzentrum Leipzig, das mit Helios ein privater Krankenträger dabei ist. Ob man die Herzfächer in Sachsen unbedingt aus den öffentlichen Universitätsklinik hat herauslösen und privatisieren müssen, sei mal dahin gestellt, aber erstmal ist das der aktuelle Stand. Und das Herzzentrum Leipzig hat sowohl in der Krankenversorgung als auch in der Forschung Weltrang und wir sind alle gut beraten, gegenseitig unsere Stärken zu nutzen und den international sichtbaren Herz-, Stoffwechsel- und Gefäß weiter auszubauen. Als Fakultät sind wir sehr stolz auf unsere weit sichtbare Herz-, Stoffwechsel- und Gefäßmedizin, um die man uns im ganzen Land beneidet.

Erwähnt sei ihm Zusammenhang mit nationaler bzw. internationaler Aufmerksamkeit eine ganz starke Gruppe unserer Kollegen, die in der so genannten interventionellen Angiologie tätig sind. Im Gegensatz zur Chirurgie gehen diese Internisten bei einem Eingriff durch die Leiste in nahezu alle Gefäße des Körpers, um gezielt etwas zu reparieren





oder Ersatzmaterial einzubauen bis hin zu Gefäßprothesen oder Stents. Oder sie entfernen Thromben und Plaques. Die Kollegen in dieser Abteilung haben Weltrang und veranstalten jedes Jahr einen internationalen Kongress mit über 4000 Teilnehmern aus aller Welt, wo die neuesten Techniken auch live im Hörsaal im CCL am großen Bildschirm demonstriert werden.

Das sind dann auch Alleinstellungsmerkmale unsers Standorts. Das integrierte Forschungs- und Behandlungszentrum Adipositas (IFB), das wir in Leipzig aufbauen konnten, ist ein weiteres. Das hat aus der gleichen Förderlinie kein anderer in Deutschland bekommen. Oder das PET-MRT unserer Nuklearmediziner, einer besonderen Bildgebungstechnologie, die gleichzeitig die Vorteile von tracersmarkierter PET-Bildgebung und Kernspintomografie nutzt. Davon hat die DFG fünf ausgelobt, und wir haben eines bekommen – unter 35 Medizinfakultäten. Das schlägt sich alles in den Statistiken und

der Reputation für den Standort nieder, wenn man so ein großes Projekt gefördert bekommt. Auf die Art erreicht Leipzig eine Aufmerksamkeit, durch die es auch zu Firmenansiedlungen kommt. Wie es letztens mit einem Tochterunternehmen von Novartis gelungen im Bereich Immunonkologie gelungen ist – befördert durch unseren Hämatonkologen und das Fraunhofer Institut für zelluläre und Immuntherapien.

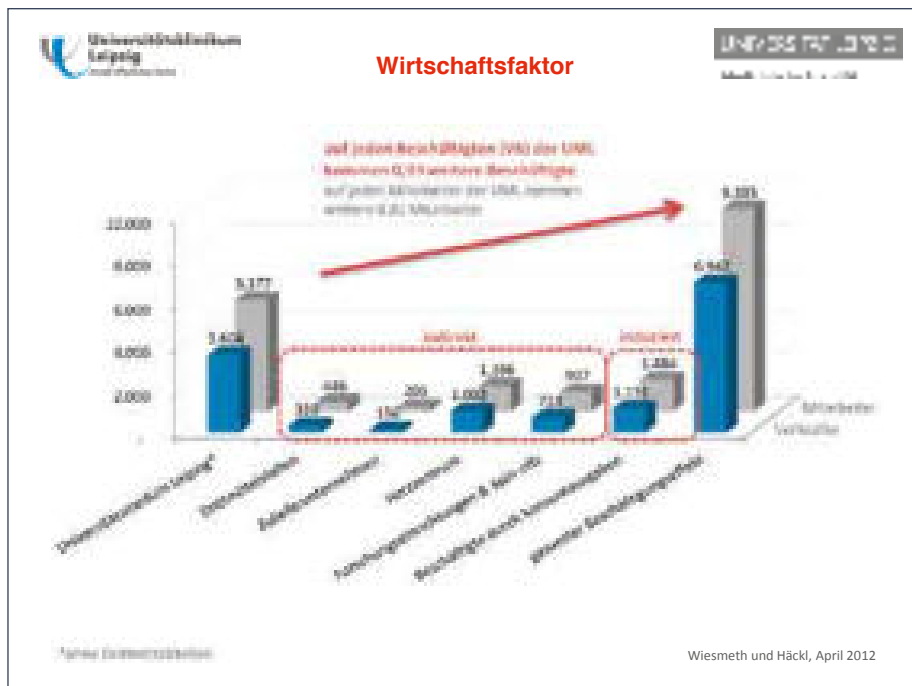
Ist die Förderung kontinuierlich?

Nein, automatisch wird nichts verlängert, solche Förderungen sind immer befristet. Wir müssen uns da bei Zeiten um Anschlussfinanzierung kümmern. Beispielsweise betreibt die Helmholtz Gesellschaft dezentral aufgestellte Gesundheitszentren. Diese haben Außenstellen mit unterschiedlichsten Förderformaten bis hin zu Instituten. Das Krebsforschungsinstitut in Heidelberg ist das berühmteste davon. Für uns ist u. a. das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung interessant, da wollen wir perspektivisch eine Außenstelle

werden. da könnten wir z. B. das Adipositaszentrum über die Verwandtschaft Adipositas Diabetis teilweise ablösen. Das Forschungszentrum LIFE ist teilweise in ein anderes Gesundheitszentrum übergegangen, der so genannten Nationalen Kohorte. Auch ein Helmholtzprojekt, das über zehn Jahre Daten von hunderttausend Deutschen einsammelt und sie nach allen Regeln der Kunst vermessen soll – also eine große epidemiologische Studie. Helmholtz-Förderungen haben immer ein richtig großes Volumen, im Gegensatz dazu sind die der DFG kleinvolumiger und dafür hochspezifisch am Projekt. Die Gesundheitszentren sind sozusagen bei uns wie der Elektronenbeschleuniger der Physiker.

TRM und IZI sind zwei weitere wichtige Themen für Sie?

Das Translationszentrum für Regenerative Medizin (TRM) wird komplett neu ausgerichtet. Bei diesem Themenkomplex der Herz-, Haut- und Leberregeneration wäre es schon mein Wunsch,



dass sich da Ausgründung realisieren ließe bzw. eine mittelgroße Firma am Standort investiert oder auch am Campus ein kooperatives Projekt betreibt. Das TRM ist ein Gebilde, das angelegt war Ausgründungen und Translation in die Praxis zu befördern. Es wurde jetzt acht Jahre vom Bund gefördert, die jetzt in andere Formen übergeht.

Das Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie (IZI), mit Sitz in unserer Nähe am Deutschen Platz, ist ein weiterer Partner. Wie erwähnt hat die schweizer Firma Novartis auf Vermittlung durch unseren Hämatonkologen entschieden zuerst im IZI und später außerhalb davon in Leipzig eine selbstständige Produktionsstätte für Zelltherapie einzurichten. Da werden perspektivisch Lymphozyten, das sind Abwehrzellen im Blut, von krebserkrankten Patienten abgenommen, ins Labor gesteckt, umprogrammiert und genetisch so manipuliert, dass sie den Tumor im Patienten bekämpfen. Nach der Manipulation gehen sie sieben Tage in eine Art Brutofen, in dem sie vermehrt werden. Danach bekommt sie der Patient zurückgespritzt. Damit hat man spektakuläre Erfolge in der Leukämiebehandlung. Die Idee ist aber, dieses Verfahren auf andere Krebsarten auszuweiten. Das wird sicher nicht überall funktionieren, aber beim schwarzen Hautkrebs könnte es auch klappen. Dies ist letztlich entstanden aus der günstigen Verbindung von Hämatologie, Immunologie der Universität, Carerras-Stiftung und Fraunhofer, die mit viel – auch sächsischem – Geld das IZI auf die Beine gestellt hat. So entsteht

am IZI ein besonderes Zellkulturlabor als Prototyp, das perspektivisch in eine industrielle Größenordnung übergeht, wenn alles klappt. Dann kann man irgendwann statt zwei hundert Patienten pro Woche versorgen – und dann auch über DHL diese Zellen nach ganz Europa fliegen lassen. Der Herstellungsprozess wird sehr aufwendig, inklusive Mitarbeiter und Reinraumtechnik, die es gilt dafür zu bekommen. Es ist ein mittelgroßer industrieller Ansatz und er ist leistbar, denn Big Pharma hat sein Geld drin.

Solche Aktivitäten gilt es in das nächste Jahrzehnt zu befördern. Dafür bedarf es auch entsprechender Firmenkontakte. Wir sind nicht der Nabel der Welt, aber durch das Projekt ein brauchbarer Partner des großen Pharmaplayers Novartis geworden und in der Zukunft hoffentlich mächtig sichtbar. Das müssen wir auch nutzen, um daneben noch weitere Unternehmen mit dieser Ausrichtung anzusiedeln.

Welche Art der Zusammenarbeit gibt es mit kleinen und großen Unternehmen?

Die Zusammenarbeit ist vielfältig und beginnt bei den Ausgründungen aus der Universität heraus. Aber es ist ein schwieriger Schritt, aus einem akademischen Labor ein bio-medizinisches Unternehmen zu entwickeln. Bei einem durchschlagenden neuen Produkt, das aus solchen Unternehmen kommt, fehlt denen die notwendige Kapazität, um es an den Kliniken zu testen und einzuführen. Das landet dann schnell bei den Big Pharma. Aber das ist vielleicht gut so,

haben diese großen Unternehmen doch die entsprechenden Ressourcen. Das ist bei diagnostischen Verfahren anders. Ebenso bei meinem Beispiel mit dem dreidimensionalen Wachstum von Leber und Knorpeln. Das können mittelständische Unternehmen leisten. Auch im Bereich der Ingenieur- und Materialwissenschaften, z. B. bei der Herstellung von Gelenken, Stents, Herzklappen oder auch Fixateur Systeme in der Orthopädie. Da sind auch die Zulassungsbedingungen nicht so streng wie bei Arzneimitteln. Das kann von der Universitätsmedizin gemeinsam mit Unternehmen entwickelt werden.

Die Randbedingungen in Sachsen und Leipzig sind dafür super. Es ist einer der entscheidenden Punkte, für diese Player aus der Schweiz – hier auch aus den USA – dass der Umgang mit der Landespolitik so geschmeidig lief. Sie fanden die Art so gut, dass sie sich in einem europäischen Standortwettbewerb für Leipzig entschieden haben. Da hilft natürlich das DHL-Drehkreuz, wo man dann die Zellen in einem Styropor-Karton mit etwas Trockeneis überall hin versenden kann.

Das erwähnte PET-MRT spielt zunehmend auch eine Rolle im interdisziplinären Centrum für computer-assistierte Chirurgie (ICCAS), das 2005 gegründet wurde und in dem Chirurgie, Informatik und Medizintechnik verknüpft sind. Es ist ein sehr technologie- und anwendungsnahes Zentrum. Es ist es uns kürzlich gelungen einen Kollegen aus Dundee zu berufen. Neben der Forschung für den OP der Zukunft soll auch die Technologie des fokussierten Ultraschalls ausgebaut werden. Dazu braucht man das PET-MRT. Man will aus mehreren Quellen einen fokussierten Ultraschall auf einen Tumor geben und dabei vermeiden, dass es in der gesunden Umgebung zu heiß wird. Mit dem PET-MRT kann die Temperatur so gemessen werden dass man den Ultraschall perfekt steuern kann. Sicher ist es noch ein weiter Weg, aber vielleicht kann der Ultraschall bei manchen Tumoren das Skalpell ersetzen. Ob die kritische Masse in Leipzig ausreicht, um es weiter zu entwickeln, ist noch nicht klar, aber es werden Gespräche mit Fraunhofer Instituten sowie der Max-Planck-Gesellschaft diesbezüglich geführt.

Wir können nicht überall Exzellenzzentrum sein. Aber unsere Schwerpunkte können wir richtig stark bearbeiten und alle konnte ich in der kurze der Interviewzeit gar nicht nennen.

Interview: H. Schmahl

Gesunde Unternehmen im Handwerk

von Sabine Krüpe M.A.

Steigende Arbeitsunfähigkeitstage, der wachsende Fachkräftemangel sowie erhöhte körperliche und seelische Belastungen begleiten die Handwerksbranche seit Jahren. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ihrer Mitarbeiter angewiesen. Krankheits- bzw. unfallbedingte Arbeitsausfälle stellen die Arbeitgeber vor ein großes Problem. Neben dem Produktionsausfall sind damit auch hohe Kosten sowie Zeitstress verbunden, das Produkt bzw. die Baustelle fertig zu bekommen. Aus diesem Grund gilt es, Handwerker durch gesundheitsfördernde Maßnahmen dort zu unterstützen, wo sie die meiste Zeit des Tages verbringen und der Bedarf am größten ist: im Betrieb.



von links: Matthias Nemcek, Masterstudent Universität Leipzig, Dr. Klaus Weiß, RiBe-INSTITUT GmbH/ Universität Heidelberg, Sarah Fiss, Masterstudentin Universität Leipzig, Christian Likos, Handwerkskammer zu Leipzig, Christiane Hoffmann, Handwerkskammer zu Leipzig, Frank Basten, FREIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, Madlen Rentsch, IKK classic, Ronald Oelsner, IKK classic

Betriebsbefragung

Im Rahmen eines Pilotprojektes „Gesunde Unternehmen im Handwerk“ wurden Interviews von Studenten der Uni Leipzig in verschiedenen Handwerksbetrieben durchgeführt. Ziel war es, die aktuelle Situation und den Bedarf in den Betrieben zum Thema Gesundheit zu ermitteln sowie Hindernisse und Möglichkeiten zur Umsetzung von betrieblichen Gesundheitsmaßnahmen zu erfassen. Die fachliche Begleitung und Koordination sowie die Auswertung der Ergebnisse erfolgte durch das RiBe-Institut Heidelberg und die FREIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG Frank Basten Leipzig. Unterstützt wurde das Projekt von der Handwerkskammer zu Leipzig und der IKK classic in Sachsen. „Die Handwerkskammer zu Leipzig hat

sich an dem Pilotprojekt beteiligt, um einerseits die Unternehmer für dieses Thema zu sensibilisieren und andererseits, gemessen am Bedarf der Gesundheitsmaßnahmen, ihre Angebotspalette zielgerichtet zu optimieren“, so Christian Likos, Leiter Kommunale Wirtschaftsförderung der Handwerkskammer zu Leipzig.

Geänderte Arbeitsbedingungen und ständig steigende Anforderungen an Flexibilität, Geschwindigkeit und Qualität sind nicht nur für große Konzerne eine Herausforderung, sondern machen auch vor kleineren Unternehmen und Handwerksbetrieben nicht halt.

Die Konsequenz ist, dass sich zunehmend mehr Handwerksunternehmen dem Thema Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter stellen müssen,

auch infolge des demographischen Wandels. Deshalb sollten Arbeitgeber die Arbeitsfähigkeit ihrer Mitarbeiter durch gesundheitsfördernde Maßnahmen unterstützen, um so den Krankenstand niedrig zu halten und steigende Kosten zu verhindern.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

„Wird darüber hinaus in ein betriebliches Gesundheitsmanagement investiert, kann noch mehr erreicht werden: Die Schaffung von gesunden Arbeitsbedingungen und die Verbesserung des Betriebsklimas führen nicht nur zur Senkung des Krankenstandes und Steigerung der Leistungsfähigkeit sowie Gesunderhaltung bis zur Rente, sondern erhöhen zudem die Attraktivität und das Image des Betriebes,

was auch ein entscheidender Wettbewerbsvorteil zur Gewinnung potentieller Fach- und Nachwuchskräfte sein kann“, so Dr. Klaus Weiß vom RiBe-Institut.

Betriebliches Gesundheitsmanagement bringt eine Vielzahl an Vorteilen mit sich,

- Steigerung und langfristige Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Produktivität
- Verbesserung der Motivation und Zufriedenheit durch das Gefühl der Wertschätzung
- Stärkung der Identifikation und Verbundenheit mit dem Unternehmen
- Senkung der Krankentage und Arbeitsunfähigkeitszeit sowie der damit verbundenen Kosten
- Förderung des guten Rufs der Firma und des Gewinns neuer Mitarbeiter

Steuervorteile

Eine Investition in die Mitarbeiter ist also eine Investition in die Zukunft und bringt zudem steuerliche Vorteile. Maßnahmen wie beispielsweise Bewegungsprogramme, Ernährungs-, Entspannungsangebote und Suchtprävention können bis zu einem Betrag von € 500 pro Mitarbeiter und Jahr lohnsteuerfrei abgesetzt werden.

„Als größter gesetzlicher Krankenversicherer des Handwerks begleitet die IKK classic viele Unternehmen bei ihrer betrieblichen Gesundheitsförderung. Das Projekt haben wir unterstützt, weil es Fragen nachgeht, die sich uns täglich stellen: Wie können wir Firmen für betriebliches Gesundheitsmanagement gewinnen? Wo sind organisatorische Probleme, aber auch Motivationsdefizite? – Wir werden uns sehr ausführlich mit den Ergebnissen befassen, um unsere Angebote für das Handwerk noch passfähiger und für die Unternehmen praktikabler zu machen“, kommentiert Sven Hutt, Landesgeschäftsführer der IKK classic in Sachsen, die Teilnahme am Pilotprojekt.

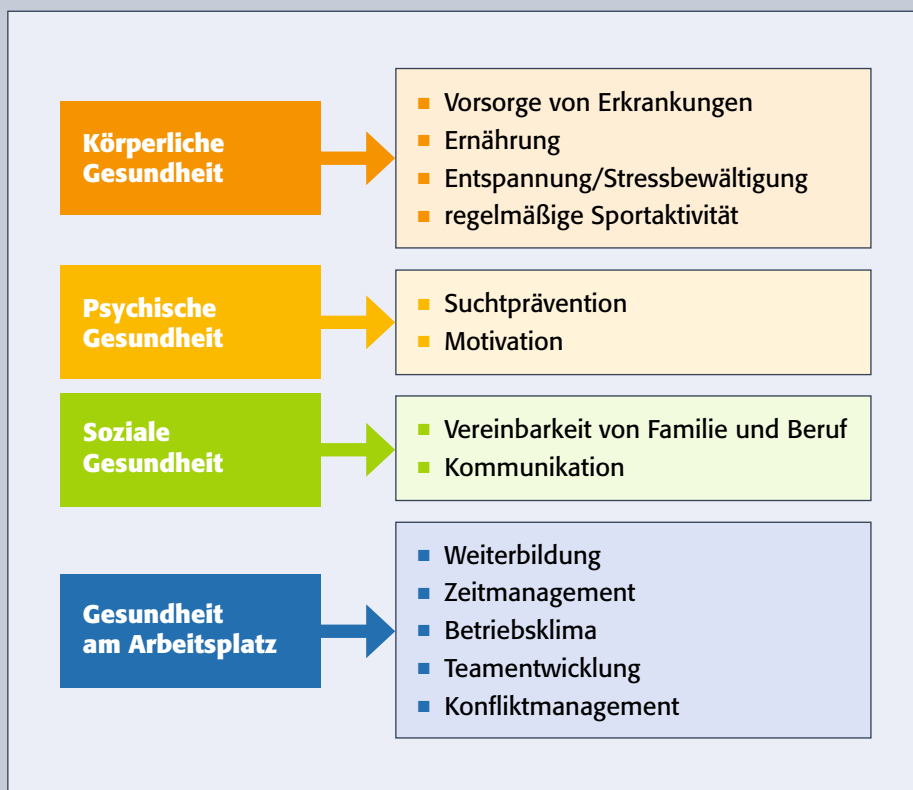
Insgesamt wurden 125 Handwerksunternehmen kontaktiert, wovon sich nur 25 Betriebe für ein Interview bereit erklärten. Befragt wurden Tischler, Zimmerer, Elektroinstallateure, Dachdecker, Metallbauer, Betonbauer, Klempner und Friseure. Der Krankenstand wird als relativ unproblematisch angesehen. Dennoch wirken sich Arbeitsausfälle durch Krankheitstage besonders stark bei kleinen und mittleren Unternehmen aus. Die Förderung der Ressourcen gewinnt aufgrund der spezifischen Anforderungen im Handwerk (hohe körperliche Belastung, kräfte raubende Aufgaben etc.) zunehmend an Bedeutung. Besonders Stress, Termindruck, hohe Konzentration, Lärm, Wetter und Staub sowie die körperlichen Beanspruchung durch schweres Heben und Tragen sowie Steigen und Klettern mit Materialien geben die Gesprächspartner als wesentliche Belastungskriterien an.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Fast alle Unternehmen sehen einen derzeitigen oder zukünftigen Bedarf an gesundheitsfördernden Maßnahmen in ihrer Firma.

- Die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten wird von den Unternehmern als sehr wichtig eingeschätzt.
- Die Differenziertheit im Handwerk (z.B. Baustellen) erfordert kreative Lösungen in der Organisation geeigneter Angebote.
- Zeitliche Ressourcen und Ideen, geeignete Angebote für die Mitarbeiter anzubieten sind noch zu selten vertreten. Die angegebenen Zeitfenster für mögliche Aktionen sind sehr unterschiedlich und bedürfen eines individuellen Lösungsansatzes. Dennoch sehen nahezu alle Teilnehmer die Möglichkeit, Angebote im wöchentlichen, monatlichen oder vierteljährlichen Rhythmus wahrzunehmen. Mehr als die Hälfte der befragten Geschäftsführer können sich vorstellen, Maßnahmen auch in die Arbeitszeit zu integrieren.
- Der Großteil der Unternehmen ist bereit, finanziell in die eigene Gesundheit sowie die der Mitarbeiter zu investieren.
- Kooperationen mit Dienstleistern auf regionaler Ebene sind generell erwünscht. Eine Zusammenarbeit von Handwerksbetrieben wird teilweise schon gelebt, ist jedoch eine für die Zukunft stärker einzubindende Ressource im Themenfeld Gesundheit.
- Einig waren sich die Interviewpartner darüber, dass die Eigenverantwortung der Beschäftigten für die Gesundheit und Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit in hohem Maße noch gefördert werden muss. Eine aktive Einbeziehung der Mitarbeiter in die Umsetzung von Gesundheitsmaßnahmen kann positiv dazu beitragen.

Kernaussagen zum Thema Gesundheit:



„Betriebliches Gesundheitsmanagement beginnt bei der Geschäftsleitung und zeigt sich durch eine gesunde Führung, durch die Einbindung der gesamten Belegschaft und muss sich im Unternehmensleitbild wiederfinden“, resümiert Frank Basten, FREIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG.

Bleibt zu hoffen, dass in kleinen und mittleren Unternehmen mehr Wert auf die Gesunderhaltung aller Akteure im Unternehmen gelegt wird und präventive Maßnahmen rechtzeitig umgesetzt werden.



vollack



Voller Perspektiven.

Raum für Zukunft: Mit 150 Architekten und Ingenieuren im Unternehmen ist Vollack nationaler und internationaler Spezialist für Gewerbe- und Industriegebäude. Wir entwickeln, planen und realisieren intelligente Arbeitswelten mit Profil. Kundenindividuell und prozessorientiert. Wir denken heute schon an morgen. Sie auch? Dann sollten wir uns kennenlernen.

Vollack GmbH & Co. KG | Milanstraße 1a | 04435 Schkeuditz | Fon +49 34207 7990
www.vollack.de

Alles zu seiner Zeit

Für jeden die passende Altersvorsorge

Die staatliche Renten wird künftig niedriger ausfallen, wodurch der privaten Vorsorge eine größere Bedeutung zukommt. Wer im Alter gut leben will, sollte frühzeitig beginnen zu sparen. Doch selbst im fortgeschrittenen Alter ist es noch nicht zu spät, um die gesetzliche Rente aufzubessern. Wir zeigen Ihnen, welche Möglichkeiten es gibt.

20- bis 35-Jährige

Fallen wir gleich mit der Tür ins Haus: Der private Vorsorgebedarf steigt. Denn das seit dem 1. Juli wirksame Rentenpaket sorgt zwar bei vielen älteren Leistungsempfängern für Verbesserungen, zur Finanzierung ist aber mit höheren Beiträgen bei der Rentenversicherung und niedrigeren Rentensteigerungen in der Zukunft zu rechnen. Das betrifft vor allem die jüngere Generation. Laut Deutscher Rentenversicherung ist zudem in Zukunft mit einer steigenden Besteuerung der gesetzlichen Rente zu rechnen. Es zeichnet sich also ganz deutlich ab, dass die gesetzliche Rente mit privaten Leistungen aufgestockt werden muss. Aber was kann man tun, wenn man finanziell noch nicht auf Rosen gebettet ist? Generell gilt: Ein frühzeitiger Sparbe-

ginn sowie eine höhere Rendite reduzieren den monatlichen Betrag, der für das Erreichen der Ziele benötigt wird.

Welchen Einfluss insbesondere eine höhere Rendite auf die monatliche Sparleistung hat, zeigt das folgende Rechenbeispiel: Um in 30 Jahren eine monatliche Zusatzrente von 500 Euro zu haben sind bei 0 Prozent p. a. regelmäßige Sparbeträge von monatlich 231 Euro, bei 2 Prozent p. a. 169 Euro und bei 6 Prozent p. a. nur 59 Euro erforderlich.* Da junge Menschen zwischen 20 und 35 Jahren noch viele Jahrzehnte vor sich haben, um für das Alter zu sparen, entwickeln sich auch geringe Sparbeiträge im Laufe der Jahre zu einem finanziellen Polster. Um nicht Gefahr zu laufen, dieses Geld für andere Dinge auszugeben, hilft ein Trick: Jeden Monat sollte ein fester Betrag vom Konto abgebucht werden, der beispielsweise direkt in einen Fondssparplan fließt.

Neben der privaten Zusatzvorsorge sind in diesem Lebensabschnitt zwei andere Aspekte von Bedeutung: Zum einen sollte das eigene Einkommen über eine Berufsunfähigkeitsversicherung abgesichert, zum anderen die staatliche Förderung zur Altersvorsorge genutzt werden. Dabei bietet insbesondere das Riester-Fondssparen gute Renditechancen. Zusätzlich gibt es, wie bei allen Riester-Verträgen, eine Garantie auf das eingezahlte Kapital plus Zulagen zum Rentenbeginn. Wenn jedoch vor Beginn der Auszahlungsphase über das Guthaben verfügt wird, besteht

diese Garantie nicht. Dadurch kann es zu Verlusten kommen. Wenn diese Tipps befolgt werden, können sich auch Jüngere ein wirksames Rentenpaket zusammenstellen.

35- bis 50-Jährige

Die Weichen in Sachen Karriere und Familie werden in vielen Fällen zwischen 35 und 50 Jahren neu gestellt, da die Mehrheit sowohl den Job als auch die ersten Windeln bereits gewechselt hat. Diese veränderten Lebensbedingungen sollten sich im Konzept zur Altersvorsorge wiederfinden. Dabei gilt nach wie vor, dass sich der Zinseszinsseffekt umso stärker auswirkt, je früher man mit dem Sparen beginnt.

Dazu ein Beispiel, das zeigt, wie stark die monatliche Sparrate bei gleichem Anlageziel variiert: Nehmen wir an, ein 47-jähriger Mann und seine zehn Jahre jüngere Schwester wollen bis 67 jeweils ein Vermögen von 100.000 Euro ansparen. In diesem Fall muss er bei einem Zinssatz von vier Prozent jeden Monat fast die doppelte monatliche Rate im Vergleich zu seiner Schwester aufbringen, um dies bei sonst gleichen Bedingungen zu erreichen.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, wie viel Geld monatlich in die Vorsorge fließen soll. Eine bewährte Faustregel: Fünf Prozent des Bruttoeinkommens sollten für die Altersvorsorge zurückgelegt werden, weitere fünf Prozent für andere langfristige Sparziele. Dabei kann es sich beispielsweise um einen Fondssparplan für die Ausbildung der Kinder handeln oder um einen Bausparvertrag für Modernisierungsarbei-



* Die angegebenen Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung. Die Verwendung dieser Werte soll lediglich dazu dienen, den Renditeeffekt zu verdeutlichen.

ten an der gekauften Immobilie, die in ein paar Jahren anstehen könnten. Des Weiteren sind staatlich geförderte Produkte wie die Riester-Rente in jedem Alter empfehlenswert, zumal Zulagen bei Riester-Produkten die Finanzen zusätzlich aufpäppeln, wenn Kinder zur Familie gehören.

50plus

Der Ruhestand rückt näher, aber die Leistungsfähigkeit der reiferen Generation ist so hoch wie nie. Beim letzten Marathon in New York City zum Beispiel war jeder fünfte Läufer über 50 Jahre alt. Da diese Generation nicht nur länger gesund und fit bleibt, sondern auch immer älter wird, steigt der Versorgungsbedarf. Daher ist in diesem Lebensabschnitt eine Bestandsaufnahme wichtig, um den Ruhestand genießen und einen

angemessenen Lebensstandard halten zu können.

Der Gesetzgeber hat auf die steigende Vitalität dieser Generation reagiert und eine Heraufsetzung der Altersgrenze bei der Rente von 65 auf 67 Jahre beschlossen. Diese erfolgt schrittweise. Wer bis 1946 geboren wurde, ist von der Gesetzesänderung nicht betroffen und geht mit 65 in Rente. Für die Jahrgänge bis 1964 gibt es eine stufenweise Anhebung in Monaten, für alle danach gilt die Rente mit 67.

Es bleibt also Zeit genug, um mit dem weitverbreiteten Vorurteil „Mit 50 lohnt es sich doch nicht mehr vorzusorgen“ aufzuräumen. Der Zinseszinsseffekt wirkt sich in diesem Alter durch die geringere Anzahl von Jahren bis zum Rentenbeginn zwar nicht mehr so stark aus wie bei einem früheren Start, aber durch ein zumeist höheres Einkommen ist es möglich, mehr Geld – beispielsweise in

einen Fondssparplan – anzulegen und diesen Effekt zumindest teilweise wieder wettzumachen.

Eine Falle lauert jedoch noch. Die Zinsen sind derzeit sehr niedrig und wenn sie noch nicht einmal die Inflationsrate übertreffen, wird das Geld unterm Strich weniger wert sein. Deshalb ist es wichtig auf Anlagen zu setzen, die einen finanziellen Endspurt in den Ruhestand ermöglichen. Dabei ist jedoch die Faustregel zu beachten: Je höher die Renditechancen einer Anlage, desto höher sind auch die damit einhergehenden Risiken.

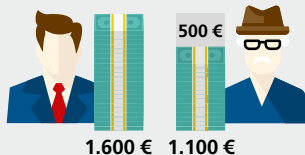
Welchen Einfluss eine höhere Rendite auf den Sparerfolg hat, zeigt das folgende, schematische Rechenbeispiel mit angenommenen Wertentwicklungen: Um in 10 Jahren 10.000 Euro zu haben sind bei 0,5 Prozent p. a. regelmäßige Sparbeträge von insgesamt 9.750 Euro, bei 6 Prozent p. a. nur 7.350 Euro erforderlich.

Finanzwissen – einfach erklärt: Altersvorsorge

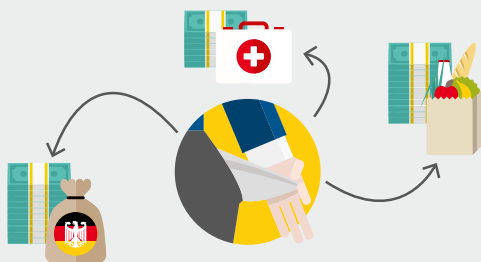
1

Private Altersvorsorge – Warum eigentlich?

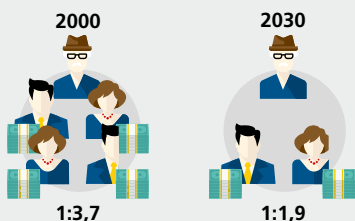
Die Differenz zwischen Arbeitslohn und der späteren Rente wirkt – wie hier im Beispiel – doch gar nicht so hoch.



Dennoch droht im Alter eine Versorgungslücke – Steuern, Beiträge zur Krankenkasse, Inflation etc. schmälern den Wert der Rente weiter, ...



... zudem belastet der demografische Wandel.



Sind Sie ein Altersvorsorge-Experte? Prüfen Sie Ihr Wissen.

- ?** Sie bekommen jährlich eine Renteninformation. Wissen Sie, wie viel von der ausgewiesenen Rente mit 67 tatsächlich übrig bleibt?
- ?** Zwei Sparer wollen fürs Rentenalter die gleiche Vermögenssumme aufbauen – einer beginnt mit 35, einer erst mit 45. Wussten Sie, dass der 45-jährige monatlich eine doppelt so hohe Sparrate benötigt?
- ?** Wussten Sie, dass die gesetzliche Rente nicht automatisch gezahlt wird?

Falls Sie eine der oben genannten Fragen mit Nein beantworten, dann sollten Sie sich mit Ihrer persönlichen Altersvorsorge näher beschäftigen.

2

Private Altersvorsorge – So geht's!

Es gibt drei Schichten der Altersvorsorge. Dabei ist es wichtig, sich nicht nur auf den Staat zu verlassen, sondern frühzeitig für die private Zusatzvorsorge zu sparen. Ziel ist es, ein stabiles Fundament für den Ruhestand zu schaffen.



Sie haben zahlreiche Möglichkeiten, um fürs Alter Geld anzulegen.



Dabei müssen Sie je nach Alter andere Schwerpunkte setzen.



Quelle: DekaBank

Wandel im Förderbedarf

Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt reagieren mit neuen Produkten auf veränderten Förderbedarf

Die 1990 gegründete Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH (BB) und die 1992 ins Leben gerufene Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (MBG) sind öffentlich geförderte Selbsthilfeorganisationen der gewerblichen Wirtschaft für den Mittelstand, wie es sie bereits seit den 50er Jahren in den alten Bundesländern gibt. Sie werden vor allem getragen von den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern in Halle und Magdeburg, von Banken, Versicherungen und Unternehmerverbänden. Bei der MBG ist außerdem noch das Land Sachsen-Anhalt zu rund 16 % beteiligt.

Bürgschaften erleichtern Kreditinstituten die Risikoabsicherung

Durch die Übernahme von Finanzierungsrisiken erleichtern die Organisationen Existenzgründungen ebenso wie die Festigung oder Erweiterung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die BB übernimmt dabei Garantien für Kapitalbeteiligungen – insbesondere solchen der MBG – und verbürgt Kredite sowie Leasingfinanzierungen, wenn Unternehmen gegenüber potentiellen Kredit- oder Leasinggebern keine oder nicht ausreichende bankübliche Sicherheiten vorweisen können. Die Anträge für Bürgschaften laufen meist über die

Hausbank. Mit der Sicherheit einer Ausfallbürgschaft fällt der um Kredit gebeten Bank die Darlehenszusage leichter. Beteiligungen können auch direkt vom Unternehmer bei der MBG beantragt werden. Die Vergabe von Bürgschaften und Garantien erfolgt nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien: Fehlende Sicherheiten können ersetzt werden, mangelnde Rentabilität jedoch nicht. Seit ihrer Gründung haben die BB und die MBG den mittelständischen Unternehmen und Gründern in Sachsen-Anhalt den Zugang zu Krediten und Beteiligungen in einer Gesamthöhe von fast 1,9 Milliarden (Mrd.) Euro ermöglicht. Damit konnten die Unternehmen nahezu 4,7 Mrd. Euro Investitionen im Land umsetzen. Rund 149.000 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen oder gesichert, eingeschlossen gut 4.140 Ausbildungsplätze.

Die BB und die MBG als Selbsthilfeeinrichtungen des Mittelstands werden auch in Zukunft ihren Beitrag leisten, Finanzierungshemmnisse für kleine und mittelständische Unternehmen und Existenzgründer auszugleichen. „Bürgschaften sind ordnungspolitisch unschlagbar und die kostengünstigste Art von Förderung mit zugleich dem größten Hebel“, betont Geschäftsführer Schwab: „Weil Bürgschaften das Eigenkapital der Kreditinstitute schonen, haben sie mit Blick auf die steigenden Regulierungsanforde-

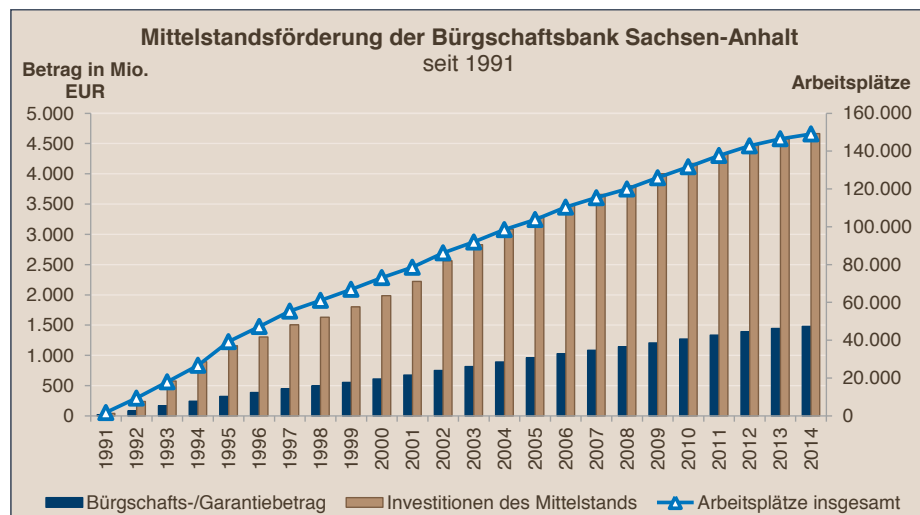
rungen auch immer mehr Bedeutung für Banken und Sparkassen.“

Geschäftsführer Heiko Paelecke ergänzt: „Wir werden auch in diesem Jahr weiter an der Straffung unserer Antragsprozesse arbeiten, um mit unseren Partnern bei den Kreditinstituten die Anträge der Unternehmen unbürokratischer bearbeiten und schneller entscheiden zu können.“

Neue Produkte verbessern Finanzierungszugang

Auf besonders großes Interesse stieß im vergangenen Jahr der Mikromezzaninfonds-Deutschland der Bundesregierung, für den die MBG Partner in Sachsen-Anhalt ist. Er wurde bereits Ende 2013 aufgelegt und im Herbst 2014 nochmals aufgestockt. Der Mikromezzaninfonds ermöglicht kleinteilige Beteiligungen zwischen 10.000 und 50.000 Euro, die gerade von den typisch kleinen sowie jungen Unternehmen hierzulande stark nachgefragt werden. Bis Ende 2014 konnte die MBG 58 Unternehmen und Gründer mit insgesamt 2,5 Millionen Euro Beteiligungskapital unterstützen, im Durchschnitt mit rund 43.000 Euro. Bis Ende Februar 2015 wuchs die Summe weiter auf jetzt mehr als 3,2 Millionen Euro. Damit wurden fast 300 Arbeitsplätze in den geförderten Unternehmen geschaffen oder gesichert. Die größte Nachfrage kommt von Dienstleistern und aus der Gastronomie. In der Zahl der bisher erteilten Genehmigungen für dieses Beteiligungskapital liegt Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich aktuell auf dem vierten Platz.

An eine ähnliche Zielgruppe gerichtet und ganz neu im Portfolio ist eine Express-Bürgschaft: BB EXPRESS. Sie unterstützt Unternehmer, Gründer und Freiberufler bei kurzfristigem Kreditbedarf, zum Beispiel für eine Auftragsvorfinanzierung. „Wir nutzen die digitalen Kommunikationswege, um das Antragsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen“, erklärt Geschäftsführer Heiko Paelecke: „Die Hausbank schickt uns den Online-Antrag zur Prüfung und wir bearbeiten ihn vollelektronisch und mit einem stark standardisierten Verfahren. Damit kön-

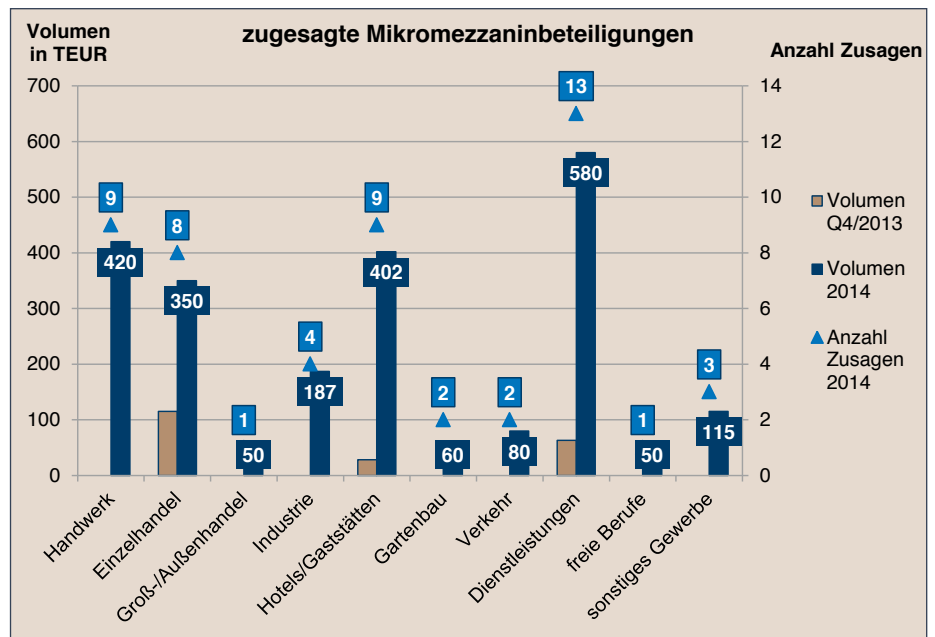


Entwicklung der Bürgschafts-/Garantiebeträge, Investitionen und Arbeitsplätze im Mittelstand seit 1991. Grafiken: Bürgschaftsbank und Mittelsächsische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt

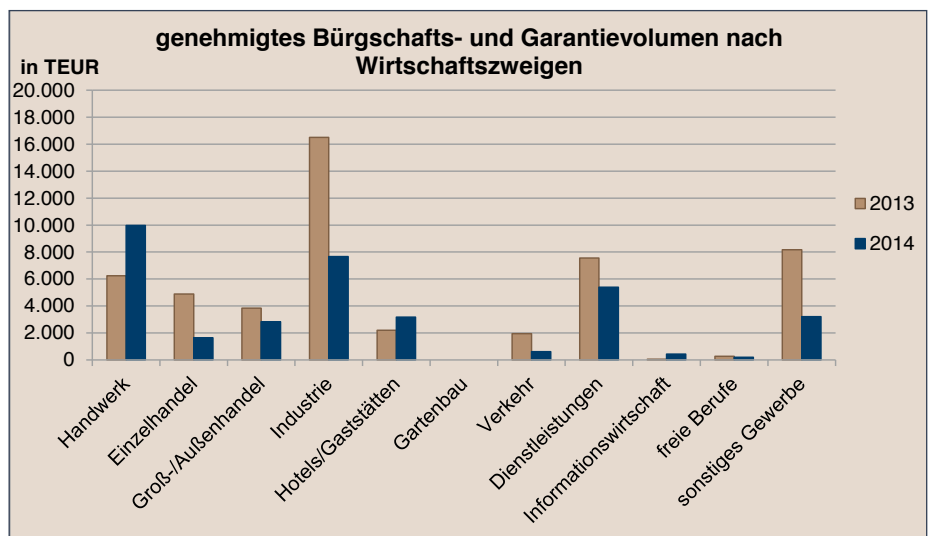
nen wir der jeweiligen Bank oder Sparkasse innerhalb von drei Bankarbeitstagen die Zusage für die gewünschte Ausfallbürgschaft ihres Firmenkunden geben.“ Mit der Express-Bürgschaft besichert die BB Kredite bis maximal 150.000 Euro mit 70 Prozent der Summe. Außerdem startete 2014 ein Bürgschaftsprogramm für Leasinginvestitionen mittelständischer Unternehmen bis maximal eine Million Euro. Geschäftsführer Schwab: „Wir ermöglichen damit vor allem Existenzgründern und jungen Unternehmern den Zugang zu Leasinginvestitionen, für die sie oft nicht die erforderliche Bonität mitbringen. Indem wir 30 oder 60 Prozent des Risikos verbürgen, erhalten die Leasing-Gesellschaften mehr Spielraum für die Refinanzierung solcher Geschäfte.“

Schwache Investitionsneigung verringerte die Nachfrage nach klassischen Beteiligungen und Bürgschaften

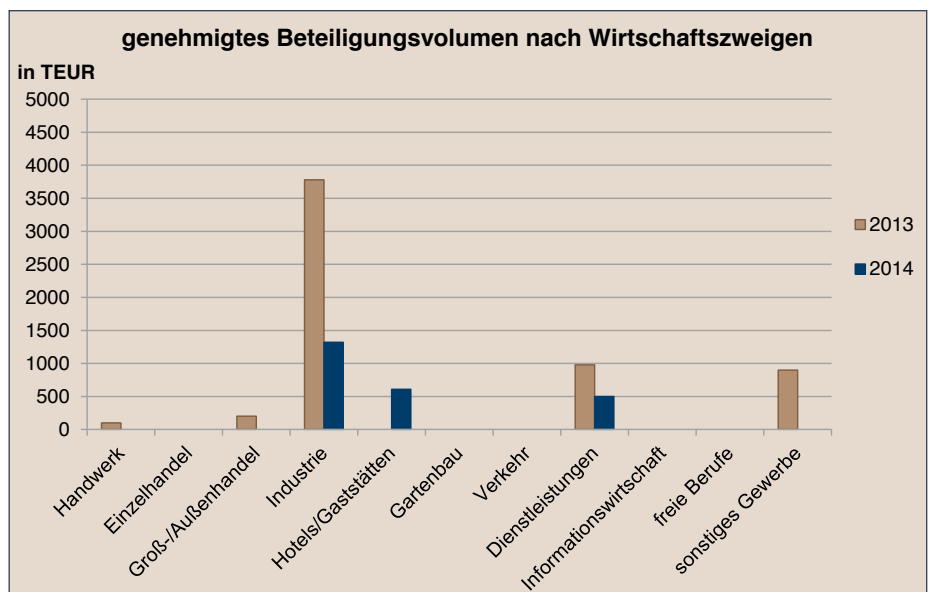
Obwohl die Nachfrage bei den Mikromezzanin- und den kurzfristigen Bürgschaften im vergangenen Jahr deutlich gestiegen ist, verzeichneten MBG und BB insgesamt einen deutlichen Rückgang der Investitionsbereitschaft in den Unternehmen. Trotz äußerst günstiger Konditionen am Kapitalmarkt wurden im Land wie bundesweit weniger Kredite nachgefragt. „Das hatte naturgemäß zur Folge, dass auch die Produkte von Bürgschaftsbank und MBG deutlich weniger genutzt wurden, obwohl die mittelständischen Unternehmen geradezu ein paradiesisches Finanzierungsumfeld aus niedrigen Zinsen und intensivem Wettbewerb unter den Kreditinstituten vorgefunden haben“, erklärt Geschäftsführer Wolf-Dieter Schwab. Die MBG übernahm 2014 in ihrem klassischen Beteiligungsgeschäft (ohne Mikromezzaninfonds) sechs neue Engagements mit insgesamt 2,4 Mio. Euro Beteiligungskapital, im Durchschnitt 405.000 Euro. Im Jahr zuvor waren es 17 Beteiligungen mit zusammen rd. sechs Mio. Euro. Im deutlichen Rückgang des Beteiligungsgeschäfts machte sich auch die gewachsene Eigenkapitalausstattung vieler Unternehmen bemerkbar. Sie finanzierten sich aus eigenen Mitteln. Die BB übernahm bei ebenfalls rückläufiger Antragszahl 165 neue Bürgschaften und Garantien (2013: 215). Das um ein Drittel geringere Bürgschaftsvolumen in Höhe von 44 Mio. Euro (2013: 65) bestätigt die Tendenz zu kleineren Kreditbeträgen. Der Durchschnittsbetrag einer Bürgschaft betrug rd. 213.000 Euro.



Die im Herbst 2013 eingeführten Mikromezzaninbeteiligungen stießen in allen Wirtschaftszweigen auf großen Anklang.



Sowohl Beteiligungs- als auch Bürgschafts- und Garantievolumen waren 2014 in nahezu allen Wirtschaftszweigen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.





*Ein literarisch-musikalischer Liebesausflug in der Marienkirche Dessau; Cornelia Froboess und Sigi Schwab
Foto: Sebastian Gündel*

Wenn der Dichter Wilhelm Müller auf Kurt Weill trifft...

...und in 17 Tagen sich knapp 550 Künstler aus aller Welt in 57 Veranstaltungen an 22 verschiedenen Spielstätten ein Stellchen geben, dann war Kurt Weill Fest in Dessau. In diesem Jahr hieß das Motto, durch das neue Verbindungen zwischen Text und Musik, zwischen Wortkunst und musikalischer Dichtung erschlossen wurden, „Vom Lied zum Song“.

Zu den altbekannten Spielstätten, wie der historische Eichenkranz in Wörlitz, dem Alten Rathauses der Lutherstadt Wittenberg und das Bauhaus in Dessau, gehörten in diesem Jahr auch neue Veranstaltungsorte wie die Moritzburg in Halle (Saale) und das MDR-Landesfunkhaus Sachsen-Anhalt sowie das Theater Magdeburg. Damit gewann das Festival neue Partner und Zuschauer. Den besten Beweis für den Erfolg liefern die ausverkauften Konzerte in den neuen Konzertstätten! Das belegt auch

die Besucherzahl des Festivals, die mit 16.500 den Besucherrekord des letzten Jahres leicht überbot. Auch die musikalische Vielfalt zeigt, dass das Kurt Weill Fest aus den Kinderschuhen gewachsen ist.

Künstler der 23. Ausgabe des Kurt Weill Festes waren Größen der deutschen und internationalen Bühnen wie Ute Lemper, Dieter Meier und Katharina Thalbach, die daneben auch kleineren Konzerten gaben und unvergessliche, magische Momente boten. Mit der Sopranistin Katharina Ruckgaber und dem Bariton Wolfgang Holzmair konnten die Zuschauer das Lied entdecken, begleitet vom Gürzenich Quartett bzw. dem Pianisten Siegfried Mauser.

Für die Songs sorgte der in diesem Jahr besonders umfangreiche Jazz-Anteil des Festivals. Christian Muthspiel, der Virtuose am Loopgerät, interpretierte die

Klangpoesie von Ernst Jandl neu. Sein Bruder, der Gitarrist Wolfgang Muthspiel, präsentierte die Songs von Kurt Weill in seinem eigenen unverwechselbaren Stil. Allein die Programme von Artist-in-Residence Cornelia Froboess mit den Jazz-Koryphäen Deutschlands wie Dieter Ilg, Julia Hülsmann und Sigi Schwab machten Jazz in intimer Atmosphäre im historischen Eichenkranz Wörlitz, im Landesfunkhaus in Magdeburg oder im Bauhaus Dessau erlebbar.

Cornelia Froboess, seit den 1950er Jahren, bekannt von Bühne und Film, schaffte es dem 23. Kurt Weill Fest eine neue Interpretation von Musikfestival zu geben. In ihren Programmen wurde die wichtige und spannende Verbindung von Musik und Text aufgebrochen, neu verbunden und beleuchtet.

Den Auftakt bildete im Eichenkranz „Je weiter meine Stimme dringt“ mit Lie-



Katharina Thalbach in der Marienkirche zu Dessau, Foto: Sebastian Gündel

dem und Briefen von Kurt Weill, Wilhelm Müller, Ernst Krenek und Friedrich Hölderlin. Berührende Momente entstanden, als Cornelia Froboess unter den Klängen des Kontrabassisten Dieter Ilg aus dem Briefwechsel von Lotte Lenya und Kurt Weill vorlas.

Als „Frau Wernicke“ zeigte Cornelia Froboess dem Publikum verstörend und ironisch die Ansichten einer Berliner in zum Nazi-Regime. Das Landesfunkhaus des MDR in Magdeburg als neue Spielstätte des Kurt Weill Fest bildete dafür den perfekten Rahmen. Witzig, spannend und gelöst zeigte sie sich im Duett mit dem Gitarristen Sigi Schwab in der Marienkirche vor einem begeisterten Publikum. Den Schlusspunkt ihrer Residence setzte das Programm „Aus meinen großen Schmerzen mach' ich die kleinen Lieder“ über das Leben und Schaffen des Dichters Heinrich Heine.

Zusätzlich zu ihren Auftritten gewährte Cornelia Froboess Einblicke in ihre eigene Gedankenwelt beim Festivalcafé. Dort erzählte sie von ihrer Sicht auf den Alltag junger Schauspieler, ihrem Werdegang und gewährte weitere Einblicke in ihr Privatleben. Doch nicht nur die Festivalbesucher kamen der Künstlerin im Gespräch näher, auch bestätigte sie, Kurt Weill sowie die Region Dessau-Roßlau beim Festival besser kennen gelernt zu haben und glücklich über die Residence gewesen zu sein.

Zudem engagierte sich auch in diesem Jahr das Festival erneut in der Nachwuchsförderung – gemeinsam mit dem



Letzter Tango in Berlin mit Ute Lepmper Anhaltinischen Theater Dessau Foto: Sebastian Gündel

„Podium Junger Künstler“, präsentiert von der Ostdeutschen Sparkassenstiftung gab es z.B. ein Konzert des Landesjugendjazzorchesters und weiterer junger Solisten.

Und auch im nächsten Jahr heißt es wieder „Herzlich Willkommen zum Kurt Weill Fest“. Dann unter dem Motto „Krenek, Weill & Die Moderne“. Das 24. Kurt Weill Fest präsentiert vom 26. Februar bis 13. März 2016 eine umfassende Kooperation mit dem Ernst Krenek Institut in Krems/ Niederösterreich zum Gedenken des 25. Todestags von Ernst Krenek im internationalen Kontext.

Aribert Reimanns Lieblingslieder im Kunstmuseum Moritzburg; Katharina Ruckgaber Foto: Sebastian Gündel



Zwei Musiker mit Parallelen

Mit Kurt Weill und Ernst Krenek treffen zwei Männer aufeinander, die viele Gemeinsamkeiten verbinden. Beide sind Kinder des Jahres 1900. Beide zog es nach dem Ersten Weltkrieg zum Studium nach Berlin. Beide zählten zu den Shooting-Stars der 1920er Jahre: Kreneks 1927 (in Leipzig) uraufgeführte Oper *Jonny* spielt auf und Weills ein Jahr später folgende Dreigroschenoper waren die erfolgreichsten Musiktheaterstücke der Weimarer Republik. Beide entschieden Mitte der 1920er Jahre, sich aus dem Ghetto der Neuen Musik zu befreien, um sich verstärkt dem Publikum zuzuwenden. Beide standen auf den Schwarzen Listen der Nazis. Beide exilierten in die USA. Beide konnten dort beruflich Fuß fassen: Weill bekanntlich am Broadway, Krenek nicht zuletzt als Universitätslehrer, beispielsweise an der Hamline University von Minnesota. Beide widmeten sich in ihrem Werk immer wieder gesellschaftlichen Fragen, auch während ihrer Exilzeit. Schließlich sehen sich beide Komponisten nach ihrem Tod durch ein eigenes Wissenschaftszentrum geehrt, das ihren künstlerischen Nachlass betreut: durch die Kurt Weill Foundation in New York beziehungsweise durch das an der Donau Universität Krems angesiedelte Ernst Krenek Institut.



Fotos: jenawohnen



„Ratsgespräche zu Jena“ – die Gesprächsplattform für Jena

Die „Ratsgespräche zu Jena“ verstehen sich als Netzwerk für Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur. Als Forum regionaler Kommunikation behandelt die Veranstaltungsreihe Themen, die die Stadt und die Region bewegen, und gibt Impulse für die aktuellen Diskurse und Debatten in Jena.

Zu den Referenten zählen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, aus Wissenschaft, Kunst und Kultur. Führende Akteure aus der Stadt und der Region kommen miteinander ins Gespräch und diskutieren gemeinsam ihre Sichtweise auf die aktuellen Entwicklungen. Veranstalter und Gastgeber der „Ratsgespräche zu Jena“ sind Maria Sharichin und Holger Schmahl, Unternehmer aus Mitteldeutschland, denen das Netzwerk im Blut liegt.

Am 12. Januar 2015 konnten die Gastgeber zu einer doppelten Jubiläumsveranstaltung einladen: 5 Jahre „Ratsgespräche zu Jena“ und gleichzeitig die 20ste Veranstaltung der Reihe. Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter, Schirmherr der Gesprächsreihe, betonte in seinem Eröffnungsvortrag die Bedeutung der Kommunikation innerhalb einer Kommune für eine erfolgreiche Stadtentwicklung und würdigte das Engagement der Veranstalter, das ganz im Sinne der „Villa Rosenthal“ auf den Austausch untereinander setzt.

„Wir haben noch viel vor“, so Sharichin und Schmahl. „Die Themen gehen uns nicht aus und wir sind uns sicher, auch in den nächsten 5 Jahren spannende Gesprächsrunden anbieten zu können. Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich in den letzten 5 Jahren eingebracht haben, ob als Gäste, Referenten oder Partner!“

Zur Jubiläumsveranstaltung wurde ganz besonders den Unterstützern und Partnern der „Ratsgespräche zu Jena“ der vergangenen Jahre gedankt: jenawohnen GmbH, KPMG AG und LBBW Sachsen Bank.

www.ratsgespraeche-jena.de

Villa Rosenthal. Ein Ort mit Geschichte.

1891 ließen sich Eduard und Clara Rosenthal vom berliner Architekturbüro Kayser und von Großheim eine geräumige Villa in der Nähe der damaligen Brauerei an der Kahlaischen Straße erbauen. Das Haus im gründerzeitlichen Stil wurde schnell zu einem kulturellen Treffpunkt in Jena. Auch die parkähnliche und sehr gepflegte Anlage des Gartens lud zum Lustwandeln und zu Gesprächen in entspannter Atmosphäre ein. Aus großer Sympathie vermachte Eduard Rosenthal 1928 die Villa testamentarisch der Stadtgemeinde Jena. Ein lebenslanges Wohnrecht für Clara Rosenthal war darin eingeschlossen. Nach dem Tod von Clara Rosenthal bewohnten u.a. verschiedene Familien das Haus. Vor einigen Jahren wurde die Villa unter Denkmalschutz gestellt. Die Villa Rosenthal wurde von jenawohnen mit großem Aufwand umfangreich saniert und im Herbst 2009 von JenaKultur feierlich eröffnet.

Quelle: www.villa-rosenthal-jena.de





Oliver Fern,
Vorstand der Sachsen Bank

„Als LBBW Sachsen Bank sehen wir uns als Partner der hiesigen Industrie. Dabei sind wir über die Grenzen des Freistaats Sachsen hinaus tätig – so auch in Thüringen, wo wir seit fünf Jahren mit einer Repräsentanz in Erfurt unsere Kunden vor Ort beraten und betreuen. Zu unserem Selbstverständnis gehört es jedoch ebenso, dass wir auch einen aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in der Region leisten. Die Ratsgespräche zu Jena, die wir seit 2011 begleiten, bieten aus unserer Sicht – nicht zuletzt durch ihr besonderes Ambiente - immer wieder ein wunderbares Podium, um Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu aktuellen Themen in den Dialog zu bringen.“



Stefan Wosche-Graf,
Geschäftsführer der jenawohnen GmbH

„Die in Jena fest etablierten Ratsgespräche in der Villa Rosenthal knüpfen an die Tradition des bürgerlichen Salons an. In angenehmer und anregender Atmosphäre werden mit Meinungsführern aus Stadt, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft Themen besprochen, die im Ergebnis nicht ohne Wirkung für diese Stadt bleiben. Besonders schön ist, dass mit den Ratsgesprächen in gewisser Weise eingetreten ist, was sich das Ehepaar Clara und Eduard Rosenthal in ihrem Vermächtnis für die von ihnen errichtete Villa Rosenthal gewünscht hatten: Das Haus für ideelle Zwecke allgemein zugänglich zu machen. Das ist mit dieser Veranstaltungsreihe in bemerkenswerter Art gelungen.“



Burkhard Lauer,
**Niederlassungsleiter KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

„Die Ratsgespräche leisten einen großen Beitrag zu einem offenen und konstruktiven Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Dies ist Grund genug für uns als KPMG, diese Gesprächsreihe zu fördern. Aktuelle Themen werden in einer herausragenden Atmosphäre diskutiert und von den unterschiedlichsten Seiten beleuchtet, so wie wir es als Berater auch tun. Das ist interessant, spannend und lehrreich.“

Vom Reden zum Tun.

Unter dem Motto „Gemeinsam engagiert für Jena“ laden die „Ratsgespräche zu Jena“ gemeinsam mit der Bürgerstiftung Jena am 07. Juli in die Villa Rosenthal ein. In einer moderierten Gesprächsrunde möchte die Bürgerstiftung Jena zusammen mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung über gemeinsames Engagement in Jena diskutieren. Anschließend besteht die Möglichkeit zum Austausch in lockerer Atmosphäre.

Als Zentrum für bürgerschaftliches Engagement fördert, unterstützt und berät die Bürgerstiftung Jena Bürger, Gemeinnützige und Unternehmen um vor Ort gemeinsam zu wirken. Dabei motiviert die Bürgerstiftung alle Akteure des Gemeinwesens mit Zeit und Geld sich langfristig an einer Verbesserung der Lebensqualität in Jena zu beteiligen. Gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft schafft die Bürgerstiftung engagementfreundliche Strukturen und gestaltet in ihren Projekten die Stadt aktiv mit.

www.buergerstiftung-jena.de



Schirmherr der Jenaer Gespräche Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter bei seinem Vortrag zur Jubiläumsveranstaltung, Fotos: „Ratsgespräche zu Jena/Christian Häcker“

Polnische Geschichtstradition und Geschichtsmychen im Wandel



Nahezu alle Länder müssen sich früher oder später mit ihrer Verantwortung für geschichtliche Ereignisse auseinandersetzen. Dies schließt auch die Kollaboration und Mittäterschaft im Zweiten Weltkrieg ein. Was für die Deutschen zu einem Selbstverständnis geworden ist, ist für andere Länder zunächst neu. Ob die Zusammenarbeit der niederländischen Meldebehörden oder die Rolle der Banken in der neutralen Schweiz sind ebenso zu Thema geworden wie die Rolle der katholischen Kirche in der Geschichte oder der USA mit den Ureinwohnern.

Wurden in Polen derartige „kompromittierende“ Ereignisse enthüllt, reagierte die breite Öffentlichkeit geschockt. Das kollektive Selbsteinschätzung vom unschuldigen Opfers in der Geschichte herrschte in Polen vor: Polen sei nur Austragungsort von blutigen und verbrecherischen Aktionen anderer Nationen. Der „Opfer“-Status wurde gerade nach dem 2. Weltkrieg von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen für sich selbst sehr hoch veranschlagt:

sie diene den Kommunisten dazu, um ihre undemokratisch gewonnene Macht zu rechtfertigen, den Antikommunisten als Legitimation zur Verteidigung ihrer Interessen. Eine kritische Auseinandersetzung gab es in Polen nicht. Waren die Polen zu (Mit-)Täter geworden, so gab es keine Opfer mehr, dies den Polen in die Erinnerung zu rufen. Die Juden größtenteils getötet oder außer Landes verwiesen, nationale Minderheiten vertrieben oder öffentlich marginalisiert.

Es gab drei innerpolnische Versuche in der kommunistischen Zeit diese Haltung in Frage zu stellen. Erstens der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder unter der Überschrift „Wir vergeben und gewähren Vergebung“ aus dem Jahre 1966. Die polnische Öffentlichkeit reagierte verwirrt: war ihnen zu einen die systematische Grausamkeit der Vertreibung nicht bekannt, war sie zum anderen der kommunistischen Geschichtspromaganda der „Rückkehr in alten Piastengebiet“ ausgesetzt. Zum weiteren forderte der

Der Polenexperte Lars Bosse war der Sprecher des 5. Ratssalon zu Leipzig am 18. März. Der studierte Osteuropahistoriker und Wirtschaftsgeograph war viele Jahre Geschäftsführer der IHK zu Leipzig für Industrie und Außenwirtschaft, bevor er als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK Polen nach Warschau übersiedelte. Heute lebt Lars Bosse wieder in Leipzig und ist als freier Unternehmer tätig. Schwerpunkte sind privatwirtschaftliche Wirtschaftsförderung, Interimgeschäftsführung, Projekt- und Changemanagement sowie [Online-] Reputationsmanagement. www.LarsBosse.de

Oppositionelle Jan Lipski in einer illegal publizierten Schrift aus dem Jahre 1981 „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen“ die Notwendigkeit der Neubewertung der eigenen Geschichte. Durch die Verhängung des Kriegsrechts wurde



Lebendiger Patriotismus. Beflaggung privater Wohnung anlässlich des Fahnentages am 2. Mai.

die aufgeworfene Frage in den Hintergrund gedrängt. Einen dritten Anlauf gab es 1987 in der Untergrundaussgabe der *Tygodnik Powszechny* von Prof. Jan Btonski. Er schrieb über der Verhältnis der Polen zu den Juden während des 2. Weltkriegs, in dem das Selbstverständnis der „Polen als ausschließliche Zuschauer“ erschütterte. Die politische Wende 1988/89 in Polen verhinderte abermals den Beginn einer breiten Diskussion.

Aber erst nach der Wende wurde der allgemeinen Öffentlichkeit bewusst, dass das polnische Selbstbild als heldenmütige Verteidiger und opferbereite Märtyrer außerhalb des eigenen Kulturkreises so nicht akzeptiert wurde. Einmal war da „plötzlich“ die große Zahl der nach 1945 verbliebener Deutscher, die ein ganz anderes Bild von ihren polnischen Nachbarn gewonnen hatten. Auch die jetzt öffentlich gemachte Zwangsaussiedlung der Ukrainer in der „Aktion Weichsel“ im Jahre 1947 wurde zu einen Element, das dem Selbstverständnis widersprach. Bei einem Staatsbesuch von Präsident Lech Walesa in die Tschechoslowakai kam zwei weitere Kritikpunkte in die polnische Öffentlichkeit: die Besetzung des tschechoslowakischen Gebietes von Teschen/Schle-



Rathaus von Posen, Foto: Julian Nitzsche/ Wikimedia Commons

sien zeitgleich mit dem Einmarsch der Wehrmacht in das Sudetenland und die Unterstützung der polnischen Volksarmee bei der Niederschlagung des Prager Frühlings. Und schließlich betrachteten die Litauer – trotz des polnischen Engagements für ihre Unabhängigkeit – die Zeit des Doppelreiches als „Kolonisation“ und die Besetzung ihrer Hauptstadt Wilna in der Zwischenkriegszeit als Okkupation.

Auf dieser Grundlage musste sich Polen nach 1990 Gedanken über die eigene Geschichte machen. Zahlreiche Publikationen wurden veröffentlicht und machten weitere, dem Selbstbild widersprechende Details bekannt. Besondere

Aufmerksamkeit erfuhren die Informationen über die Nutzung auf die KZ-Infrastruktur für die deutschen und ukrainischen Zwangsaussiedler oder die Progrene von 1946 in der Nähe von Bromberg gegenüber Deutschen und in Kielce am 4. Juli 1946 gegenüber jüdischen KZ-Heimkehrern.

Die große öffentliche Diskussion begann aber erst mit der Veröffentlichung des Buches „Nachbarn“ des polnisch-amerikanischen Historikers Jan Tomasz Gross über die Rekonstruktion der Vorfälle vom 10. Juli 1941 in Ortschaft Jedwabne. Die Umstände weisen nach Gross detaillierten Recherchen auf ein Vergeltungsbedürfnis der Polen hin.



Verklärung der Vergangenheit: Die „gute alte Zeit“ wird heute fast nur noch in Restaurants gepflegt.



Polen löst sich aus dem Griff der traditionellen Geschichtsausfassung.



„Märchen oder Geschichte“, Wegweiser im polnischen Regierungsviertel im Rahmen einer Kunstaktion Fotos: Lars Bosse

Die jüdischen Mitbewohner hatten sehr eng mit den sowjetischen Besatzern kooperiert und sollen dafür Vergünstigungen erhalten haben. In diesem Falle erschütterte besonders der Grad an Verrohung die Bevölkerung, da er doch grundsätzlich der allgemeinen Selbsteinschätzung widersprach. Die bis heute laufende Debatte um polnische Verbrechen an Juden, der vorhandenen Antisemitismus, Chauvinismus hat erfolgreich begonnen, das polnische Gesichtsbild zu verändern. Der Spiegel des kollektiv unschuldigen Volkes ist zerbrochen. Ein Lernprozess setze erfolgreich ein und emanzipierte weite Teile der Bevölkerung von der kommunistische Geschichtsfälschung: Polen war und ist keine monoethische, -religiöse und -kulturelle Gesellschaft. Dies erfolgte besonders durch die jetzt erst wahrgenommen zusammenhängenden Siedlungsge-

bieten der nationalen Minderheiten. Sie wurde zum Auslöser für die Beschäftigung mit der lokalen und regionalen Geschichte und förderte die Erkenntnis, dass die anderen Völker keine Fremden waren und eine Bereicherung des eigenen Landes darstellen. Nach der Verwaltungsreform und den historischen Landschaften nachempfundenen neuen Woiwodschaftsgrenzen gab es nun eine Verwaltungseinheit, die lokale Identität ermöglichte. Ein Rückgriff auf die Zwischenkriegszeit förderte besonders in Oberschlesien einen Regionalismus, dessen Anerkennung als nationale Minderheit auf europäischer Ebene gerichtlich geprüft wird. Die Gleichsetzung von „Polen = Katholik“ wird mittlerweile nur noch von rund 10% der Bewohner vorgenommen. Dies hat aber auch mit der Rolle der katholischen Kirche nach 1990 zu tun. Dazu in der nächsten Ausgabe mehr.



COLDITZ
Die Schlossstadt



Schloss Colditz an der Zwickauer Mulde, Foto: SKOMP46866/ Wikimedia Commons

Die Schlossstadt feiert Geburtstag

Die Stadt Colditz wird 750 Jahre

Die Geschichte der Stadt im Landkreis Leipzig wird hauptsächlich von den Geschehnissen auf dem Schloss derer zu Colditz geprägt. Die Region Colditz wurde 1046 als Burgwardbezirk „Cholidistcha“ erstmals besiedelt. Die im 12. Jahrhundert entstandene Kaufmannsiedlung wurde 1265 als „civitas“¹ zur Stadt erklärt. 1404 verkauften derer von Colditz ihren Besitz an die Wettiner, welches dadurch als wettinisches Amt in die Markgrafschaft Meißen eingegliedert wurde.

1404 und 1464 zerstörten verheerende Brände die Stadt sowie das Schloss, welches 1506 neu errichtet wurde. Wenige Jahre später erhielt es einen Tierpark und wurde so umgestaltet sowie erweitert, dass Kurfürst August und seine Gemahlin Anna Prinzessin von Dänemark darin leben und Hofstaat zur Jagdsaison abhalten konnten. Zu dieser Zeit blühte das Tuchmacher- und Leineweberhandwerk in der Stadt am Fuße des Schlosses.

Anfang des 17. Jahrhunderts diente das Schloss Colditz als Wohnsitz der Kurfürstin Sophie, Witve des Christian I. Kurfürst von Sachsen. Bis zu Beginn der Blütezeit des Barock war Colditz Jagdschloss August des Starken. Danach konzentrierte sich der Dresdner Hofstaat auf die in Sachsen zahlreich neugebauten

Schlösser und somit blieb in Colditz nur noch die Verwaltung des Amtes. Nachdem 1753 der kurfürstliche Hofstaat ein letztes Mal die Stadt Colditz besuchte und damit das Schloss bewohnte, werden kostbare Bilder und Möbel nach Dresden gebracht. Alle restlichen Inventarstücke versteigert man öffentlich. Danach wurde das Schloss dem Verfall preis gegeben.

Erst Anfang des 19. Jahrhunderts wird es wieder, zunächst als Armen-, etwas später als Landesarbeitshaus, genutzt. Zu dieser Zeit beginnt die Produktion von Steingut in Colditz. Den dazu benötigten Ton findet man in der näheren Umgebung der Stadt und wird schon längere Zeit in der Meißner Porzellan-Manufaktur verwendet. Von 1829 bis 1924 wurde das Schloss als Anstalt für unheilbar Geistesranke genutzt. 1933/34 diente es als Schutzhaftlager für 600 Antifaschisten und während des zweiten Weltkrieges als Gefangenenlager für alliierte Offiziere. Von 1946 bis 1996 nutzte man das Colditzer Schloss wieder als Krankenhaus. Diesmal jedoch als Hals-, Nasen-, Ohren- und Augenklinik. Seit dessen Auflösung werden die Gebäude des Schlosses von der 1996 gegründeten Gesellschaft Schloss Colditz e.V. und durch das Stadtmuseum genutzt. Von 1997 bis 2005 wurde das Schloss

rekonstruiert und renoviert. Heute befindet sich neben der Gesellschaft Schloss Colditz e.V. und dem Museum auch die Europa-Jugendherberge Schloss Colditz (seit 2007) sowie die Landesmusikakademie Sachsen (seit 2010) in den historischen Gebäuden. Nach den Hochwassern 2002 und 2013 mussten in der Stadt viele Häuser und Straßen repariert bzw. saniert werden.

Die Stadt im schönen Muldental hat sich herausgeputzt und feiert vom 24. April bis 03. Mai ihr 750 jähriges Bestehen. In dieser Zeit finden die verschiedenen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen sowie Ausstellungen und Vorträge, ein Jazz-Festival, Königinnentreffen, Modenschauen und vieles mehr auf dem Programm. Höhepunkte der Festwoche werden der Besuch des Britischen Botschafters aus Berlin Sir Simon McDonald und der historische Festumzug am 03. Mai sein. Zum Andenken an das Jubiläum werden eine Gedenkmünze und verschieden andere Geschenkartikel herausgegeben.

¹ „Bürgerschaft“; diese bestand meist aus einem städtischen Zentrum mit Umland welches nach dem Hauptort oder dem zugehörigen Geschlechte

Weitere Informationen finden Sie unter www.colditz750.de

Heinrich II. & Merseburg

Mehr als 1000 Jahre kaiserliche Geschichte(n)



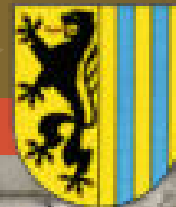
Der Merseburger Dom gilt als einer der bedeutendsten Kathedralbauten Deutschlands. Mit der Grundsteinlegung des Doms am 18.05.1015 durch den berühmten Bischof und Chronisten Thietmar von Merseburg beginnt die Geschichte dieses faszinierenden Sakralbaus. Für das einzig heiliggesprochene Kaiserpaar des Deutschen Reiches, Heinrich II. und Kunigunde, war Merseburg neben Bamberg einer ihrer Lieblingsorte. Nach den damaligen Vorstellungen ihrer Zeitgenossen führten sie ein durchaus frommes Leben, obwohl Heinrich II. als Kaiser viele Kriege zur Verteidigung seines Reiches führen musste. Die Tatsache, dass das Kaiserpaar kinderlos blieb, bot Anlass für Legenden. Ob Kunigunde jemals den berühmten Gang über die glühenden Pflugscharen als Beweis ihrer ehelichen Treue antrat, ist historisch nicht zu beweisen, trägt aber sehr zu ihrer immer noch großen Popularität bei.

Das Kaiserpaar war gegenüber der Bevölkerung mildtätig und initiierte viele Kirchen- und Klostergründungen. Sie stifteten mit dem Dom zu Bamberg und dem Dom zu Merseburg zwei bedeutende Kathedralen Europas, die heute noch mehr als 1,5 Millionen Besucher pro Jahr faszinieren.

Die ottonischen Kaiser des 10. und 11. Jahrhunderts waren Herrscher mit Cha-

Darstellung auf dem Heinrichsaltar im Merseburger Dom: Kaiser Heinrich der Heilige, Lucas Cranach d.Ä. und Werkstatt, 1536/37

© Vereinigte Domstifter, F. Matte



Darstellung von Kaiser Heinrich II. und Kaiserin Kunigunde am Chorgestühl des Merseburger Doms
© Vereinigte Domstifter, Foto Kreil



Darstellung Heinrichs II. im Merseburger Dom, Sandstein, 1536/37
© Vereinigte Domstifter, F. Boxler

risma; sie sorgten für zwei der wunderschönsten Liebesbeweise des Mittelalters. So wie sein Urahn Otto der Große seiner Frau Editha die Stadt Magdeburg als Morgengabe und Beweis seiner Liebe schenkte, tat es auch Kaiser Heinrich II., der seiner Gemahlin Kunigunde die Stadt Bamberg zu Füßen legte. Es war eine ganz besondere Epoche, reich an einzigartigen Persönlichkeiten und Geschichten.

Thietmar von Merseburg schuf in Merseburg seine weltberühmte Chronik, die eine wichtige Quelle für die Zeit der Kaiserbesuche und des Merseburger Dombaus ist. Mehr als 26 Aufenthalte des Kaiserpaares in Merseburg sind überliefert. Die Königspfalz Merseburg wurde so in seiner Regentschaft zu einer der bedeutendsten Pfalzen des Reiches. Kaiserin Kunigunde war die Fürsprecherin

für die reiche Ausstattung der Merseburger Kirche. Für die Domstiftsbibliothek wurden in den berühmten Klosterschreibstuben in St. Gallen und in Fulda Handschriften angefertigt. Mit dem Tode Kaiser Heinrichs II. im Juli 1024 starb das Königsgeschlecht der Ottonen aus, da es keine direkten Nachkommen gab.

Der Zauber des Merseburger Doms währt bis heute an, nicht nur wegen der 1841 in seiner Bibliothek gefundenen Zaubersprüche. Seit vielen Jahrhunderten ist er Schauplatz von Mythen und Legenden, von ereignisreicher Zeitgeschichte und heute auch Schauplatz weltberühmter Kinofilme. Für den Hollywoodfilm „The Monuments Men“ des Regisseurs George Clooney bildete das Domensemble eine großartige Kulisse. Der Merseburger Dom als herausragendes Bauwerk an der „Straße der

Romanik“ ist ebenfalls Ort vielbeachteter Konzertreihen auf der berühmten Ladegast-Orgel. Vom 10. August bis 9. November 2015 öffnet sich mit der Sonderausstellung „1000 Jahre Kaiserdom Merseburg“ eine Schwelle in längst vergangene Epochen der europäischen Zeit- und Kulturgeschichte. Hier werden Leihgaben aus europäischen Sammlungen gezeigt, die die Geschichte der Pfalz Merseburg sowie des Domes illustrieren. Erstmals wird der Merseburger Domschatz nach historischen Vorlagen neu entstehen. Gewaltige Panoramen gewähren Einblicke in die romanische Basilika sowie den Dom kurz vor Anbruch der Reformation. Die Ausstellung „1000 Jahre Kaiserdom Merseburg“ zeigt den Dom in zuvor nicht gekannter Weise. Aktuelle Informationen unter www.merseburg2015.de



Roland Sennewald

Teil 2

Die Stadt Leipzig im Dreißigjährigen Krieg

Medaille von Ferdinand III. mit der Allegorie des Westfälischen Friedens, Foto: Wikimedia Commons

Ein reichliches Jahr hatte nun die Gegend um Leipzig wieder Ruhe. Der Krieg verlagerte sich in andere Teile des Reiches. Am 18. Oktober 1632 erreicht nach wechselvollen Kämpfen auf anderen Schauplätzen des Reiches ein kaiserli-

ches Heer unter dem wieder als Oberbefehlshaber eingesetzten Feldherren Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein die Stadt Leipzig und begann nach vergeblicher Aufforderung zur Übergabe, am 21.10.1632 mit dem Beschuss der Stadt und der Festung. Beide wurden fast nur von im Kampf unerfahrenen Milizen verteidigt. Ohne Aussicht auf Hilfe kapitulierte am 22.10.1632 die Stadt. 1.000 Kaiserliche zogen ein. Am 23.10.1632 kapitulierte wiederum der Hauptmann Hans Vopelius als Kommandant der Festung. Das besiegelte nun endgültig sein Schicksal.

Der in Süddeutschland mit seinem Hauptheer operierende schwedische König Gustav II. Adolf konnte seinen Hauptverbündeten, den Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen, nicht allein lassen und marschierte mit seinem Heer in Eilmärschen wieder nach Norden, um diesen zu unterstützen. Wieder kam es zu einer entscheidenden Schlacht zwischen einer schwedisch-protestantischen und einer kaiserlichen Armee. Im dichten Nebel von Lützen tobte am 06.11.1632 eine blutige Schlacht. Diese könnte man als unentschieden betrachten, da die Schweden hohe Verluste hatten und am Abend fast kampfunfähig waren, aber das Schlachtfeld behaupteten. Tragisch dazu der Heldentod des schwedischen Königs an der Spitze seiner Truppen. Die Kaiserlichen unter Alb-

recht von Wallenstein mussten im Ergebnis der Schlacht Sachsen wieder räumen und zogen sich nach Böhmen zurück. Der Verlust des charismatischen Gustav II. Adolf, welcher als letzter König der Neuzeit in einer Feldschlacht fiel, lähmte erst einmal die weiteren politischen und militärischen Bewegungen.

Unmittelbar nach der Schlacht zogen sächsische und braunschweig-lüneburgische Truppen vor Leipzig und begannen die Stadt und Festung welche von Kaiserlichen besetzt geblieben waren zu belagern.

Durch einen Coup sächsischer Reiter gelang es am 10.11.1632 die kaiserlichen Wachen am Tor zu überlisten und in die Stadt einzudringen. Die Festung Pleißenburg musste aber von den Sachsen bis zum 06.12.1632 ernsthaft belagert werden, bis schließlich der kaiserliche Kommandant Melchior von Mosen mit seiner Mannschaft kapitulierte. Der Abzug der Besatzung geschah der Legende nach im Rausch, da Mosen den schon damals trinkfesten Sachsen die letzten Fässer in der Burg wohl nicht gönnte oder ganz einfach aus praktischen Gesichtspunkten handelte. Denn zufriedene und lustige Soldaten ließen sich schwerer zum Überlaufen bewegen. Wieder verlagerte sich der Krieg, aber im Sommer 1633 stand ein kaiserliches Armeekorps unter dem General Heinrich von Holck wieder vor Leipzig. Am 07.08.1633 erreichten seine



Das Veste Schloß Pleißenburg zu Leipzig, und wie solches von den Schwedischen zur Übergabe bezwungen worden, Anno 1642

Foto: H.-P.Haack/ Wikimedia Commons



Vorausstruppen die Dörfer vor der Stadt. Am 09.08.1633 wurde diese zur Übergabe aufgefordert, was der Leipziger Rat aber obwohl er über kaum verteidigungsfähige Leute verfügte, ablehnte. Heinrich von Holck ließ schwere Geschütze auffahren und die Stadt 12 Stunden beschießen. Am 12.08.1633 kapitulierte der Rat und musste an Heinrich von Holck 70.000 Taler Kontribution zahlen. Die Pleißenburg konnten die Truppen Holcks nicht einnehmen, da diese vom sächsischen Oberstleutnant Christoph von Drandorf mit seinen Milizen tapfer verteidigt wurde. Inzwischen wurde Heinrich von Holck aus politischen Gründen von seinem Oberbefehlshaber Albrecht von Wallenstein aus Sachsen zurückgerufen. Bei Leipzig soll er sich an der grassierenden Pest infiziert haben und starb auf dem Rückweg bei Adorf.

Albrecht von Wallenstein hatte ständige Verhandlungen mit dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. geführt um diesen zu einem separaten Frieden zu bewegen. Dieser kam aber erst lange nach dem Tod Wallensteins mit dem Frieden

von Prag im Mai 1635 zu Stande. Nun war Kursachsen wieder Verbündeter des Kaisers und kämpfte im Verbund einer Reichsarmee ab da gegen die Schweden und deren Verbündete. Das führte in der letzten und blutigsten Periode des Krieges auch deren Armeen, nun feindlich, wieder in die Fluren von Leipzig.

Als erstes versuchte der neue schwedische Oberbefehlshaber Johan Banér, welcher die kaiserlich-sächsische Armee im September 1636 bei Wittstock geschlagen hatte, im Winter 1637 Leipzig einzunehmen. Seine Truppen erreichten am 01.01.1637 die Stadt und blockierten diese vorerst. Diesmal lagen in der Stadt und der Festung unter dem Befehl der Brüder August Adolf und Christoph von Drandorf geworbene Soldaten, was Johan Banérs Truppen bald zu spüren bekommen sollte. Nach der Einnahme von Torgau am 06.01.1637 rückte er mit seiner Hauptmacht bis zum 11.01.1637 wieder vor Leipzig. Vom 12.01.- 05.02.1637 wurde die Stadt mit Artillerie zum Teil schwer beschossen. Ein Generalsturm der Schweden am 23.01.1637 abgeschlagen. Die Ver-

teidigung der Stadt war gut organisiert. Soldaten und Bürger kämpften Schulter an Schulter. Am 07.02.1637 gab Johan Banér auf und seine Armee marschierte ab. Ungefähr 1.000 Mann soll er vor Leipzig verloren haben. In den nächsten Jahren tauchten die Schweden immer mal vor der Stadt auf, aber zu einer regelrechten Belagerung kam es nicht.

Erst im Jahr 1642 rückte nach wechselvollen Kämpfen in Schlesien eine schwedische Armee unter dem neuen schwedischen Oberbefehlshaber Linnardt Torstensson, Johan Banér war 1641 gestorben, wieder vor Leipzig. Hier wollte er seine Armee verpflegen und auf ein französisches Hilfskorps warten. Verfolgt wurde Torstenssons Armee aus Schlesien und der Lausitz von einer etwas an Anzahl überlegenen kaiserlichen Armee (Reichsarmee) unter dem General Octavio Piccolomini und dem Erzherzog Leopold Wilhelm I., dem Bruder des nun regierenden Kaisers Ferdinand III. von Habsburg. Linnardt Torstenson, welcher nicht mit



Die Verteidigung des Friedensvertrags zwischen Spanien und den Vereinigten Provinzen im Rathaus von Münster, Foto: Wikimedia Commons

einer schnellen Verfolgung rechnete, begann am 17.10.1642 mit der Einschließung der Stadt. In dieser lagen drei Kompanien der sächsischen Regimenter Joachim von Schleinitz zu Ross und zu Fuß. Die Pleißenburg verteidigte wieder der uns bekannte Christoph von Dranndorf mit einer Kompanie vom Regiment seines Bruders August Adolf. Dazu kamen die Defensioner der Stadt, ein paar kaiserliche Soldaten und angeworbene Handwerksburschen. Der Beschuss der Stadt begann und ein Sturmangriff konnte abgewehrt werden. Inzwischen hatte sich die Reichsarmee bedrohlich genähert und Torstenssons Soldaten mussten ihre Stellungen vor der Stadt räumen. Die schwedische Armee rückte am 22.10.1642 auf die Felder in der Nähe von Lindenthal und Breitenfeld und erwartete dort in Schlachtordnung die Reichsarmee. Am 23.10.1642 kam es dort auf den fast gleichen Feldern wie im Jahr 1631 zur sogenannten 2. Schlacht von Breitenfeld, in der die Reichsarmee empfindlich geschlagen wurde. Am Mittag war die Schlacht schon vorbei und diese Felder hatten von nun an die zweifelhafte Ehre, die Blutigsten des ganzen Krieges zu sein. Nach der Schlacht zog die schwedische Armee unter Linnardt Torstensson wieder vor Leipzig und begann die Belagerung fortzusetzen. Dabei setzten die Schweden zusätzlich noch die in der Schlacht eroberten Geschütze der Reichsarmee ein. Die Verteidiger von Leipzig waren durch in die Stadt geflohenen Soldaten verstärkt worden. Bis zum 04.11.1642 verhandelte man über eine Übergabe und ging relativ freundlich miteinander um. Wusste man doch, an einen Ersatz der Stadt nach der verheerenden Niederlage war nicht zu denken. Ab 05.11.1642 begann nach den ersten abgelehnten Übergabeaufforderungen der schwere Beschuss mit der Artillerie vor allem auf die Pleißenburg. Die Stadt wollte die Schweden zum Eigenutz schonen. Fiel die Pleißenburg, fiel wahrscheinlich auch die Stadt. Die Belagerung dauerte mit wechselhaftem Erfolg noch eine Weile fort. Die äußeren Mühlen wurden zerstört und bald herrschte der Hunger in der Stadt. Am 23.11.1642 war durch angelegte Minen und dem Artilleriebeschuss die Pleißenburg so schwer beschädigt, dass diese nicht mehr zu halten war. Daraufhin begann Joachim von Schleinitz



Gustav Adolf von Schweden in der Schlacht von Breitenfeld, Foto: Rama/ Wikimedia Commons

mit Linnardt Torstensson zu verhandeln und am 28.11.1642 zog die sächsische Besatzung ab und übergab Stadt und Festung den Schweden.

Diese blieben von nun an für die Restdauer des Kriegs in schwedischer Hand. Im Jahr 1645 wurde zwischen Schweden und Kursachsen schon ein Waffenstillstand abgeschlossen. Im Oktober 1648 wurde mit dem Westfälischen Frieden endgültig alle Feindseligkeiten

eingestellt. Der Krieg war nun endlich beendet, die Leiden der Leipziger Bevölkerung aber schon im November 1642, da sich die als Besatzung in der Stadt liegenden Schweden der Bevölkerung gegenüber rücksichtsvoll benahmten. Erst am 30.06.1650 räumten diese Leipzig. Bis auf die Unterhaltskosten für deren Soldaten war das bis dahin keine schlechte Zeit für die Stadt und seine Umgebung.

Der Verfasser arbeitet als Projektmanager der Unternehmensgruppe Vollack bei der Regionaleinheit Vollack Sachsen in Leipzig / Radefeld. Die Gesellschaft ist Spezialist für die methodische Gebäudekonzeption. Insbesondere für familien- und inhabergeführte Unternehmen entwickelt, plant, baut und revitalisiert Vollack nachhaltige, energieeffiziente Büro- und Industriegebäude. Genau zugeschnitten auf den Bedarf und die Prozesse der Bauherren entstehen nach der 4-Phasen-Methode Arbeitswelten mit Alleinstellungscharakter. Eine interessante Gegenwelt zu dieser Tätigkeit ist die private Leidenschaft für historische Forschungen zum Dreißigjährigen Krieg, die Roland Sennewald schon weit über 30 Jahre betreibt. Er ist Verfasser einiger Artikel zum Thema, hält Vorträge und ist Autor des im Jahr 2013 erschienen Doppelbandes- Das Kursächsische Heer im



Dreißigjährigen Krieg. Der folgende Artikel ist im Wesentlichen als Auszug aus diesem Werk zu verstehen.

Buchempfehlung:

Das Kursächsische Heer im Dreißigjährigen Krieg (Band 1)

Die Kursächsischen Fahnen im Dreißigjährigen Krieg (Band 2)

Beide Bände zusammen im Schuber erhältlich:
Preis: 159,95 €
ISBN: 978-3-938447-71-0

*Ich will:
flexibel
vorwärts
kommen!*

Michael Creutzer

Michael Creutzer,
Geschäftsführer
teilAuto GmbH



S-Firmenkunden kann: Leasing!

Wir haben den Fuhrpark der teilAuto GmbH schnell und flexibel finanziert.

„Unser Netz bringt
neue Energien ans Ziel.“

OSTDEUTSCH-
LAND GEHT
VOR**RWEG**

Die enviaM-Gruppe testet schon heute intelligente
Netze für die Stromversorgung von morgen.

envia^M-Gruppe